FACT

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz

Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?

Ostkunde als Schulunterricht – Antikommunismus in Aktion

Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"

Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele

Dokumente zur Jugend- und Studentenpolitik

29

Marxistischer Studentenbund SPARTAKUS

facit 29 2,50 DM Februar 1973

		Seite
Ingo Hansen	Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz	1
Günter Klimaszewsky / Eberhard Thomas	Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?	35
	Ostkunde im Schulunterricht — Antikommunismus in Aktion	21
E. Hexelschneider	Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik“	55
Wolfgang Bartels	Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele	69
Dokumente	Aufruf der konstituierenden Beratung des Internationalen Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten	77
	Beschlüsse der SDAJ	79
	Beschlüsse der 8. DGB-Jugendkonferenz zu den X. Weltjugendfestspielen	80
	Aufruf zum 2. Bundeskongreß des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS	82
	Schlußresolution des Straßburger Internationalen Studentenseminars	84
	Presseinformation des vds zum Straßburger Seminar	88

Impressum

Erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Redaktion: Jürgen Büscher (verantwortlich), Klaus Görke, Christof K. Kievenheim, Roland Lang, Steffen Lehndorff, Werner Loch, Gunnar Matthiessen, Hartmut Schulze

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Colmantstraße 32

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,— DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,— DM, bzw. 4,— DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,— DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis. Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz

Ingo Hansen

Ziel dieser Schrift ist die Herausarbeitung der ökonomischen Voraussetzungen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich die gegenwärtige Umstrukturierung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens vollzieht. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Auswirkungen auf die sozialökonomische Situation der technischen Intelligenz.

Die technisch-wissenschaftlichen Angestellten, die in der Produktion, in Forschungs- und Entwicklungszentren der Industrie, vor allem der Konzerne beschäftigt sind, bilden auch zusammen mit den anderen Gruppen der Intelligenz „keine selbständige ökonomische Klasse und deshalb auch keine selbständige politische Kraft“.[1] Die Intelligenz als Bevölkerungsschicht zeichnet nicht gemeinsame Klassenmerkmale aus, sondern die Funktion der Erhaltung und Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses.[2] Hieraus folgen Gemeinsamkeiten im Bildungsniveau und in der Art der Tätigkeit, in der Ausübung vorwiegend geistiger Arbeit. Insbesondere kann die technische Intelligenz meist durch einen „in langfristiger Ausbildung systematisch erworbenen technischen Sachverstand“[3] gekennzeichnet werden.

Bildung und Produktion entwickeln sich nicht isoliert voneinander, sondern stehen in einem immer enger werdenden Wechselverhältnis, wobei der technische Entwicklungsgrad der Produktionsmittel Voraussetzung und Möglichkeit der Ausbildung konkreter Qualifikationen der menschlichen Arbeitskraft darstellt.

Erst die Produktionsverhältnisse, die die Menschen unabhängig von ihrem Willen eingehen und die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen[4], entscheiden jedoch über das Verhältnis der Produzenten zu den Produktionsmitteln, über die Aneignung der geschaffenen Werte und damit über die soziale Stellung der ihr unterworfenen Menschen.

1. Ökonomische Entwicklung und Qualifikationsstruktur

Vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus

Im Zuge der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise erfolgt mit der beschleunigten Entwicklung der Produktivkräfte, der Unterordnung der Arbeiter

[1] W. I. Lenin, Vollständige Ausgabe, Bd. 14, S. 191 (russisch), zit. nach: A. Mel'nikov: Intelligenz in den USA: Anzahl, Zusammensetzung, soziale Differenzierung, in: Marxismus-Digest, Frankfurt/M. 1/1971, S. 31.
[2] Vgl. Kuczynski: Zur Soziologie des imperialistischen Deutschlands, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Teil II, Berlin 1962, S. 47.
[3] H. P. Bahrdt: Die Stellung der technischen Intelligenz in der Gesellschaft, in: VDI-Nachrichten, Jg. 18, 1964, Nr. 28.
[4] Vgl. K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW 13, Berlin 1971, S. 9.

unter die Maschinerie, der verstärkten Arbeitsteilung eine rapide Steigerung der Produktion. Die Maschinen und die zugehörigen Arbeitsplätze bestimmen die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter. Dem Konkurrenzdruck der industriellen Produktion erlegen, wird eine Vielzahl von handwerklichen Arbeitern freigesetzt, in ihrem Geschick dequalifiziert und als einfache Handarbeiter eingesetzt.[5] „In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen, und sie werden ihm als lebendige Anhängsel einverleibt."[6] Regelmäßigkeit und kasernenhafte Disziplin werden der Masse der Arbeiter abverlangt. Die Einbeziehung von Frauen und Kindern in den Produktionsprozeß entwertet die Arbeitskraft des Arbeiters.[7]

Die industrielle Massenproduktion hat notwendig eine Vergesellschaftung der Arbeit (horizontale und vertikale Aufgliederung der Produktion) und damit auch der Leistungstätigkeit zur Folge. „Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maîtres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen Funktion."[8]

Die Organisation der Arbeit im mechanisierten Industriebetrieb setzt die Trennung der körperlichen von der geistigen Arbeit voll durch. Während die Masse der Arbeiter einfache Durchschnittsarbeit ohne besondere Entwicklung und Fertigkeit[9] verrichtet, ist die geistige Arbeit von der unmittelbaren Produktion getrennt. Die Verwaltungs- und Aufsichtstätigkeiten sind delegierte Unternehmerfunktionen, den technischen Angestellten obliegt die Planung und Vorbereitung der Produktion.[10]

Die Zerlegung des Produktionsprozesses in seine Grundbestandteile durch Anwendung der Naturwissenschaften, insbesondere der Mechanik, schreitet immer weiter voran. „Durch Maschinerie, chemische Prozesse und neue Verfahren wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftliche Kombination und Kooperation des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters".[11]

Jedoch findet in dieser historischen Phase die Wissenschaft nicht systematisch Eingang in die Produktion, vielmehr entwickeln sich beide noch nebeneinander her. Wissenschaftliche Ergebnisse werden spontan und oft zufällig in der Produktion angewandt, die Hauptquelle von Wert und Mehrwert ist die körperliche Arbeit. Das absolute Wachstum der geistigen Arbeit, verkörpert in der Zunahme der Angestelltenzahl, bleibt noch hinter dem der körperlichen Arbeit zurück, wenngleich sich der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten kontinuierlich erhöht.[12]

[5] K. Marx: Das Kapital, Bd. I, Frankfurt/M. 1972, S. 442.
[6] Ebenda, S. 445
[7] Ebenda, S. 417.
[8] Ebenda, S. 351.
[9] Ebenda, S. 59.
[10] Vgl. F. Deppe/H. Lange/L. Peter: Neue Arbeiterklasse?, in: Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1970, S. 48.
[11] K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 511.

Mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus, der u. a. durch die Konzentration und Zentralisation der Produktion auf erweiterter Stufenleiter, die Monopolbildung und Einschränkung der freien Konkurrenz gekennzeichnet ist, werden immer mehr Arbeiter in immer weniger Betrieben zusammengefaßt und nach und nach der Fließproduktion unterworfen. Der wachsende Vergesellschaftungsgrad der Produktion, der eine Abstimmung von industrieller Entwicklung und Produktion erforderlicht macht, kommt in der schnellen Ausdehnung der Zirkulationssphäre zum Ausdruck. Die Verdoppelung der Angestelltenzahl zwischen 1907 und 1925 auf 3,7 Mio ist im wesentlichen auf die gestiegene Bedeutung der Bürotätigkeiten für die Planung und Kontrolle, den Absatz und die Abrechnung der Produktion, weniger auf den Anstieg der technischen Angestellten zurückführen.[13] Dabei muß betont werden, daß sich das ständige Wachstum der Angestellten nicht gleichmäßig, sondern in Abhängigkeit von den Konjunkturzyklen, Strukturkrisen und politischen Bedingungen sehr wechselhaft vollzieht.

„Im Zuge der technischen Entwicklung sinkt der Anteil der unmittelbaren Arbeiten am Arbeitsgegenstand des Fertigungsprozesses relativ und manchmal sogar absolut gegenüber den vermittelnden."[14] Die Zunahme der geistigen Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß bedeutet eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft und ist selbst nur Ausdruck des ökonomischen Fortschritts in der geschichtlichen Entwicklung.

Das Gesetz der zunehmenden Kompliziertheit der gesellschaftlichen Arbeit ist jedoch in seiner Wirkung bedingt durch die Entwicklung der Produktivkräfte und den Charakter der jeweiligen Produktionsverhältnisse. Im Kapitalismus bleibt daher die „Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeiterklasse ... hinter dem Wachstum der Qualifikation der gesamten Arbeitskraft der Gesellschaft zurück".[15]

Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Wissenschaft und Produktion beginnen in ein neues Verhältnis zu treten, als die Zuwachsrate der technischen Angestellten die der kaufmännischen übertrifft. In der elektrotechnischen und chemischen Industrie setzt diese Entwicklung bereits nach dem ersten Weltkrieg ein. Der Aufschwung der Militärtechnik und Rüstungsforschung im zweiten Weltkrieg läßt die Verwissenschaftlichung der Produktion einen schnellen Anstieg nehmen und nach dem zweiten Weltkrieg zum Durchbruch kommen, mit einem Phasenverzug in den 60er Jahren auch in der BRD.[16] Im Übergang von der mechanisierten zur automatisierten Produktion treten komplex-automatisierte Fertigungs- und Datenverarbeitungssysteme an die Stelle der Maschinerie. Die Wissenschaft wird immer mehr zur unmittelbaren Produktivkraft, sie revolutioniert die Produktion beständig und steigert deren Effektivität. Die Einrichtung staatlicher und unternehmenseigener Forschungs- und Entwick-

[12] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 11 ff.
[13] Ebenda, S. 31 ff. — F. Deppe/H. Lange/L. Peter: Neue Arbeiterklasse?, a.a.O., S. 58.
[14] H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen ..., a.a.O., S. 49.
[15] J. Kusmitschow: Probleme der Beziehung von technischem Fortschritt und Qualifikationsniveau, in: Konsequent, 2. Jg. Berlin-West 1971, Nr. 8, S. 15.
[16] J. D. Bernal: Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1967, S. 532 ff.

lungsabteilungen macht den Vergesellschaftungsprozeß der Wissenschaft deutlich. Der moralische Verschleiß der Produktionsmittel vollzieht sich in immer kürzeren Abständen.

„Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper — in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichstum erscheint."[17]

Die wissenschaftlich-technische Revolution wälzt neben den Produktionsmitteln auch den Charakter der Arbeitsfunktionen um. Die Bedeutung der manuellen Arbeit nimmt ab, während der Mensch mehr und mehr vor, neben und hinter dem eigentlichen Produktionsprozeß tätig ist. Arbeitsvorbereitung und Organisation des anlagengesteuerten Produktionsprozesses, die wissenschaftliche Durchdringung und ständige Anpassung der Produktionsanlagen und -verfahren an den Entwicklungsstand der Forschung werden zu den Hauptaufgaben des Menschen.

„Das Produkt verwandelt sich überhaupt aus dem unmittelbaren Produkt des individuellen Produzenten in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, d. h. eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehen. Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. Um produktiv zu arbeiten, ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen; es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehen."[18]

Die Entwicklung der Produktivkräfte schafft die Möglichkeit, die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit aufzuheben, die Arbeitszeit erheblich einzuschränken und die allseitige schöpferische Entfaltung der Hauptproduktivkraft Mensch zu gewährleisten.

Die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution kann im staatsmonopolistischen Kapitalismus jedoch nur modifiziert erfolgen, da das Privateigentum an Produktionsmitteln und die private Aneignung gesellschaftlicher Arbeit die Fesselung der Produktivkräfte notwendig macht.

„Die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerm Maßstab entgegenstellen. Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst,* ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind."[19]

[17] K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt o. J., S. 592 f.
[18] K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 531.
[19] K. Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW, 25, Berlin 1972, S. 260.

Der objektive Entwicklungsstand der Technik, die internationale Konkurrenz mit den sozialistischen Staaten und die der Monopole untereinander erzwingen die Anpassung des staatsmonopolistischen Systems, soweit es die Herrschafts- und Profitinteressen des Monopolkapitals zulassen. Diese Anpassung kann sich nur widersprüchlich durchsetzen.

Der Prozeß der Vollautomatisierung realisiert sich erst schrittweise in einigen Wachstumindustrien (z. B. Mineralölverarbeitung). Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung bedingt das Nebeneinanderbestehen von mechanisierten, teilautomatisierten und automatisierten Produktionsverfahren und stellt daher auch unterschiedliche Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter und Angestellten.

Die Widersprüchlichkeit der Qualifikationsentwicklung äußert sich in der „Stagnation oder auch dem Sinken des Qualifikationsniveaus einer Mehrheit der Arbeiter und Angestellten in einem Kollektiv ... (und dem) rasche(n) und überproportionale(n) Steigen des Qualifikationsniveaus einer Minderheit von Beschäftigten, teilweise im selben Kollektiv, meist aber in den höheren Produzenteneinheiten (technische Intelligenz, Wissenschaftler)".[20]

2. Entwicklung der Beschäftigtenstruktur in der BRD

Genaueren Aufschluß über den Trend der Umschichtungsvorgänge innerhalb der Gesellschaft liefert die Beschäftigtenstatistik. Obwohl die quantitativen Angaben wegen der sozialökonomisch unbegründeten, arbeitsrechtlichen Kategorien nur mit Vorbehalten zu betrachten sind, liefern sie das empirische Material, das hinreichende Rückschlüsse auf die wirklichen Entwicklungstendenzen zuläßt.

Deutlich wird zunächst das ständige Anwachsen der Unselbständigen, also der Lohnabhängigen. Bei einer Steigerung der Erwerbsbevölkerung in der BRD von 22,1 Mio 1950 auf 26,8 Mio 1970 und einem gleichzeitigen Sinken der Erwerbstätigkeit um 2,2 Prozent auf 44,0 Prozent, nimmt der Anteil der Lohnabhängigen von 71,6 auf 83,9 Prozent zu.[21] Die Selbständigen und ihre mithelfenden Familienangehörigen, besonders in der Landwirtschaft, werden in zunehmendem Maße der Lohnarbeit unterworfen. Die soziale Polarisierung hat sich in den vergangenen 20 Jahren schneller vollzogen als in den davorliegenden 50 Jahren.

Die Arbeiter und Angestellten

Innerhalb der Gruppe der abhängig Beschäftigten, die 1970 insgesamt 22,4 Mio ausmacht, kristallisiert sich eine deutliche relative und seit einigen Jahren auch langfristig absolute Abnahme des Arbeiteranteils heraus (1970: 12,7 Mio = 56,4 Prozent der abhängig Beschäftigten). Demgegenüber ist die Zahl der Angestellten von 3,5 Mio 1950 auf 7,7 Mio 1970 angestiegen, was einer Anteilssteigerung von 22,5 auf 34,6 Prozent entspricht. Die Beamten sind dabei um 1,1 Mio auf 1,97 Mio 1970 angewachsen und stellen damit einen Anteil von 8,8 Prozent der abhängig Beschäftigten.[22]

[20] B. Kaufhold/R. Melke/F. Sandow: Veränderung in der Qualifikationsstrukur der Industriearbeiterschaft, in: IPW-Berichte 2/1972, Berlin, S. 16, vgl. auch: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Frankfurt/M., 1. Band, S. 320 ff.
[21] Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971, S. 121.
[22] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen ..., a.a.O., S. 15 ff. — Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen (AsM), Bonn, H. 6/1972, S. 196.

Schon aus der allmählichen Verringerung der Arbeiterzahlen, in denen heute mehr als 2 Mio ausländische Arbeiter meist geringer Qualifikation enthalten sind, ist der tendenzielle Rückgang der Tätigkeit des Menschen in der unmittelbaren Produktion abzulesen. In den USA hat die Zahl der Angestellten die der Arbeiter bereits 1965 um 21 Prozent überschritten.[23]

In der Verteilung der abhängig Beschäftigten auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verändert sich der Anteil der Lohnarbeiter im Produzierenden Gewerbe (Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) seit 1950 kaum (1950: 54,6 und 1970: 55,3 Prozent). Davon arbeiten 1970 in der Industrie allein etwa 10 Mio oder 44,4 Prozent aller abhängig Beschäftigten. Obgleich auch die Sektoren Handel und Verkehr, private und öffentliche Dienstleistungen langsam an Bedeutung gewinnen mit insgesamt 8,8 Mio Lohnarbeitern 1970, bleibt die Industrie nach wie vor das Hauptbetätigungsfeld für die Arbeiter und wird es auch immer mehr für die Angestellten.[24]

Der Anteil der Angestellten an den abhängig Beschäftigten in der Industrie hat sich zwischen 1958 und 1968 von 15,9 auf 22,4 Prozent erhöht, während der Anteil der Arbeiter von 77,9 auf 72,8 Prozent gesunken ist.[25]

In Wachstumsindustrien, die an der Spitze des technischen Fortschritts stehen (z. B. Erdöl- und Erdgasgewinnung, chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Elektroindustrie und Maschinenbau) liegt dabei der Anteil der Angestellten weit über dem Durchschnitt der gesamten Industrie.[26]

Der Konzentrationsprozeß sowie die zunehmende Vergesellschaftung der Arbeit kommt gerade in diesen Industriezweigen klar zum Ausdruck. Einer hohen Abnahme der Arbeitsstätten steht ein überdurchschnittlicher Zuwachs an Beschäftigten gegenüber.[27] In Industriebetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten haben 41 Prozent aller Industriebeschäftigten ihren Arbeitsplatz. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie arbeiten sogar 54,1 Prozent aller in diesem Industriezweig Beschäftigten in den Großunternehmen. In den Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten übersteigt 1970 erstmals die Zahl der technischen Angestellten die der kaufmännischen.

Von 897 000 technischen Angestellten in der gesamten Industrie sind mehr als 58 Prozent im Investitionsgütersektor beschäftigt. Der Anteil der technischen Angestellten an allen Beschäftigten in der Industrie beträgt 1970 10,3 Prozent gegenüber 6,1 Prozent 1958 und übertrifft damit das Wachstum der kaufmännischen und Verwaltungsangestellten deutlich. Absolut gesehen hat sich die Zahl der technischen Angestellten in der Industrie in diesen 12 Jahren knapp verdoppelt. Der Anteil der Frauen an Arbeitern und auch an Angestellten entspricht etwa dem Gesamtdurchschnitt, dabei sind weibliche technische Angestellte und weibliche Facharbeiter weit unter dem Durchschnitt vertreten.[28]

Der technisch-wissenschaftliche Entwicklungsstand, der in den Großunternehmen und Wachstumsindustrien in der Regel am weitesten vorangeschritten ist, erfordert

[23] Vgl. H. Jung: Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse" in: Das Argument 61, 12. Jg., Berlin-West 1970, H. 9/10, S. 682.
[24] Ebenda, S. 684 – AsM 6/1972, S. 196 (Prozentzahlen errechnet) – vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 34.
[25] Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 216 f. und 1971, S. 204 f. (Lehrlinge nicht mitgerechnet).
[26] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 47.
[27] Vgl. Wirtschaft und Statistik, H. 4/1972, S. 217.
[28] AsM 6/1972, S. 194 f. – Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1961, S. 217 – vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 50 ff.

eine absolute und relative Steigerung der Anzahl der technischen Angestellten. Der Zuwachs an kaufmännischen Angestellten, der relativ zu dem der technischen weiter zurückbleiben wird, entspricht zum einen dem Vergesellschaftungsgrad der Arbeit und zum anderen den wachsenden Schwierigkeiten der Monopole bei der Realisierung der produzierten Waren.[29]

Die leichte Abnahme des Arbeiteranteils an den abhängig Beschäftigten insgesamt, die langfristige Verringerung auch der absoluten Zahl der Arbeiter ist „nicht Ausdruck einer Entproletarisierung, sondern ist auf die durch die Entwicklung der Produktivkräfte bedingten Veränderungen in der Berufs- und Tätigkeitsstruktur und auf das . . . Wachstum des ‚tertiären Sektors' in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder zurückzuführen".[30] Die noch 1958 vorhandene Tendenz der Zunahme des Arbeiteranteils mit wachsender Betriebsgröße hat sich inzwischen umgekehrt. Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten weisen 1970 einen unterdurchschnittlichen Arbeiteranteil von ca. 70 Prozent auf.[31]

Die Zunahme der Beamten, die im Grunde einen Teil der im Staatsdienst stehenden Angestellten bilden, ist Ausdruck der wachsenden Rolle des Staates im Vergesellschaftungsprozeß und in der Wahrnehmung und Durchsetzung staatsmonopolistischer Interessen.

Für die Masse der Angestellten und Beamten, vor allem der unteren und mittleren Gruppen, gilt das prinzipiell gleiche Verhältnis zu den Produktionsmitteln, unterscheiden sich die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, Entlohnung und in zunehmendem Maß auch die soziale Herkunft nicht prinzipiell von den Lebensbedingungen der Arbeiter.[32] Die Umschichtungs- und Differenzierungsprozesse, die Veränderungen in der Qualifikationsstruktur finden daher im wesentlichen innerhalb der Arbeiterklasse statt.

Die Intelligenz

Mit dem Vordringen der Wissenschaft in der Produktion, der systematischen Anwendung neuer Forschungsergebnisse, verändert sich notwendig der traditionelle Aufgabenbereich wie auch die zahlenmäßige Größe und Zusammensetzung der Intelligenzschicht. In den USA verneunfacht sich zwischen 1900 und 1968 die Gruppe der „Spezialisten", die in etwa der Intelligenzschicht entspricht, und vergrößert ihren Anteil an den Beschäftigten von 4,3 auf 13,6 Prozent. Allein zwischen 1950 und 1960 erhöht sich die Zahl der Spezialisten um 47 Prozent und weist damit die höchste Steigerungsrate aller elf in den USA erfaßten Berufsgruppen auf. Innerhalb der Gruppe der Spezialisten dominiert der Zuwachs der technischen Intelligenz.[33]

Nur bedingt vergleichbare Angaben aus der BRD weisen einen zunehmenden Anteil von Intelligenzberufsgruppen an der Erwerbsbevölkerung nach, der 1961 7,4 Prozent ausmacht. Auch hier ist zwischen 1950 und 1961 der darin enthaltene Anteil an Hoch-, Fachschulingenieuren und Technikern am stärksten gestiegen auf 2,6 Prozent und hat sich damit gegenüber 1950 fast verdoppelt. Während der

[29] Vgl. H. Jung: Zur Diskussion . . ., a.a.O., S. 679.
[30] H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 50 f.
[31] AsM 6/1972, S. 194 (Prozentzahlen errechnet).
[32] Vgl. H. Jung: Zur Diskussion . . ., a.a.O., S. 692 f.
[33] Vgl. A. Mel'nikov: Intelligenz in den USA . . ., S. 33 f.

Anteil von Hoch-, Ingenieur- und Technikerschulabsolventen an allen Erwerbstätigen 1964 knapp 5 Prozent beträgt, liegt der Anteil der Fachschulabsolventen allein bei gut 11 Prozent. Der Trend zur abhängigen Beschäftigung ist bei den Absolventen von Hoch-, Ingenieur- und Technikerschulen sehr deutlich, der Anteil ist mit ca. 83 Prozent etwas über dem allgemeinen Durchschnitt.
Dabei ist der Beschäftigtenanteil von Ingenieuren und Technikern in Industrien mit niedrigem Ausgangsniveau und in den Wachstumsindustrien zwischen 3 bis über 6 Prozent (1950) und 5 bis über 8 Prozent (1961) am stärksten gestiegen.[34]
Innerhalb der Lohnintelligenz finden wesentliche soziale Differenzierungsprozesse statt. Ein kleine Gruppe höherer Manager steigt in die Spitze der Unternehmenshierarchie auf und versieht die komplizierter werdende Leitungstätigkeit der Monopole und der Staatsbürokratie. Die Verfügungsgewalt über Produktion und Beschäftigte, das sehr hohe Einkommen, meist als Profitbeteiligung, unterscheidet sie grundsätzlich von der Masse der Lohnintelligenz. Die höheren Manager werden in die Finanzoligarchie integriert.
Die massenhafte Zunahme der Lohnintelligenz unterwirft diese den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, die sich u. a. in einer Zerlegung der geistigen Arbeit in Routineaufgaben, in kollektiven Arbeitsformen, der Entwertung ihrer Qualifikation und zunehmender Austauschbarkeit äußert.[35] Die Arbeitsbedingungen des Großteils der Lohnintelligenz nähert sich denen der übrigen Angestellten und auch der Arbeiter immer mehr an. Die unterschiedliche Funktion in der Leitungshierarchie, das deutlich höhere Einkommen unterscheiden sie von der Arbeiterklasse. „Die Tendenz zur Proletarisierung der Intelligenz ist eine führende, herrschende und progressive Linie ihrer Entwicklung."[36]
Insgesamt gesehen führt die objektive Notwendigkeit der Steigerung der Produktivkräfte und damit des gesellschaftlichen Qualifikationsniveaus unter kapitalistischen Bedingungen zu einem widersprüchlichen, ungleichzeitigen Entwicklungsprozeß, „der sowohl das Nebeneinander von wissenschaftlich-qualifizierter und einfacher, körperlicher Arbeit als auch die fortschreitende Polarisierung von qualifizierter und unqualifizierter, von leitender und ausführender Arbeit umschließt".[37] Die herkömmliche Struktur der Arbeiterklasse wird mehr und mehr abgelöst durch eine „Differenzierung vom qualifizierten Arbeiter mit ingenieurtechnischem Niveau, der in hohem Grad geistige Arbeit leistet, über den qualifizierten Arbeiter der mechanischen Abteilungen, den mit Fachkenntnissen ausgerüsteten Arbeiter für Wartung und Reparatur bis zu dem mechanische Tätigkeit an der Fließ- und Taktstraße ausübenden angelernten Arbeiter"[38], die ständig weiterentwickelt.

3. Tendenzen der Wissenschafts- und Bildungspolitik in der BRD

Die Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktion bedingt den Ausbau des Forschungs- und Bildungsbereichs und erfordert eine zunehmende Erhöhung

[34] Materialien zur Klassen- und Sozialstruktur der BRD, in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1971, S. 133 ff.
[35] Vgl. Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD, Frankfurt/M. 1971, S. 349 f.
[36] A. Mel'nikov: Intelligenz in den USA . . ., a.a.O., S. 46 — vgl. auch H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 120.
[37] F. Deppe/H. Lange/L. Peter: Neue Arbeiterklasse?, a.a.O., S. 67.
[38] Autorenkollektiv: Der Imperialismus der BRD, a.a.O., S. 345.

des Qualifikationsniveaus der werktätigen Bevölkerung. Insbesondere die Anhebung des Bildungsniveaus der gesamten Gesellschaft, vor allem der Arbeiterklasse, sowie die hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen in den sozialistischen Staaten zwingen die imperialistischen Länder zu erhöhten Anstrengungen.
Die Widersprüchlichkeit der Ausdehnung des Wissenschafts- und Bildungssektors in den kapitalistischen Ländern liegt darin begründet, daß einerseits „die Rate des *technisch möglichen* Produktionszuwachses in gewissem Ausmaß von der Geschwindigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts"[39], gerade bei absoluter Stagnation oder Rückgang der Erwerbstätigen, abhängt, andererseits „faux frais für den Bildungssektor *sowohl* auf die Profitrate *als auch* auf die Mehrwertrate (drücken)".[40]
Unter kapitalistischen Bedingungen besteht daher die Tendenz der Minimierung der Ausgaben für den Bildungssektor. Allein das sich aus den Anforderungen der Arbeitsplatzstruktur ergebende notwendige Maß der Erhöhung des Qualifikationsniveaus wird der Arbeiterklasse zugestanden.

Die Wissenschaftsförderung

Anders verhält es sich mit den Wissenschaftsausgaben. Da die Forschungs- und Entwicklungskosten für neue Produktionsverfahren mit der Stufenleiter der Technisierung zunehmen, übersteigen diese die Kapitalkraft der mittleren und auch in zunehmendem Maße der großen Unternehmen, so daß Forschungsinvestitionen allein aus eigenen Mitteln für sie unrentabel werden. Daher rührt auch die Vernachlässigung bestimmter Wissenschaftsbereiche. Dem Staat kommt hier die Aufgabe zu, „den Gesamtprozeß von Forschung und Entwicklung in gewissem Umfang dem Einfluß privatwirtschaftlicher Kalküle und isolierter Forscherinteressen zu entziehen und den Fortschritt von Wissenschaft und Technik im Hinblick auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Erfordernisse gesellschaftlich zu organisieren".[41]
Das aufeinander abgestimmte System von allgemeiner Wissenschaftsförderung, Schwerpunktforschungsprogramm und ressortbezogener Forschung kommt vornehmlich der Förderung von Schlüsseltechnologien (Kern-, Luft- und Raumfahrtforschung, Datenverarbeitung, militärische Forschung) und den von internationalen „Wettbewerbsverzerrungen" betroffenen Industrien zugute. Den Hochschulen (insbesondere den Sonderforschungsbereichen) und sonstigen staatlichen Forschungsinstituten (Max-Planck-, Batelle- etc.) kommt dabei im wesentlichen die Weiterentwicklung der Grundlagenforschung zu.[42] Bis 1985 rechnet man mit einer Steigerung allein der allgemeinen Forschungsförderung von mehr als 400 Prozent gegenüber 1970, also im Jahresdurchschnitt mehr als 26 Prozent.[43]

[39] J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System, Frankfurt/M. 1970, S. 68.
[40] E. Altvater/F. Huisken: Die Kategorien produktive und unproduktive Arbeit im Rahmen der Reproduktionsbedingungen des Kapitals, in: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971, S. 239.
[41] J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt . . ., a.a.O., S. 110 f. — vgl. auch Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung über den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget, Fünfter Entwurf, Bonn 1971, S. II H. 2 f.
[42] Vgl. K. H. Roth/E. Kanzow: Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft, Berlin-West, 1970, S. 338 f.
[43] Vgl. Zwischenbericht . . ., a.a.O., S. II H/6 f.

Die Finanzierung der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung erfolgte 1969 zu 60 Prozent durch den Wirtschaftssektor, wobei in der Privatwirtschaft jedoch 68 Prozent, also 8 Prozent mehr, verbraucht wurden.[44] Die Differenz zwischen Finanzierung und Verbrauch der Forschungsmittel gibt dabei noch keinen Aufschluß über die Schwerpunktverteilung der Mittel auf einzelne zukunftsträchtige Industriebranchen und Konzerne. Der Anteil der staatlich finanzierten bzw. unterstützten Forschungsprogramme in der Industrie machte 1967 28 Prozent an den gesamten Wissenschaftsausgaben des Bundes aus.[45]
Die Ausgaben für Rüstungsforschung und auch Weltraumforschung, wie für Rüstungsproduktion überhaupt „lösen also das Problem der Kapitalverwertung auf recht elegante Art, indem sie diese von den Gesetzen des Marktes überhaupt befreien . . . Solange die Rüstungs- und Weltraumforschung staatliche Nachfrage permanent selbst erzeugt, können die Rüstungskapazitäten fast beliebig ausgedehnt werden, ohne daß die erzielten Profite durch die Beschränktheit der Massenkaufkraft bedroht würden"[46], freilich um den Preis der Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, der Erzeugung von Strukturkrisen und Inflationstendenzen. Die ausgewiesenen Ausgaben für Rüstungsforschung sind seit 1955 kontinuierlich bis 1969 auf über 1 Mrd. jährlich angestiegen und bilden damit 26,2 Prozent der Gesamtaufwendungen des Bundes für Wissenschaft. Einschließlich der zumindest sekundär militärtechnologisch verwertbaren Programme beträgt der Anteil sogar 56,7 Prozent.[47] Gegenüber den USA und den westeuropäischen Ländern besteht dabei noch ein erheblicher Rückstand.[48] Der leichte Rückgang der geplanten ausgewiesenen Ausgaben für militärische Forschung Anfang der siebziger Jahre dürfte daher vor allem durch das überproportionale Wachstum der in den Schwerpunktprogrammen versteckten Mittel für Rüstungsforschung überkompensiert werden.[49]

Die „Bildungsreform"

Die notwendige Erhöhung des allgemeinen Qualifikationsniveaus wird begleitet von einer Neubestimmung der bildungspolitischen Ziele: Orientierung an Tätigkeitsfeldern, Erhöhung der Flexibilität zwischen Ausbildung und Beruf, Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte, Ausschöpfung der Begabungsreserven, Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit sowie Differenzierung des Bildungsangebots und der Bildungsgänge.[50] In der Realität, d. h. unter kapitalistischen Bedingungen erstarrt der Großteil dieser Ziele zum bloßen Anspruch, wird zur Ideologie. Die Trennung von Eliten- und Massenausbildung, verschärfte Selektion und Disziplinierung sind Bestandteile sowohl der Berufsausbildung wie auch der

[44] Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode: Ergänzung zu Drucksache VI/3251, Tabelle 27 und 28.
[45] Vgl. J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt . . ., a.a.O., S. 166.
[46] Ebenda, S. 99.
[47] Vgl. R. Rilling: Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD, in: Sonderdruck aus „Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln, H. 12/1969 und H. 1/1970, S. 10 f.
[48] Vgl. J. Hirsch: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt . . ., a.a.O., S. 103.
[49] Vgl. Bundesbericht Forschung IV, Statistik, in: Ergänzung zur Bundestagsdrucksache VI/3251, S. 84 f.
[50] Vgl. Zwischenbericht . . ., a.a.O., S. I/12 f. — Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970, Bonn 1970, Bd. 1, S. 54 f.

durch das Hochschulrahmengesetz bzw. dessen Entwurf geprägten Hochschulausbildung.
Die durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte notwendig gewordene tendenzielle Aufhebung des bürgerlichen Bildungsprivilegs setzt sich nur widersprüchlich und gebrochen durch. Der relativ breitere Zugang der Arbeiterklasse an die Realschulen, Gymnasien und Hochschulen beseitigt noch nicht den arbeiterfeindlichen, von der bürgerlichen Ideologie geprägten, die Herrschaft des Kapitals absichernden Inhalt der Ausbildung. „Die Nutzung dieser gesellschaftlichen Erkenntnisse, des naturwissenschaftlichen Wissens und der technischen Fähigkeiten im Dienste des Kapitals zur Erhöhung der Produktivität, der Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, der ideologischen Verschleierung dieses Prozesses, nicht zuletzt zum Selbstbetrug über die eigene effektive Lage bilden Ziel und Zweck des Monopolkapitals zum Mißbrauch der Wissenschaftler für die Steigerung und Sicherung ihrer Maximalprofite."[51]
Auch wenn die Ausbauplanung im Bildunsbereich das selbstgesteckte Ziel infolge wirtschaftlicher Krisen und Einschränkungen bzw. Umverteilung der öffentlichen Ausgaben nicht erreicht, gibt die Tendenz doch Aufschluß über die vom Monopolkapital langfristig für notwendig erachteten Maßnahmen, um die wissenschaftlich-technische Revolution im Sinne des Monopolkapitals bewältigen zu können.
Die Umstrukturierung des Bildungswesens in der BRD setzt beim Ausbau des vorschulischen Bereichs zur Vergrößerung des Reservoirs für spätere Auslese-prozesse und zur Freisetzung der Mütter für berufliche Tätigkeit an. Neben der langfristigen Einführung des zehnten Pflichtschuljahres soll der Anteil der berufsqualifizierenden Bildungsgänge von 72 Prozent (1970) auf ca. 60 Prozent (1985) eines Altersjahrgangs gesenkt werden, wobei sich eine deutliche Verschiebung vom dualen System hin zu Vollzeitschulen abzeichnet. Dies dürfte allein schon auf heftigen Widerstand der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden stoßen, die sich dadurch um die billige Ausbeutung der Arbeitskraft der Lehrlinge geprellt sehen. Die Konflikte um die Einführung von Blockunterricht in den Berufsschulen deuten darauf hin.
Darüberhinaus soll jedoch der Anteil der Absolventen der Sekundarstufe II, die statt eines Studiums sofort eine Lehr- bzw. Berufstätigkeit in der Wirtschaft aufnehmen, erheblich heraufgesetzt werden, so daß die reale Senkung des Anteils der berufsqualifizierenden Bildungsgänge erheblich geringer ausfällt.
Die studienbezogenen Bildungsgänge sollen anteilmäßig von 14 Prozent (1970) auf ca. 21 Prozent erhöht werden, zusätzlich des Anteils der berufsqualifizierenden Ausbildungsgänge mit Hochschulreife, die tatsächlich ein Studium aufnehmen.
Die Absolventenquoten im Sekundarbereich II kalkulieren bereits eine Ausfallquote von 20 Prozent der Eingangszahlen in diesen Bereich ein, so daß mit einem Anteil, der ein Hochschulstudium beginnt, von 24 bis 28 Prozent (1985) je Altersjahrgang gerechnet wird.[52]

Der Hochschulausbau

Im tertiären Bereich wird dem zunehmenden „Bedarf" an dreijährigen Studiengängen entsprochen. Zur Begründung muß „der aus der wissenschaftlichen Entwicklung resultierende Zwang zur Umsetzung wissenschaftlicher Methoden und

[51] H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 88.
[52] Zwischenbericht . . ., a.a.O., S. II A/31 f.

Ergebnisse in die berufliche Praxis“[53] herhalten. Für diese verkürzten Studiengänge kommen in Betracht „z. B. Studiengänge für nichtärztliches medizinisches Personal, Studiengänge für Sozialarbeit, in den Wirtschaftswissenschaften, für Steuerberater, für Fremdsprachenberufe, für Rechtspfleger, für den gehobenen Verwaltungsdienst, für die Informatik, die Physik, die Chemie und für Ingenieurberufe“.[54]
Die geplanten Studentenzahlen sehen bei einer Steigerung von ca. 450 000 bis 500 000 bis 1985, was etwa einer Verdoppelung seit 1969 entspricht, eine rasche Steigerung des Anteils der dreijährigen Studiengänge von 16,2 Prozent (1969) auf 26,1 Prozent (1985) vor. Dabei soll der Anteil der (drei- und/oder vierjährigen) Lehrerstudiengänge langfristig leicht abnehmen, von 35,8 Prozent (1969) auf ca. 32,4 Prozent (1985). Die Zahl der Studienanfänger in den dreijährigen Studiengängen soll 1985 knapp die Zahl derjenigen in den vierjährigen erreichen und jeweils ca. 8 Prozent des Geburtsjahrgangs erreichen.[55]
Die Aufschlüsselung der Studentenzahlen nach Fachrichtungsgruppen zeigt die Schwerpunktsetzung im Hochschulausbau:
1. Verdreifachung im Bereich der Ingenieurwissenschaften auf ca. 280 000, wobei der Anteil von 21,7 Prozent (1969) auf ca. 30 Prozent (1985) hochgeschraubt werden soll. Die dreijährigen Studiengänge stellen hier kontinuierlich knapp zwei Drittel der Ingenieurstudenten. Die Relation der Absolventen von vierjährigen gegenüber dreijährigen Studiengängen beträgt dabei 1 : 3,6.
2. Steigerung im Bereich der Naturwissenschaften um das 2,75fache bis 1985. Die Nichtlehramtsstudenten stellen davon etwa 45 Prozent (1985), das sind ca. 100 000, wobei sich ihr Anteil langfristig gegenüber dem überdurchschnittlichen Wachstum der naturwissenschaftlichen Lehramtsstudenten vermindern soll. Die dreijährigen Studiengänge steigern ihren Anteil an den Nichtlehrerstudenten bis 1985 auf über 8 Prozent.
3. knappe Verdoppelung im Bereich der Medizin sowie der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bis 1985. Der Anteil der dreijährigen Studiengänge in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften soll von 10 Prozent (1969) auf über 30 Prozent (1985) angehoben werden.
4. Anhebung im Bereich der Kulturwissenschaften um ca. 40 Prozent bis 1985. Die Lehramtsstudenten machen ca. 80 Prozent der etwa 190 000 Studenten in diesem Bereich aus.[56]
Aufbaustudienplätze sind nur für 3,5 bis 4,5 Prozent der Studenten vorgesehen. Nur 5000 Hochschulabsolventen können gegenwärtig in die Graduiertenförderung einbezogen werden.[57]
Das gesamte Ausbildungssystem wie auch die Planungen für die nächsten 15 Jahre sind durch eine Grundtendenz gekennzeichnet: der Ausrichtung von Anzahl und Qualifikationsstufe der Ausbildungsplätze an die Interessen der Kapitalverwertung. Die rigide Trennung von Massen- und Elitenausbildung kommt in einer Funktionsdifferenzierung auf drei Qualifikationsebenen zum Ausdruck:
„– (dem) Nachwuchspotential für Forschung und für politisch-ökonomisch-administrative Leitungsfunktionen („Integrationsspezialisten“, „Rezeptemacher“)

[53] Ebenda, S. II B/4.
[54] Wissenschaftsrat: Empfehlungen ... nach 1970, a.a.O., Zusammenfassung, S. 11.
[55] Hinzu kommen ca. 7 Prozent in Lehramtsstudiengängen. Vgl. Zwischenbericht ... a.a.O., S. II B/6 f.
[56] Ebenda, S. VI B/37 ff. (Prozentzahlen errechnet).
[57] Ebenda, S. II B/7 und S. II B/18.

– eine(r) breite(n) Mittelschicht von technisch-wissenschaftlich qualifizierten, differenziert geschulten, mobilen und fungiblen Spezialisten („Rezepteanwender“)
– eine(r) breite(n) untere(n) Schicht ohne jede Aufstiegschance in „unserer hierarchischen und modernen Leistungsgesellschaft“ (qualifizierte Hilfsarbeiter).“[58]
Die Ausbauschwerpunkte werden insbesondere in ihrer inneren Differenzierung, aber auch in ihrem Umfang von massiven industriellen Interessen geprägt.[59] Die vielschichtige Gliederung und Differenzierung des Bildungswesens ermöglicht mit seinen vielfältigen Selektionshürden eine im wesentlichen klassenspezifische Sozialisation und die Orientierung an den Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals. Die Ausbildungsbedingungen reproduzieren nur die Klassenwidersprüche am Arbeitsplatz in der Produktion. Ebensowenig wie die Polarisierung der Beschäftigten[60] die allen Lohnarbeitern gemeinsamen Klassenmerkmale und -interessen aufhebt, so wenig können die realen Interessen der Masse der Schüler, Lehrlinge und Studenten an einer demokratischen Ausbildung mit umfassender Qualifikation unterdrückt werden.[61] Die Konflikte im Ausbildungssektor zeigen dies.
Die neuesten Kürzungsvorschläge für den Bildungsbereich sind Ausdruck der prinzipiellen Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Interesse der werktätigen Bevölkerung, der Schüler, Lehrlinge und Studenten zu planen und durchzuführen. Eine veränderte Schwerpunktsetzung des Monopolkapitals zur Sicherung der Verwertungsbedingungen legt den Bildungsplanern finanzielle Abstriche von ca. 5 Mrd. DM für den Zeitraum von 1970–1975 auf, so daß das Gesamtvolumen der Ausgaben für den Bildungsbereich von ca. 53 Mrd. DM nicht einmal die Höhe der bereits 1970/71 verbrauchten Rüstungsausgaben erreichen soll.[61a]
Die Folge ist die Fortschreibung des materiellen Elends an den Schulen und Hochschulen. Die „Bildungsreform“ wird vertagt, der Numerus clausus an allen Hochschulen weiter verschärft durch „geeignete“ Zulassungskriterien, die eine klassenspezifische und politische Selektion der Auszubildenden ermöglichen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz haben sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes über den Numerus clausus in diesem Jahr bereits darüber verständigt, ein entsprechender Staatsvertrag steht bevor.
Die erforderlichen Einsparungen in Höhe von 5 Mrd. DM sollen durch eine größere Anzahl an Schülern im dualen System, die Sanktionierung des personellen und räumlichen Notstands an Schulen und Hochschulen, die Kürzung des Zuwachses an Verwaltungsausgaben um 40 Prozent sowie an Studentenzahlen um 80 000 bis 1975 einschließlich Einschränkung bzw. Nichterhöhung der Ausbildungsförderung erbracht werden.[61b]

[58] J. Hirsch/St. Leibfried: Materialien zur Wissenschafts- und Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1971, S. 52 f.
[59] Vgl. BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 94 – besonders: Zur Lage der naturwissenschaftlich-technischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1970, Memorandum des Präsidialarbeitskreises für Forschungspolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., BDI-Drucksache, Köln 1970, Nr. 89.
[60] Vgl. H. Kern/M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Frankfurt 1970, Bd. I, S. 139 – die Rezension von S. Herkommer: Vom Elend der Industriesoziologie, in: Sozialistische Politik, 4. Jg. Nr. 16, Berlin-West 1972, S. 78 ff.
[61] Vgl. Verband Deutscher Studentenschaften: Zentrale Forderungen und Aktionslosungen für den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz, in: vds-press, Bonn, 12. 11. 71, auch: 6 Punkte des vds für ein demokratisches Hochschulgesetz, in: vds-press Nr. 42, Bonn, 1. 7. 1972.
[61a] Vgl. Drucksache 49/72 des besonderen Gremiums für bildungspolitische Prioritäten bei der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vom 30. 8. 72, S. 2.
[61b] Ebenda, S. 3 ff.

Während die miserablen Ausbildungsbedingungen die Heranbildung umfassender gesellschaftsbezogener Qualifikation systematisch untergraben, Bundeswehrhochschulen eingerichtet und Stiftungsuniversitäten geplant werden, beabsichtigt man, im Hochschulbereich durch Beibehalten der Zielwerte für alle Kurzstudiengänge[61c] die Studienreform im Interesse des Monopolkapitals auf dem Rücken der Studenten und letztlich auch der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Der Hinweis auf die „knappen" staatlichen Mittel dient dabei als Vorwand, um einerseits von den wirklichen, imperialistischen Zielen der Monopole abzulenken und andererseits den wachsenden Widerstand der demokratischen und sozialistischen Studenten gegen den Abbau demokratischer Rechte mittels materieller und politischer Druckmittel zu unterdrücken.

4. Qualifikationsstruktur und Wert der Arbeitskraft

Eine Erhöhung des Qualifikationsniveaus bewirkt nun eine Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft, denn die „Arbeit, die als höhere, kompliziertere Arbeit gegenüber der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit gilt, ist die Äußerung einer Arbeitskraft, worin höhere Bildungskosten eingehen, deren Produktion mehr Zeit kostet und die daher einen höheren Wert hat als die einfache Arbeitskraft".[62] Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Aufwendung für Bildung „Bestandteil umverteilter Revenue"[63] sind und nicht direkt zu Lasten des einzelnen gehen. Andererseits bedeutet das aber auch nicht, daß jede Erhöhung der Bildungskosten „*unmittelbar* durch die Erhöhung von auf die Mehrwertrate" (Hervorhebung durch mich -I. H.)[64] drückt. Die realen Verhältnisse zeigen, daß nicht jeder qualifizierte Arbeiter noch zusätzlich die gesamten Kosten seiner Ausblidung ausbezahlt bekommt.

Vielmehr „entwertet sich daher (mit einigen Ausnahmen) im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt".[65] Sowohl die zunehmende Vergesellschaftung der Bildungskosten als auch die massenhafte Konkurrenz der qualifizierten Lohnarbeiter untereinander senkt den individuellen Wert ihrer Arbeitskraft immer mehr auf den durchschnittlichen Wert herab.

Der relativ höhere Wert der hochqualifizierten Arbeitskraft gegenüber dem durchschnittlich qualifizierten Lohnarbeiter äußert sich auch in der Produktion von verhältnismäßig höheren Werten. Da der Preis der Ware Arbeitskraft im langfristigen Mittel dem Wert der Ware Arbeitskraft entspricht, drückt sich dies in einem in der Regel höheren Einkommen des hochqualifizierten Lohnarbeiters aus, ohne daß hier besondere Zuwendungen für seine Korrumpierung oder als Entschädigung für eine zeitweilige Knappheit auf dem Arbeitskräftemarkt berücksichtigt sind. Eine wesentliche Aufstockung der Einkommen für die Masse derjenigen, die sich einer längeren Ausbildung unterziehen, ist daher nicht zu erwarten.

Mehr Bildung bewirkt allein keinen sozialen Aufstieg und erbringt, solange diese den durchschnittlichen Qualifikationsanforderungen entspricht, in der Regel keinen höheren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum.

[61c] Ebenda, S. 36.
[62] K. Marx: Das Kapital, Bd. I, a.a.O., S. 211 f.
[63] K. H. Roth/E. Kanzow: Unwissen als Ohnmacht . . ., a.a.O., S. 76 ff.
[64] E. Altvater/F. Huisken: Die Kategorien . . ., a.a.O., S. 239.
[65] K. Marx: Das Kapital. Bd. III, Mew 25, Berlin 1972, S. 312.

5. Auswirkungen auf die soziale Lage der technischen Intelligenz

Das überproportionale Wachstum der Zahl der technischen Angestellten infolge der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion wird von einer Veränderung der Tätigkeitsbereiche und -aufgaben begleitet. Die mit der gesellschaftlichen Entwicklung fortschreitende Arbeitsteilung bemächtigt sich auch der geistigen Arbeit, zerlegt und zergliedert diese in Detail-, Routine- und Spezialaufgaben und bewirkt so eine innere Differenzierung der geistigen Lohnarbeiter, die durch die kapitalistische Betriebshierarchie pervertiert und auf die Spitze getrieben wird.

Zunächst „kommt jedoch die Höherqualifizierung des industriellen Gesamtarbeiters recht eindeutig im Wachstum der Zahl und der Qualifikation der technischen Angestellten, der betrieblichen wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen, des ingenieurtechnischen Personals in der Fertigung und den beigeordneten Bereichen (. . .) zum Ausdruck".[66] Unterdessen erfolgt mit der Mechanisierung der Büro- und Verwaltungsarbeiten eine Dequalifizierung der unteren und mittleren kaufmännischen Angestelltentätigkeiten.

Zwei Grundlinien sind daher für die Entwicklung der Gruppe der technischen Angestellten unter staatsmonopolistischen Bedingungen charakteristisch: überdurchschnittliches Wachstum und innere Polarisierung.

Die Zahl der technischen Angestellten in der Industrie, dem wesentlichen Wirtschaftsbereich, in dem technische Lohnarbeiter tätig sind[67], beträgt 1970 897 000, das entspricht 3,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung, 11,6 Prozent aller Angestellten überhaupt und 44,6 Prozent aller Angestellten in der Industrie. Seit 1950 hat sich die Zahl der technischen Angestellten hier etwa verzweieinhalbfacht.[68] Davon entfallen allein 512 000 oder 57,2 Prozent aller technischen Angestellten auf die Investitionsgüterindustrie. In den Industriebetrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten arbeiten 1970 schon 51,5 Prozent aller technischen Angestellten in der Industrie und stellen damit 12,9 Prozent aller Beschäftigten in dieser Betriebsgrößenklasse gegenüber ca. 7,7 Prozent 1958.[69] In manchen Wachstumsbranchen dürfte der Anteil an den Beschäftigten bereits zwischen 20 und 30 Prozent betragen.

Wenn man von ca. 135 000 Diplomingenieuren in der BRD im Jahre 1971 ausgeht[70], kann man nach Abzug einer Rate von ca. 10 Prozent Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst[71] und ca. 10 Prozent Selbständigen[72] mit einem Anteil von ca. 110 000 Diplomingenieuren oder ca. 12 Prozent der technischen Angestellten in der Industrie rechnen. Auf einen Diplomingenieur kommen gegenwärtig etwa drei graduierte Ingenieure. Industrie und Wissenschaftsplaner setzen den zukünftigen „Bedarf" jedoch mit 1 : 4 an[73], so daß von ca. 400 000 graduierten Ingenieuren

[66] B. Kaufhold/R. Melke/F. Sandow: Veränderungen . . ., a.a.O., S. 22.
[67] Bei 55,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten in der Industrie (hier einschl. Baugewerbe) 1970 dürfte diese Annahme zutreffen.
[68] AsM 6/1972, S. 194 ff. — vgl. F. Deppe/H. Lange/L. Peter: Neue Arbeiterklasse?, a.a.O., S. 70 f.
[69] AsM 6/1972, S. 194 f. — vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 52.
[70] Wissenschaftsrat: Empfehlungen . . . nach 1970, a.a.O., Bd. 3, S. 82 f.
[71] Von 7,7 Mio Angestellten waren 1970 ca. 900 000 im öffentlichen Dienst tätig, das entspricht etwa 8,5 Prozent. Vgl. AsM 11/1971, S. 292.
[72] Vgl. Materialien zur Klassen- und Sozialstruktur der BRD, a.a.O., S. 136.
[73] Vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen . . . nach 1970, a.a.O., Bd. 2, S. 203 f.

etwa 320 000 in der Industrie beschäftigt sind. Das entspricht einem Anteil von ca. 33 Prozent an den technischen Angestellten.
Detaillierte Untersuchungen in Wachstumsbranchen, insbesondere Großkonzernen zeigen, daß mit der technischen Entwicklung die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte wesentlich schneller ansteigt als die der Wissenschaftler selbst. Qualifizierte Arbeitskraft wird im Zuge der Arbeitsteilung durch relativ unqualifizierte ersetzt.[74]
Mit dem Auf- und Ausbau von monopoleigenen Forschungs- und Entwicklungszentren wird auch die Arbeit der Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler weitgehendst rationalisiert, um den an Bedeutung gewinnenden Kostenfaktor Forschungsaufwendungen herabzudrücken, wenigstens relativ gesehen.

Die Arbeitsbedingungen

Gerade die Arbeit der unteren und mittleren Qualifikationsgruppen bis hinauf zu den Sachbearbeitern nimmt mehr und mehr den Charakter geistiger Fließbandarbeit an. Fachliche Einseitigkeit, Monotonie und strenge Abgrenzung zu den benachbarten Aufgabenfeldern lassen die Arbeitsfähigkeit der wissenschaftlichen und technischen Detailarbeiter verkümmern und entwerten damit ihre Arbeitskraft, so daß sie im Fortgang der technischen Entwicklung immer in Gefahr geraten, freigesetzt zu werden.
Die Tätigkeit der Konstrukteure in den Zeichensälen der Konzerne, an den Reißbrettern der Ingenieurbüros gleicht in Ablauf, Akkordhetze und Überwachung der eigenen Arbeit in vielerlei Hinsicht der Maschinen- oder Fließband- und Reparaturarbeit in den Produktionshallen. Etwa die Hälfte aller Ingenieure in den Großbetrieben ist in Forschung, Entwicklung und Konstruktion tätig.[75] Auch dem geistigen Detailarbeiter wird mehr und mehr die Einsicht in Ziel und Zweck, den gesellschaftlichen Nutzen der Produktion und auch in die Bedingungen und die Höhe der Profitwirtschaft verwehrt. Er wird vom Produkt seiner Arbeit vollständig getrennt, indem das Ganze, das Ergebnis der Tätigkeit des Kollektivs ihm verschlossen bleibt. Er arbeitet wie der manuelle Lohnarbeiter entfremdet.[76]
Keineswegs ist die Arbeitssituation der technischen Intelligenz den Arbeitsbedingungen der Arbeiter und der Masse der unteren Angestelltengruppen schon gleichzusetzen. Viele Privilegien und Vergünstigungen sowie der Grad an Arbeitsautonomie unterscheiden die Tätigkeit der technischen Intelligenz, vor allem der oberen Gruppen, von der des Produktionsarbeiters. Die Technisierung und Automatisierung befreien jedoch auch diesen immer mehr von der unmittelbaren Tätigkeit in der Produktion, neue Formen der Kooperation von Ingenieuren und qualifizierten Produktionsarbeitern treten langfristig an seine Stelle, begleitet von der relativen Dequalifizierung breiter Teile einfacher Maschinenarbeiter im Kapitalismus.
In der Tendenz bewegen sich die Arbeitsbedingungen der Masse der technischen Intelligenz, vor allem der unteren und mittleren Kategorien, und die der Arbeiter und anderen Angestellten aufeinander zu, sie gleichen einander an.[77]

[74] Vgl. Autorenkollektiv: Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin 1968, S. 42 f. – vgl. auch S. Herkommer: Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus und die Voraussetzungen der Politisierung technischer Intelligenz, in: Sozialistische Politik, Berlin-West 1969, Nr. 3, S. 12.
[75] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 123.
[76] Vgl. M. Gronau: Intelligenz unter Monopolherrschaft, in: DWI-Forschungshefte, 4. Jg., H. 3, Berlin 1969, S. 5 ff.
[77] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 120 f.

Die Betriebshierarchie

Mit der Konzentration der technischen Angestellten im Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsbereich werden auch diese der kapitalistischen Betriebshierarchie unterworfen und in sie eingeordnet. Die durch den Grad der Vergesellschaftung der Produktion mögliche und notwendige demokratische Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten über die Produktion widerspricht jedoch den Kapitalverwertungsinteressen. Allein diejenigen Angestellten, vornehmlich aus der Intelligenz rekrutiert, die ihre Arbeitskraft bedingungslos dem Profitprinzip unterordnen, werden in der pyramidenförmigen Leitungshierarchie einige Stufen erklimmen.
Das Mittel des Aufstiegsanreizes bildet einen der ausgeprägtesten Hebel zur Disziplinierung der abhängig Beschäftigten. Stellen- und Gehaltsabstufungen, die Illusion des „Aufstiegs für den Tüchtigen", materielle und ideologische Korrumpierung bilden die Grundlage für den vom Kapital geschürten Konkurrenzkampf um finanziellen und beruflichen Aufstieg. Die Techniker, graduierten und diplomierten Ingenieure sollen sich in ihren Leistungen für das Unternehmen gegenseitig übertreffen und ausspielen, die Solidarität untergraben und die allen gemeinsame Stellung zu den Produktionsmitteln, die Tatsache der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch das Kapital nicht wahrnehmen.
Chancengleichheit besteht in der Industrie nicht für die technischen Angestellten. Der Anteil der graduierten Ingenieure, die in Führungspositionen der Unternehmenshierarchie gelangen, ist weitaus geringer als ihr Anteil an den technischen und kaufmännischen Angestellten überhaupt.[78] Der Stellenkegel von Monopolunternehmen wie Siemens macht deutlich, daß der Zugang in die Unternehmensführung nur für eine Minderheit offen ist. Bei Siemens erreichten nach 30 und mehr Berufsjahren 30 Prozent der Diplomingenieure und Naturwissenschaftler bzw. Diplommathematiker Stellungen vom Prokuristen an aufwärts. Von den graduierten Ingenieuren kamen sogar nur 10 Prozent in diese Vorgesetztenstufen. Dabei besitzen die kaufmännischen Angestellten bessere Aufstiegschancen als die technischen.[79]
Darüberhinaus ist nach wie vor die soziale Herkunft eine der entscheidenden Voraussetzungen für den beruflichen Aufstieg. Neuere Untersuchungen bestätigen, daß die Führungsgruppen der westdeutschen Gesellschaft, in der Wirtschaft und Verwaltung, abgesehen von wenigen Ausnahmen aus der Oberschicht der Bourgeoisie stammen. „Leitende Angestellte . . . verdanken ihren Erfolg nicht allein dem eigenen Bemühen. Um in Spitzenstellungen zu gelangen, muß man schon in ihrer Nähe geboren sein . . . je höher der Rang des Vaters und des Großvaters war, desto günstiger sind die Aussichten, das oberste Ziel der Karriere, den Vorstandsposten, zu erreichen."[80] Die Mehrzahl der technischen Intelligenz bleibt in den unteren und mittleren Rängen der Angestelltenhierarchie hängen.
Die schon für den Bereich der Produktion sichtbar gewordene Polarisierung der Beschäftigten setzt sich auch im Bereich der technischen Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten fort. Eine zahlenmäßig kleine Gruppe von hochqualifizierten

[78] Vgl. G. Brinkmann: Die Ausbildung von Führungskräften für die Wirtschaft, Köln 1967 (nur für manches Zahlenmaterial brauchbar).
[79] Statisltik der Siemens AG: Aufstiegschancen der männlichen Angestellten nach Vorbildungsgruppen, in: Materialien zum Berufsbild des Maschinenbauers, Aachen 1972, S. 23 f.
[80] H. Pross/K. W. Boetticher: Manager des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1971, S. 49.

Wissenschaftlern und Ingenieuren, oft mit der Promotion ausgestattet[81], ist in den oberen Führungspositionen als „Agent des Kapitals" tätig und wird dafür dementsprechend honoriert. Für die Masse der technischen Intelligenz bleibt dieser Aufstieg verschlossen, sie teilen mit den Arbeitern „die handfesten industriellen Konfliktstoffe – Höhe des Gehalts, Arbeitsbewertung, Arbeitsplatzsicherheit, Umschulung und Weiterbildung im Zuge technologischer Innovationen".[82]

Das Einkommen

Das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen liegt bei den technischen Angestellten mit 1890 DM (Januar 1972) zwar um ca. 500 DM über dem der kaufmännischen[83], jedoch verschleiern diese Angaben den relativ hohen Anteil von gering qualifizierten kaufmännnischen Angestellten (Verkäuferinnen, Sekretärinnen), insbesondere Frauen. Noch 1965 lag das monatliche Durchschnittseinkommen der Diplomkaufleute in der Industrie mit ca. 1900 DM um etwa 50 DM über dem der Diplomingenieure, während die graduierten Ingenieure mit ca. 1600 DM zufrieden sein mußten.[84]
Niedersächsische Erhebungen in der Industrie zeigen, daß trotz der langfristigen Tendenz der Zunahme qualifizierter Arbeit, insbesondere bei den technischen Angestellten, die Gehaltsdifferenzen zwischen den verschiedenen Leistungsgruppen, wenn auch nicht absolut, so doch relativ geringer geworden sind.[85]
Von Bedeutung für die Zukunftsaussichten der jungen Techniker, Ingenieure und Diplomingenieure ist die Tatsache, daß sich zum einen die Anfangsgehälter erheblich weniger unterscheiden als die Endgehälter und zum anderen ab dem zwanzigsten Berufsjahr, also etwa mit 45 bis 50 Jahren, die Einkommen relativ und zum Teil auch absolut sinken.[86]
Dabei bieten die kleineren Unternehmen zunächst höhere Verdienstchancen, die jedoch etwa vom zehnten Berufsjahr an zu stagnieren beginnen, so daß die Lebenseinkommen und damit auch die Höhe der Rentenansprüche in der Regel in den Großunternehmen besser ausfallen.[87] Das ist jedoch nur ein Ausdruck der Konkurrenz zwischen den Kleinbetrieben und der Großindustrie um den Kauf bzw. die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften. Demgegenüber sind die Ingenieure langfristig gesehen als Angestellte und Beamte des Staates materiell besser gestellt. Allerdings verdienen sie in den ersten Berufsjahren erheblich weniger als in der Industrie, mit zunehmendem Alter wird ihr Einkommen nicht geringer, sondern steigt kontinuierlich.[88]

[81] Auf 4759 Diplomprüfungen in den Ingenieurwissenschaften 1968 kamen 680 Doktorate, das sind ca. 14 Prozent. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971, S. 83 f.
[82] S. Herkommer: Entwicklungstendenzen . . ., a.a.O., Nr. 3, S. 11.
[83] AsM, H. 7–8/1972, S. 257.
[84] Vgl. M. Gronau: Die angestellte technische Intelligenz – eine Lohnarbeiterschicht, in: Marxismus-Digest 1/1971, Frankfurt, S. 131.
[85] Vgl. R. Geumann: Gehälter und Beschäftigtenstruktur der Angestellten in der Industrie 1964–1971, in: Statistische Monatshefte für Niedersachsen, 26. Jg., H. 5 1972, S. 133 ff.
[86] Vgl. Arbeitskreis Ingenieure und Naturwisschenschaftler in der Deutschen Angestellten Gewerkschaft: Gehaltsumfrage 71 Datenvergleich 71. Zur sozialen Situation in der deutschen (Groß)Industrie, Hamburg 1971, S. 8 f.
[87] Vgl. Verein Deutscher Ingenieure: Report 1971, in: Materialien zum Berufsbild des Maschinenbauers, a.a.O., S. 13 f. Dabei ist die Annahme der zunehmenden Angleichung der Anteile von Dr. Ing., Dipl. Ing. und Ing. grad. in der Großindustrie wegen der mangelnden Repräsentativität der VDI-Mitglieder irrig.
[88] Vgl. Arbeitskreis Ingenieure und Naturwissenschaftler . . .; Gehaltsumfrage . . ., a.a.O., S. 32.

Der Mehrzahl der Techniker und Ingenieure bleibt jedoch nur der Weg in die Industrie. Statt eines Aufstiegs in die Unternehmensführung erwartet sie erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft und soziale Unsicherheit mit fortschreitendem Alter.
Mit einem durchschnittlichen Monatseinkommen (brutto) von 2000 bis 2500 DM für den graduierten Ingenieur und 2500 bis 3000 DM für den Diplomingenieur im Jahre 1971 unterscheiden diese sich doch noch erheblich von dem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen der Arbeiter von ca. 1400 DM[89] und auch dem der anderen Angestellten. Dies beruht im wesentlichen auf dem höheren Wert ihrer Arbeitskraft und zu einem geringeren Teil auf Sondervergünstigungen und Bestechungsgeldern durch das Kapital.

Die Klassenlage der technischen Intelligenz

Das höhere Einkommen ändert jedoch nichts daran, daß die Mehrzahl der technischen Intelligenz der kapitalistischen Ausbeutung unterworfen ist und zu einem großen Teil direkt zur Mehrwertproduktion beiträgt. Schließlich verschlechtert sich ihre soziale Lage zusehends gegenüber derjenigen der Monopolbourgeoisie. „Die Profite der Monopole (wachsen) schneller als die Einkommen sämtlicher Kategorien von Beschäftigten, auf deren Arbeit sie beruhen, auch als die der in den Konzernen arbeitenden Vertreter der Intelligenz."[90]
Die mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus verloren gegangene Interessenidentität zwischen Bourgeoisie und Intelligenz wechselt über in den objektiven Widerspruch zwischen der der Intelligenz zugedachten Aufgabe als Lieferant von Herrschaftswissenschaft für das Monopolkapital und der den eigenen Interessen der Mehrheit der Intelligenz entgegenstehenden Tatsache der Ausbeutung und zunehmenden Proletarisierung.[91]
Mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Händen einer zahlenmäßig kleinen, aufgrund der ökonomischen Stärke jedoch politisch äußerst mächtigen Monopolbourgeoisie unterwirft diese mit Hilfe des imperialistischen Staates nicht nur die Arbeiterklasse, sondern in zunehmendem Maß auch alle anderen nichtmonopolistischen Schichten, die große Teile der in einfacher Warenproduktion geschaffenen Werte bzw. des in kleinen und mittelgroßen Betrieben erzeugten Mehrwerts an das Monopolkapital abführen müssen.
Die Gesellschaft spaltet sich damit unter staatsmonopolistischen Bedingungen zusehends in zwei antagonistische Lager: in die „Herrschenden in Industrie, Banken und Staat auf der einen und in die Mehrheit des Volkes auf der anderen Seite".[91a]
Die soziale Stellung der Masse der technischen Intelligenz in der Industrie unterscheidet sich in ihren wesentlichen Merkmalen nicht grundsätzlich von der der Arbeiterklasse. Sie leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft und besitzen nur eine geringe Chance, diesem Schicksal zu entgehen. Sie werden durch das Kapital ausgebeutet und sind als Teil des produktiven Gesamtarbeiters direkt an der

[89] Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, S. 471.
[90] M. Gronau: Die angestellte technische Intelligenz . . ., a.a.O., S. 129 – vgl. auch J. Huffschmid: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1969, S. 164 f.
[91] Vgl. H. Steiner: Soziale Strukturveränderungen . . ., a.a.O., S. 127.
[91a] Thesen des Düsseldorfer Parteitags der Deutschen Kommunistischen Partei, Düsseldorf 1971, S. 50.

Mehrwertproduktion beteiligt. Ihre Arbeit nimmt immer mehr einen kollektiven Charakter an. Ihrer sozialen Herkunft nach kommt ein ständig wachsender Teil aus der Arbeiterklasse. Der Anteil der Eltern aus Arbeiterfamilien liegt hier erheblich höher als bei anderen Intelligenzberufsgruppen, dies gilt insbesondere für die Techniker und graduierten Ingenieure.[92]
Ihr Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ist weitgestreut, im Durchschnitt jedoch über dem der Arbeiterklasse stehend, weil sie neben ihrer fachlichen Tätigkeit in mehr oder minder großem Umfang Leitungsaufgaben zu erfüllen haben. Die Qualifikation und damit der Wert ihrer Arbeitskraft ist höher als der der Mehrheit der Arbeiterklasse. Daraus resultiert auch im wesentlichen ein höheres Einkommen der angestellten technischen Intelligenz.
Dies Einkommen wird zum größten Teil für die Reproduktionskosten der eigenen Arbeitskraft aufgewandt. Der Lebensstandard ist damit relativ höher als der der Masse der Arbeiterklasse, jedoch unterscheidet sich der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum nicht wesentlich von dem der Arbeiterklasse.
Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die gesellschaftlich geschaffenen Werte besitzen weder die Arbeiter noch die Angehörigen der angestellten technischen Intelligenz und die anderen Angestellten.
Aufgrund der Übereinstimmung der sozialen Lage der Masse der lohnabhängigen technischen Intelligenz hinsichtlich vieler wesentlicher objektiver Kriterien mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus können daher die unteren und mittleren Gruppen der angestellten technischen Intelligenz, also die Techniker, die Mehrheit der graduierten Ingenieure und ein noch geringer Teil der Diplomingenieure zur Arbeiterklasse gerechnet werde.[93] Unterdessen vollzieht auch die obere Gruppe der lohnabhängigen technischen Intelligenz, im wesentlichen Diplomingenieure und ein Teil der graduierten Ingenieure in der mittleren Führungsebene der Unternehmen, einen Differenzierungsprozeß, so daß die Mehrzahl von ihnen sich in einem sozialökonomischen Annäherungsprozeß an die Arbeiterklasse befindet und schließlich teilweise nach und nach in diese „hinabsinken" wird.
Die objektive Grundlage für gemeinsame Interessen und Ziele von Arbeiterklasse und angestellter technischer Intelligenz im Klassenkampf erwächst sowohl aus dem zunehmenden Widerspruch zwischen Monopolkapital und allen antimonopolistischen Kräften als aus der wachsenden Annäherung der sozialen Lebensbedingungen bzw. dem Übergang eines Teiles der technischen Intelligenz in die Arbeiterklasse selbst, auch wenn gegenwärtig die „objektive Klassenzugehörigkeit und das Bewußtsein davon bei der Mehrzahl auseinanderfallen".[94]

[92] Vgl. S. Herkommer: Entwicklungstendenzen . . ., a.a.O., Nr. 4 S. 78 — auch A. Mel'nikov: Intelligenz in den USA . . ., a.a.O., S. 37 f.
[93] Vgl. H. Jung: Marxistische Klassentheorie und die Ideologie der „neuen Arbeiterklasse", in: Ökonomische Theorie, politische Strategie und Gewerkschaften, a.a.O., S. 54.
[94] S. Herkommer: Entwicklungstendenzen . . ., a.a.O., Nr. 4 S. 77.

Ostkunde im Schulunterricht – Antikommunismus in Aktion

Hannelore Viehmann und Reinhard Hamel

Wenn wir als Studenten eine Demokratisierung der Lehr- und Studieninhalte fordern — und diese Forderung gilt es gerade in diesem Semester in fast allen Fachbereichen im Zusammenhang mit der Entwicklung von neuen, integrierten Ausbildungsvorgängen soweit zu konkretisieren und mit Inhalt zu füllen, daß fortschrittliche alternative Bildungskonzeptionen durchgesetzt und institutionalisiert werden können —, so können wir dabei nicht nur von dem bisher an der Uni Gelernten und Gelehrten ausgehen, vielmehr haben wir auch die praktische Umsetzung in den jeweiligen Berufen mitzureflektieren. Das heißt z. B. für alle Studierenden, die ein Lehramt anstreben, daß sie sich schon heute mit Wehrkunde, Arbeitslehre, Ostkunde-Empfehlungen, Totalitarismusrichtlinien u. ä. politisch auseinandersetzen müssen, da das z. T. militaristische, revanchistische, unwissenschaftliche Bildungsgut zwar Unterrichtsgegenstand in den Schulen, aber nicht immer an der Hochschule ist. Hier soll nun die „Deutsche Ostkunde" wegen ihrer aktuellen Bedeutung im Zusammenhang mit den Verträgen von Moskau und Warschau näher betrachtet werden.*

Entstehungsgeschichte der Ostkunde

Schon bald nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bildeten Lehrer und Erzieher, die aus ehemaligen ostdeutschen Gebieten umgesiedelt wurden oder vor der sowjetischen Armee geflohen waren, im Rahmen der großen Zusammenschlüsse der „Vertriebenen", der Landsmannschaften und des BvD (Bund der vertriebenen Deutschen) in fast allen Bundesländern der BRD Arbeitskreise als Anreger und Bahnbrecher ostkundlicher Bestrebungen. Von besonderer Bedeutung war die ostkundliche Arbeit sudetendeutscher Erzieherkreise. Kader der NS-Erziehung wie Prof. Lemberg, StR. Dr. Dr. Lehmann, Schulrat Zintl u. a. trafen sich bereits 1946, wo u. a. „Vorschläge für die Aufnahme des sudetendeutschen und schlesischen Kulturerbes in die Lehrerordnung an bayerischen Schulen"[1] diskutiert wurden.
In der Folgezeit gingen ehemalige NS-Funktionäre und ihre Gesinnungsfreunde daran, im Rahmen der kirchlichen Hilfsausschüsse und schon bestehender Flüchtlingsorganisationen[2] die gesamte organisierte Vertriebenenarbeit mit nationalistischem und revanchistischem Gedankengut zu durchdringen, wobei sie anknüpften

* Im Rahmen dieses Aufsatzes kann nicht ausführlich auf die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung der BRD und in internationalem Maßstab eingegangen werden. Die Nachkriegsentwicklung muß als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden.
[1] Lehmann, Ernst und Albert Schettler: Zehn Jahre Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht, in: Ostkunde im Unterricht, ein Jahrbuch für gesamtdeutsche Fragen, Bd. I Hannover-Linden 1963, S. 63 (Jahrbuch I).
[2] In der amerikanischen Besatzungszone waren z. B. erst seit dem 10. 3. 1947 „nichtpolitische" Organisationen der Flüchtlinge gestattet, es gab also noch keine anderen Organisationsformen.

an die materielle Not, die bei dem entsprechenden Personenkreis noch viel größer war als bei der übrigen Bevölkerung. Der Eliteorganisation der sudetendeutschen nationalistischen Kräfte, dem Witiko-Bund, gelang es, bestimmenden Einfluß auf die Aktivitäten vertriebener Lehrer, die sudetendeutsche Landsmannschaft, den BvD bis hin auf staatliche Institutionen und Organe auszuüben. Von ihm wurde auch die Einflußnahme auf das Erziehungswesen durch die Heimatvertriebenen gefordert und forciert. Als wichtigste Aufgabe dort wurde angesehen, „das geistige und kulturelle Erbe" der „verlorenen Heimat" zu wahren. Um die „unschätzbare Bedeutung" des „unverlierbaren geistigen Erbes"[3] zu würdigen und zu verbreiten, konstituierten sich allerorts ostkundlich interessierte Lehrergruppen: sudetendeutsche Erziehergruppe im Adalbert-Stifter-Verein, Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher (1952), Arbeitsgemeinschaft donauschwäbischer Lehrer e. V. (1947), Arbeitskreis Schleswig-Holstein ostheimatkundlicher Unterricht (1950) sowie entsprechende Arbeitsgruppen in Landsmannschaften, Kulturwerken und BvD.

Daß die Bemühungen der nationalistischen Erzieherkreise auf „fruchtbaren Boden" fielen, zeigte sich sehr schnell. Nachdem mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates und teilweise schon vorher die demokratischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens endgültig ad acta gelegt worden waren, fand die materielle und ideologische Unterstützung der „Vertriebenen"arbeit zunehmend offener statt, und die Kultusbürokratien der Länder wirkten offiziell bei der Durchsetzung ostkundlicher Bestrebungen mit. Am 31. Januar 1951 ordnete der Kultusminister von Schleswig-Holstein in dem Erlaß zum „Unterricht über den ostdeutschen Raum" an, daß „die Besinnung auf den deutschen Osten ... ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts in den Volksschulen wie in allen geeigneten Fächern der weiterführenden Schulen sein"[4] soll. Der Kultusminister Baden-Württembergs verfügte am 1. 3. 1951 durch Erlaß, „im Unterricht aller Schulen die alten Heimatgebiete der vertriebenen Deutschen und das dort heimische Kulturgut angemessen zu berücksichtigen".[5] Weitere ähnliche und vertiefende Bestimmungen erschienen am 28. März 1951 vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, am 23. Januar 1951 vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, am 5. 2. 1952 vom Kultusminister in Niedersachsen. Es wurde gefordert, „die Kenntnisse der z. Z. von Deutschland getrennten Gebiete im Osten, der Menschen und ihrer Geschichte wachzuhalten und das Wissen um ihren Beitrag zur abendländischen Kulturgemeinschaft zu vertiefen".[6]

Zunächst wurde deutsche Ostkunde weitgehend als sogenannte ostdeutsche Heimatkunde „unter dem Gesichtspunkt der Wiedergewinnung der angestammten Heimat"[7] (Lehmann) erteilt. Aber als Anhängsel an den übrigen Unterricht und ohne die „innere Bereitschaft" und „allgemeine Verpflichtung" der Lehrer blieb die beabsichtigte Wirkung aus und die Initiatoren berieten neue Mittel und Wege. Besonders in den „Grundsätzen zur ostkundlichen Durchdringung aller Unterrichtsfächer"[8] und einer Denkschrift Lembergs an den hessischen Kultusminister

[3] Ostkunde im Unterricht, Bd. II Hannover-Linden 1964, S. 73 (Jahrbuch II).
[4] Erlaß vom 31. 1. 1951 V2/V4, Amtsblatt 9/1951, S. 111.
[5] Zit. nach: Ostlandkunde im Unterricht, Grundsätze und Praxis, Köln-Braunschweig, 1956, S. 48.
[6] Zit. nach: Beschlüsse, Gutachten und Richtlinien zur politischen Bildung und zur Ostkunde, hrsg. vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München o. J. (1964), S. 110.
[7] Lehmann, Ernst: Deutsche Ostkunde als Geschichte, Ostdeutschland im Unterricht, Troisdorf 1956, S. 67.
[8] Ausgearbeitet auf einer Beratung „der Landeskulturstelle des Landesverbandes der Heimatvertriebenen in Hessen auf dem Ludwigstein", vergl. Jahrbuch I, S. 63.

schlugen sich neue Bemühungen auf zwei Ebenen nieder. Erstens sollte Ostkunde nicht länger auf eine ostdeutsche Heimatkunde vom Westen her reduziert bleiben, sondern Unterrichtsprinzip werden, d. h. *alle* Unterrichtsfächer sollten ostkundlich durchdrungen werden. Zweitens sollte Ostkunde über das „nationale Anliegen" hinaus auf die Behandlung der Völker und Staaten „Ostmitteleuropas" ausgedehnt werden. Lehmann, der damals Leiter der Lehrerfortbildungsstätte Reinhardswaldschule (bei Kassel) war, trug diese Diskussion in Tagungen hinein und formulierte zusammen mit Lemberg und Plail die sog. „Kasseler Leitsätze" (1952), die Grundlage aller weiteren Überlegungen und Richtlinien wurden. Eine von Lemberg vorgenommene Umarbeitung wurde Ausgangspunkt und Grundlage der späteren „Empfehlungen zur Ostkunde" der Kultusministerkonferenz und des Gutachtens „Osteuropa in der politischen Bildung" des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen. In der Folgezeit arbeiteten Ostkundeexperten an „Ratschlägen und Behelfen für die ostkundliche Unterrichtsarbeit".[9] Auf einer Tagung sudetendeutscher Erzieher plädierte Lemberg entgegen früheren Auffassungen von Ostkunde, der ein romantisch-verklärtes Heimatbild zugrunde lag, für eine „gegenwartsnahe" Kunde vom Osten. Er verlangte, „daß der heutigen Jugend der deutsche Osten nicht als verlorene Heimat, also als Erinnerung, sondern nur noch als verheißene Heimat, also als Aufgabe, lebendig zu machen ist".[10] „Eine verheißene Heimat", sagt Lemberg, „muß verdient werden durch Leid, durch Arbeit und durch schöpferische Phantasie", d. h. unter der Jugend „muß ein deutliches Bild dieser verheißenen Heimat entstehen, der Völkerordnung, die sie erfüllen, des Neuanfangs, den sie gestalten soll ... Hier liegt die Werbekraft, die diese Heimat auf die junge Generation ausüben kann, nicht in den rühmenden Aufzählungen vergangener Taten und Werke."[11]

Am 3. Juni 1953 richtete die „Deutsche Partei" – stark durchsetzt mit Vertriebenenfunktionären und ehemaligen NS-Funktionären – einen Antrag an den Bundestag, auf die Länder (Kulturhoheit) einzuwirken, um eine „gründliche Kenntnis über die deutschen Ostgebiete, Osteuropas und Südosteuropas in den Schulen und Bildungsstätten"[12] zu pflegen und verstärkt für „die Einrichtung von Lehrstühlen und Forschungsmöglichkeiten für die ostdeutsche, osteuropäische und südosteuropäische Länder- und Wirtschaftskunde"[13] zu sorgen. Diesem Antrag wurde entsprochen und den Länderregierungen empfohlen, die Ostkunde zu einem integrierenden Bestandteil jeglichen Unterrichts zu machen. Um die Arbeit über die landsmannschaftlichen Schranken hinauszutragen, wurde am 2. Oktober 1953 eine „Arbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht" gebildet (1954 umbenannt in „Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht" – BDOiU). In führenden Positionen fanden sich Vertriebenenfunktionäre (Valjavec, Zintl). Durch die reichlich fließenden Mittel des Bundes, der Länder und Gemeinden konnte die BDOiU, die sich in den folgenden Jahren in Landes- und Kreisorganisationen gliederte, eine wahre Flut von Schulbüchern, Unterrichtsmaterialien, Landkarten, Schriften zur Ostkunde u. a. Publikationen produzieren. Daneben trat sie in Lehrgängen, Tagungen und Veranstaltungen z. T. in Zusammenarbeit mit den Kultus-

[9] Ebenda, S. 65.
[10] Lemberg, Eugen: Der deutsche Osten im Unterricht, in: Der deutsche Osten im Unterricht, Grundlagen und Wege, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher, München 1955, S. 7.
[11] Ebenda, S. 9.
[12] Bundestagsdrucksache Nr. 3196/1952.
[13] Ebenda.

ministerien, Kirchen oder kulturellen Institutionen der Vertriebenenorganisationen an die Öffentlichkeit.
Im März 1956 erschien das Gutachten des deutschen Ausschusses „Osteuropa in der politischen Bildung".[14] Neben einigen positiven Aspekten wird eine revanchistische Grundeinstellung (Alleinvertretungsanspruch) zum Ausdruck gebracht und die Beschäftigung mit Osteuropa als antikommunistische Indoktrination propagiert: „Da auch in Mitteldeutschland die Jugend systematisch geschult wird, muß die Jugend Westdeutschlands ebenso systematisch über die Grundlagen und Konsequenzen kommunistischer politischer Systeme unterrichtet werden; schon unsere Jugend muß imstande sein, gegenüber kommunistischen Gedankengängen eine auf geistige Freiheit und soziale Verantwortung gegründete Lebensfrom wirksam zu vertreten." (Abschnitt III) Dieses Gutachten konnte erst durch den Beschluß der KMK „Empfehlungen zur Ostkunde"[15] administrativ umgesetzt werden (13. Dez. 1956). Die ‚Handschrift' bewährter Ostkunde-Spezialisten (Lemberg und Zintl waren in dem von der KMK eingesetzten Ausschuß tätig) ist unverkennbar: Ostkunde soll zur „Lösung" des Schicksals Deutschlands und Europas beitragen, „die Einsicht in die Notwendigkeit ... der Wiedervereinigung" vermitteln und „das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System, das zur Zeit Osteuropa ... beherrscht, durchschaubar" machen. Nicht eine Neubesinnung der deutschen Geschichtsauffassung wird gefordert, sondern ein Rückgriff „zu einer die Volksgeschichte, Sozialgeschichte und Kulturgeschichte einbeziehenden Geschichtsbetrachtung" der völkischen Grenzlandkunde und Volkskunde der Weimarer Republik und des Dritten Reiches wird verlangt.
Der Geschichtsunterricht „muß die Völker Osteuropas, insbesondere aber die deutsche Ostsiedlungsbewegung, die wirtschaftlichen und politischen Probleme Ostmitteleuropas, die Vertreibung der Deutschen und die Sowjetisierung Ostmitteleuropas und der SBZ einbeziehen" und muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen soll, die Zeitgeschichte umfassen „und bis in die Gegenwart heraufgeführt" werden. Unter diesen Aspekten wird eine Überprüfung aller Bildungs- und Lehrpläne sowie der Lehr- und Lernmittel gefordert. Des weiteren wird auf das umfassende Arsenal ostkundlicher Methoden der BDOiU zurückgegriffen: Mit Ausstellungen, kulturellen u. ä. Veranstaltungen, Namensgebung, Patenschaften und Schülerfahrten nach West-Berlin, in die DDR oder an die „Zonengrenze" soll Ostkunde möglichst „anschaulich" und „gegenwartsnah" ihre Wirkung auf die Schüler nicht verfehlen. Die Empfehlungen machen darauf aufmerksam, daß „als Mittel der Förderung und Vertiefung der Ostkunde" die Hilfestellung von „sachkundigen und aufgeschlossenen Lehrern"[16] sich bewährt hat, was eine direkte Empfehlung der Arbeitsgemeinschaften der „heimatvertriebenen" Lehrer und der Arbeitsgemeinschaften für deutsche Ostkunde im Unterricht bedeutet.
Mit dem Beschluß der KMK vom 13. Dez. 1956 wurde Ostkunde auch in den übrigen Bundesländern verordnet.

Inhalt und Intention der Ostkunde

Wurde anfangs – etwa bis zur Mitte der fünfziger Jahre – dem schulischen Ostkunde-Unterricht die Aufgabe gestellt, eine „Kunde vom deutschen Osten" zu

[14] Abgedruckt in: Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Folge 2, Stuttgart 1957, S. 9–16.
[15] Abgedruckt in: Berndt, Günther und Reinhard Strecker: Polen – ein Schauermärchen, oder: Gehirnwäsche für Generationen, Reinbek 1971, S. 96–99.
[16] Alle Zitate ebenda.

sein, so wurde bereits die Ausdehnung und größere Gegenwartsnähe der Aufgabenstellung der Ostkunde angedeutet. Lemberg forderte ein „wahrheitsgetreues" Bild vom Osten „wie er sich heute entwickelt". Dort würde „sowjetisiert", so führte er weiter aus, „neue Volksschichten steigen auf, ein neues Verhältnis zur Arbeit, zum Staat, zum gemeinsamen Leben reift heran, das sich nachher nicht einfach mit Spruchkammern wird ausrotten lassen".[17] Es gelte, die überwiegend „defensive Ostkunde aus der Schützengrabenperspektive"[18] herauszuführen. Ostkunde sei so in der Lage, als „gesamtdeutsches Anliegen" (verg. „verheißene Heimat"), in „abendländischer Verantwortung"[19] alle Jugendlichen anzusprechen. Daneben soll der Blick über „die Staats- und Volksgrenzen hinaus auf das ganze Ostmitteleuropa gerichtet"[20] werden. Die „überragende und unbestrittene Leistung des deutschen Volkes, ... diese Räume für die europäische Kultur"[21] gesichert zu haben, muß herausgestrichen werden. Dem ostkundlichen Unterricht wird zur verpflichtenden Aufgabe gemacht, zu lehren, „daß die ostdeutschen Gebietsverluste und die Zerstörung der deutschen Volksinseln in Ostmitteleuropa auch abendländische Verluste von Weltbedeutung"[22] sind und die „unaufgebbare deutsche Mitverantwortung für die Gestaltung Ostmitteleuropas"[23] besonders hervorzuheben sei. Ostkundeunterricht müsse nunmehr „diesen deutschen wie europäischen Schicksalsraum zwischen Ostsee und Mittelmeer, zwischen Deutschland und dem Ural, in das Bewußtsein aller freien Europäer"[24] heben. Es wird vor einem „Europagedanken" gewarnt, der „am Eisernen Vorhang endet". Ein solches Europa „gibt sich selbst auf, leugnet seine eigene Geschichte und leistet dem Sowjetimperialismus – gewollt oder ungewollt – Vorschub". Wer für ein solches Europa eintritt, „mögen augenblickliche politische Notwendigkeiten, westeuropäische Angst vor einem deutschen Nationalismus oder Imperialismus" ihn dazu veranlassen, läßt „wirklich geschichtliches Verantwortungsbewußtsein vermissen". Der deutsche Osten dürfe nicht vernachlässigt werden, denn „gerade die Abwehr osteuropäischer oder gar asiatischer Aggressionen hat diesen Völkern und Volksgruppen ein Sendungsbewußtsein als ‚Grenzraum des Abendlandes', ‚Bollwerk der Christenheit' verliehen, das sie gegenwärtig der sowjetischen Umzentrierung weithin widerstehen läßt ... Wir brauchen eine Neuordnung Europas ..."[25]
Auch der Apologetik von Hitlers „Volk-ohne-Raum"-Theorie bedienen sich die ostkundlichen Experten bei der Begründung ihrer Gebietsansprüche. Willimek schreibt in seinem Aufsatz „Warum wir auf die deutschen Ostgebiete nicht verzichten dürfen": „Sollte noch einmal eine Weltwirtschaftskrise kommen vom Ausmaß der um 1930 ..., dann werden wir erst so recht merken, wie sehr uns die deutschen Ostgebiete fehlen ... Schon während der letzten beiden Weltkriege konnte das deutsche Volk nur unter äußerst großen Anstrengungen ernährt werden, heute aber, da ihm die Kornkammern Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens fehlen, würde es ... kaum einige Monate überstehen. Es geht also hier, wie wir sehen, um Fragen der nackten Existenz, die uns zwingen, das zurück-

[17] Lemberg, Eugen: Der deutsche Osten im Unterricht, a. a. O., S. 7.
[18] Lehmann, Ernst: Deutsche Ostkunde als Geschichte, a. a. O., S. 71.
[19] Ebenda.
[20] Aus: „Grundsätze für die Behandlung des deutschen Ostens im Unterricht" in: Der deutsche Osten im Unterricht, a. a. O., S. 35–51.
[21] Köpnick, Harry: Gedanken zur Begründung und Zielsetzung der Ostkunde, in: Deutsche Ostkunde 1/1961, S. 2 (DO).
[22] DO 4/1962, S. 31 f.
[23] Ebenda, S. 30.
[24] Strosche: Ostmitteleuropa und seine Völker, in: DO 4/1961, S. 83.
[25] Lehmann, Ernst: Hat der Westen eine Idee oder eine Sendung? in: DO 1/1960, S. 7.

zufordern, was auf Grund einer 700 Jahre währenden deutschen Kulturleistung auf ewig unser ist und uns nur durch staatlich sanktionierten Raub genommen werden konnte."[26]

So wurde eine der Hauptaufgaben der Ostkunde die Propagierung der Forderung nach „Rückgewinnung", „Befreiung des deutschen Ostens" oder „Eingliederung". Parallel mit der westdeutschen und westeuropäischen außenpolitischen Aggressivität („roll-back"-Strategie) fand das Streben nach einer „Neuordnung Europas" Eingang in ostkundliche Erziehungsvorstellungen. Lehmann war es, der es sich nicht nehmen ließ, offen diese Zielsetzung des Ostkundeunterrichts zu formulieren: Er wolle „im Rahmen von Erziehung und Bildung ... den Anspruch auf die unaufgebbaren Gebiete wachhalten und die deutsche Jugend für eine neue Ausfahrt im Auftrage Europas vorbereiten ..."[27] Es wird zynisch zugegeben, daß man bei dieser „Neugestaltung" alle dort ansässigen Bewohner vertreiben will. Man soll dabei den „umgesiedelten Polen und Tschechen ... nicht mit allzu großer Sentimentalität begegnen".[28]

Zunehmend tritt zu Ende der fünfziger Jahre die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und den sozialistischen Ländern in den Mittelpunkt der Bemühungen. Unter der Devise: „Um dem leidenschaftlichen Bekenntnis der kommunistischen Welt einigermaßen begegnen zu können, ist es unabdingbar, zunächst ein festes Wissen über Ostmitteleuropa und Osteuropa zu besitzen,"[29] wendet man sich verstärkt der Abwehr und Bekämpfung des wachsenden Einflusses der sozialistischen Länder zu. Durch einen intensiven Ostkundeunterricht auf allen Ebenen der Schule soll die Jugend „gegen die sowjetischen Unterwanderungsabsichten immunisiert"[30] werden. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus „ist für uns alle eine Notwendigkeit, die uns im Zwange unserer leidigen und permanenten Konfrontation mit der ‚Welt drüben' erst recht offenbar geworden ist ..."[31] Deshalb schließt Ostkunde „Mitteldeutschland wie Volks-China, ja mittelbar sogar manches Land der afro-asiatischen, sogar der mittel- und südamerikanischen Welt ein; sie hat Marx, Engels, Lenin, Stalin, Chruschtschow und Ulbricht, die marxistisch-leninistische Ideologie in Theorie und Praxis, Ostpädagogik, Ostrecht usw. ebenso anzusprechen wie die Geistes-, Kultur- und Zivilisationsstrukturen der deutschen Volksgruppen und nichtdeutschen Völker im Osten, und zwar von einst wie von heute."[32] Die gegenwärtigen Vorkommnisse in Afrika ... sollten die Augen dafür öffnen, daß die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts eine gewisse völkische Reife voraussetzt ..."[33] Hier wäre eine „Hilfe für die jungen Nationalstaaten" nötig, um auch dort den Einfluß des Kommunismus zurückzudrängen. Eine Unterstützung durch diese Länder für die Politik der Bundesregierung schaffe letztlich auch die Chance ... „einer Neubesiedlung der deutschen Ostgebiete".[34] Dr. Fritz Gause, Schriftleiter der „Deutschen Ostkunde", brachte die politisch-ideologische Zielsetzung der Ostkunde, ihr beherrschendes Element,

[26] Willimek, Anton: Warum wir nicht auf die deutschen Ostgebiete verzichten dürfen, in: DO 3/1959, S. 17.
[27] Lehmann, in: DO 3/1959.
[28] Willimek, a. a. O., S. 18.
[29] Jäckel, Helmut: Ostkundliche Fragen im Geschichtsunterricht der höheren Schulen, in: DO 4/1961, S. 75.
[30] Lehmann, Ernst: Antwortende oder dialogische Ostkunde? in: DO 4/1961, S. 75.
[31] Strosche, Johannes: Ostkunde – gestern, heute und morgen, in: DO 1/1962, S. 3.
[32] Ebenda, S. 5.
[33] Lehmann, Ernst: Ostkundliche Brennpunkte politischer Bildung, in: DO Jahrbuch II, S. 60.
[34] Ders.: Ostkundliche Schwerpunkte politischer Erziehung, in: DO 2/1961, S. 32.

zum Ausdruck: Schon „weil Ostmitteleuropa heute kommunistisch beherrscht ist, ist Ostkunde antikommunistisch, das aber entschieden ..."[35]

Anpassung an historische Veränderungen

Bekanntermaßen setzten sich nach dem Zweiten Weltkrieg die ideologischen Widersprüche zwischen den Mächten der Anti-Hitler-Koalition sehr schnell wieder durch und mündeten in den Kalten Krieg. Gleichzeitig muß daran erinnert werden, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer Verdienste im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und ihrer enormen Verluste bei der Bevölkerung aller am Zweiten Weltkrieg beteiligten Länder Anerkennung gefunden hatte. Behinderte diese Tatsache sowie das Friedensinteresse der Völker anfänglich die außenpolitischen Intentionen der „roll-back"-Strategie, so erforderte das insbesondere in der Bundesrepublik die Restauration der Herrschaft des Großkapitals und die Remilitarisierung im Rahmen der „Politik der Stärke" innenpolitisch antidemokratische Maßnahmen (KPD-Verbot) und die Verbreitung antikommunistischer Vorstellungen bzw. das Anknüpfen an antikommunistische Vorurteile. Diese Aufgabe mußte in erster Linie durch die politische Pädagogik („Deutsche Ostkunde") geleistet werden.

Die Zeitspanne Ende der fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre war besonders geprägt: 1. durch das Erstarken des sozialistischen Lagers („Sputnikschock", kubanische Revolution etc.) und die daraus resultierende Notwendigkeit der Neureflexion der „Politik der Stärke"; 2. in der BRD durch das Hervortreten von Widerstandsbewegungen gegen die angestrebte Atombewaffnung der NATO und der Bundeswehr, die Notstandsgesetze, die „Maßhalte"-Politik und den unveränderten Konfrontationskurs gegenüber den sozialistischen Staaten. Diese Widersprüche führten zu einer Schwächung der CDU/CSU (Verlust der absoluten Mehrheit im Bundestag, „Spiegel-Affäre") und zu einer zunehmend antikommunistischen Ausrichtung der Programmatik der SPD (Godesberger Programm); 3. durch die rege Diskussion um Ziel, Inhalte und Methoden der politischen Bildung. Die durch Hakenkreuzschmierereien aufgeschreckte Öffentlichkeit warf der politischen Bildung mangelnde Bewältigung der Vergangenheit vor. Gleichzeitig charakterisierte z. B. H. Weber die gesellschaftliche und pädagogische Situation 1961 so: Er stellte fest, „daß es für den Pädagogen außerordentlich schwer ist, jungen Menschen die Werte westlicher Demokratie nahezubringen ...", und folgerte: „Was wäre begreiflicher, als daß man dieses schwierige pädagogische Unternehmen durch anschaulich vergleichende Hinweise auf die nichtdemokratischen (totalitären) Staaten kommunistischer oder faschistischer Prägung erleichtert! In gewisser Weise können wir sogar dankbar sein, daß uns diese Vergleiche in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit zur Verfügung stehen. Ohne sie wäre diese Aufgabe weitaus schwieriger zu bewältigen."[36]

1. Totalitarismusdoktrin

Unter diesen Bedingungen und nachdem – nicht zuletzt durch die Hetzkampagne der Springer-Presse – mit dem 13. August 1961 eine Atmosphäre in der Bundes-

[35] Gause, Fritz: Mißverständnisse um die Ostkunde, in: DO 4/1967, S. 87.
[36] Zit. nach: vds (hrsg.): Materialien zur Lehrerausbildung 2, in der Reihe Hochschulpolitische Materialien 7, Bonn, o. J., (1971) S. 7.

republik geschaffen wurde, die die Gleichsetzung von kommunistischem und nationalsozialistischem „Terror" glaubhaft erscheinen ließ, konnte die KMK die oben gegebene Anregung aufgreifen und in den „Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht"[37] beschließen und damit offiziell verbindlich machen (5. 7. 1962). Die „Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus (wurde) zu den wesentlichen Aufgaben der politischen Bildung unserer Jugend" erklärt, damit wurde die Gleichsetzung von Faschismus und „Bolschewismus" verordnet. Die Richtlinien reflektieren nicht so sehr die mangelnde Bewältigung des Faschismus als vielmehr folgendes: „Anfang der 60iger Jahre schlug das Bedauern über die ‚Trägheit in Westdeutschland' um in die panische Furcht, ‚daß eine Jugend, die in politischer Desintegration und ohne fest umrissene politisch-demokratische Ordnungsvorstellungen heranwächst, einer längeren Periode friedlicher Koexistenz nicht gewachsen sein wird'." Deshalb müßten „Schüler und Studenten die Herausforderung des Kommunismus erkennen und den Verlockungen der Ideologie der östlichen Welt widerstehen lernen".[38]

Dies wird besonders deutlich, wenn man in Betracht zieht, daß in den „Richtlinien" die Behandlung des Faschismus zunächst auf den Nationalsozialismus und dann auf Hitlers Politik reduziert wird („Im Unterricht über den Nationalsozialismus müssen dem Schüler die Maßlosigkeit Hitlers und die innere Notwendigkeit der Katastrophe gezeigt werden"), während die „verwerfliche Zielsetzung" und die „verbrecherischen Methoden" des „Bolschewismus" nach wie vor existent scheinen („Im Unterricht über den Bolschewismus ist dem Schüler der weltweite Anspruch und die damit verbundene Gefahr für die Menschheit zu zeigen."). Um diese „Gefahr" im Sinne der KMK zu erhellen, seien noch einige Charakteristika des „Bolschewismus" zitiert: „gewaltsame Machtübernahme durch eine Minderheit (Oktoberrevolution) — Beseitigung der bisher führenden Schichten und Ausschaltung aller Gegner — Unterdrückung der Religionsgemeinschaften — Unterwerfung selbständig gewordener Völker — weltrevolutionäre Bestrebungen (Förderung von Aufständen) — Ausbeutung der Menschen durch staatliche Zwangswirtschaft — die Geheimpolizei als Instrument des permanenten Terrors — Annexion Ostpolens, der baltischen Länder und Bessarabiens — imperialistische Politik während des ‚Großen Vaterländischen Krieges' (Eroberungen in Ost- und Ostmitteleuropa und Ostasien) — gewaltsame Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen — gewaltsame Schaffung der ‚Volksdemokratien' unter Bruch sowjetischer Zusicherung und Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker — die kommunistische Gewaltherrschaft in der Sowjetzone — Bolschewisierung Chinas — Doppelzüngigkeit der ‚Koexistenz' — Mißbrauch der Friedenssehnsucht der Völker — Einmischungs- und Infiltrationspolitik gegenüber den jungen Staaten Asiens und Afrikas, Zersetzungsarbeit der kommunistischen Parteien und Tarnorganisationen in den nichtkommunistischen Ländern . . ."

Nicht umsonst ist die Totalitarismusideologie in der „bürgerlichen Demokratie" der BRD im Zeichen monopolkapitalistischer Produktionsverhältnisse vorherrschende Ideologie. „Totalitarismustheorien repräsentieren gewissermaßen das politische Bewußtsein der bürgerlichen Demokratie selber, die in der Tat von zwei Seiten bedroht ist: von der Linken, die die Prinzipien der Demokratie auch in Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzen, und von der Rechten, die auch die

[37] Abgedruckt in: Berndt/Strecker: Polen, . . . a. a. O., S. 99–102.
[38] Zit. nach: Wallraven/Dietrich: Politische Pädagogik. Aus dem Vokabular der Anpassung, München 1970, S. 46.

Demokratie im politischen Bereich wieder abbauen und in autoritäre Formen überleiten möchte. Für das Bewußtsein der bürgerlichen Demokratie verwandelt sich diese doppelte Bedrohung jedoch unversehens in eine gemeinsame: Rechte und Linke erscheinen als wesensgleich."[39]

Zugleich erweist sich die Totalitarismusideologie als Ideologie der Herrschenden: Sie dient in erster Linie dem Kampf gegen die Aufhebung der eigenen Klassenherrschaft, indem sie fast ausschließlich als antikommunistische Waffe eingesetzt wird.

1. „Die ‚Totalitarismus'-Doktrin ermöglicht ihren Verfechtern, einzelne faschistische Verbrechen zu ‚verurteilen', gleichzeitig aber die Klassengrundlage des Faschismus zu negieren."[40] Im Zusammenhang mit einer personalistischen oder metaphysischen Geschichtsauffassung verhinderte die Totalitarismusdoktrin somit sowohl eine ernsthafte Entnazifizierung als auch eine radikale Demokratisierung, vielmehr leistete sie der Verfestigung autoritärer Strukturen und der Rehabilitierung faschistischer bzw. faschistoider Kräfte Vorschub.
2. Ein wichtiges Anliegen „dieser Ideologie besteht darin, die Ablehnung der unbestreitbaren Untaten des Hitlerfaschismus in Antikommunismus umzukehren".[41] Durch das Schema der Gleichsetzung gelingt es, die Erfahrungen unter der faschistischen Diktatur, die einen breiten Antifaschismus bewirkt hatten, gegen den Kommunismus zu mobilisieren, denn: ‚Hitler ist tot', und „Der Feind unserer Tage ist der lebendige Kommunismus, nicht der tote Nationalsozialismus".[42] Dieser Mechanismus lenkt zugleich von den gesellschaftlichen Prozessen im eigenen Lande ab und gibt keine Kriterien für den Grad der Demokratisierung — Faschisierung ist angeblich sowieso nicht mehr möglich.
3. Die außenpolitische Funktion der Totalitarismusideologie läuft darauf hinaus, die sozialistischen Staaten als aggressiv hinzustellen (vergl. „Richtlinien"), um reaktionäre Bündnisse (wie die NATO) mit den anderen imperialistischen Ländern hochzuspielen, die Militarisierung voranzutreiben und Ansätze zur Entspannungspolitik, wenn nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu verzögern.
4. Gleichzeitig dient die Totalitarismusdoktrin als Disziplinierungsinstrument nach innen. Unter „Berufung auf die notwendige ‚Geschlossenheit' der Nation nach außen", d. h. gegenüber den sozialistischen Staaten, wird von innergesellschaftlichen Interessenkonflikten abzulenken versucht und werden Klassenwidersprüche verschleiert („Industriegesellschaft", „pluralistische Gesellschaft" etc.). Soziale Bewegungen im eigenen Land werden nur durch die Linse der Agententheorie gesehen, werden zur „fünften Kolonne". Berufsverbote z. B. können so als notwendiges Mittel gegen „Radikale" oder „Extreme" beider Couleurs ausgegeben werden.
5. Für die politische Pädagogik ist von besonderer Bedeutung, daß durch die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur, „sozialer Marktwirtschaft" und „Zwangswirtschaft", „Freiheit" und „Unfreiheit" etc. im Rahmen der Totalitarismusdoktrin alle Werte der „westlichen freien Welt" sofort in Form ihres „totalitären" Gegenbildes ins Auge springen, und da dessen negativer Charakter

[39] Kühnl, Reinhard: Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918, München 1971, S. 145.
[40] Lozek, Gerhard: Die antikommunistische „Totalitarismus"-Doktrin, in: Autorenkollektiv: Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Köln 1970, S. 40.
[41] Ebenda.
[42] ADN-Information 1963, Nr. 23, Berlin 23. Januar, Blatt 1, zit. nach: Lozek/Syrbe: Geschichtsschreiber contra Geschichte, über die antinationale Geschichtskonzeption führender westdeutscher Historiker, Berlin 1964, S. 109.

eindeutig scheint, brauchen sie selbst (die westlichen Werte) nicht mehr hinterfragt oder an der Wirklichkeit überprüft zu werden. Die Totalitarismusdoktrin erweist sich somit als wichtiger Faktor der Erziehung, wenn es um affirmatives Verhalten, Aufrechterhaltung des Status quo, Perpetuierung antikommunistischer Vorurteile, autoritäre Strukturen und Verhinderung einer tatsächlichen „Aufarbeitung" der Vergangenheit geht, die in der Lage wäre, „Geschichte und die Rolle der Menschen in ihr" zu begreifen.
Es dürfte durch die Darstellung der sozialen Funktion der Totalitarismusrichtlinien klar geworden sein, daß sie die Ostkundeempfehlungen keineswegs außer Kraft setzten, sondern diese vielmehr konkretisierten und mit praktisch-methodischen Handreichungen versahen.

2. „Neue Ostpolitik" und „Deutsche Ostkunde": Aufgabe des Feindbildes?

Parallel zur Überwindung der „Politik der Stärke" durch das sog. Gleichgewicht des Schreckens mußte ausgehend von den USA die „roll-back"-Strategie aufgegeben und durch die „Politik des Brückenschlags" ersetzt werden. Das veränderte Kräfteverhältnis im internationalen Maßstab machte einen Umdenkungsprozeß auch in der BRD notwendig. Kann zwar im Rahmen dieses Aufsatzes dieser Prozeß nicht ausgeführt werden, so ist doch weitläufig bekannt, daß sich die CDU/CSU als unfähig erwies, sich innen- und außenpolitisch den veränderten Bedingungen anzupassen und zunehmend auch von den westlichen Bündnispartnern isoliert wurde. Dies hatte zur Folge, daß sie nach dem „Zwischenspiel" Große Koalition von einer SPD/FDP-Regierung abgelöst wurde. Dabei ist die sogenannte „Neue Ostpolitik" der SPD/FDP-Regierung durch den Versuch gekennzeichnet, sich einerseits dem veränderten Kräfteverhältnis in Europa anzupassen, um zugleich aber die eigenen Ausgangspositionen zur Überwindung des Sozialismus dadurch zu verbessern, daß man, insbesondere auf ideologischem Gebiet, Einwirkungsversuche unternimmt. Das steht hinter den Worten Willy Brandts, „den Status quo nicht einfrieren zu lassen, sondern ihn schrittweise abzubauen und dann zu überwinden".[43]
Den Zielen dieser Außenpolitik entsprechen die Förderung der Kriegswissenschaft, der weitere Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes, die Forcierung des Rüstungsetats genauso wie die Beibehaltung der „Deutschen Ostkunde".
Ähnlich wie die Politik der CDU/CSU-Regierungen (geplante Notstandsgesetze, angestrebte Atombewaffnung der NATO und der Bundeswehr, Politik des „Maßhaltens" und der „formierten Gesellschaft", Konfrontationskurs gegenüber sozialistischen Ländern etc.) geriet auch die Deutsche Ostkunde seit Anfang der sechziger Jahre in die öffentliche Diskussion und Kritik. Durch einen Artikel in „Die Zeit" vom 9. 4. 1965 von Kai Hermann zum Thema: „Nach Ostland woll'n wir reiten ... Seltsame Empfehlungen für den Ostkunde-Unterricht" wurde eine öffentliche Auseinandersetzung über Inhalt, Form und vor allem die Initiatoren der Ostkunde ausgelöst. Schon am 12. Mai 1965 verlangte der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Kohut während einer Fragestunde des Bundestages von Minister Mende Auskunft darüber, ob die Bundesregierung eine weitere Unterstützung der BDOiU „mti ihrer Deutschlandpolitik und ihren Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten für vereinbar"[44] hält. Die Antwort lautete u. a.: „Die Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht wird von der Bundesregierung gefördert. Sie stützt sich in ihrer Arbeit auf die Empfehlungen der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom Jahre 1956 zur Ostkunde im Unterricht und die entsprechenden Erlasse. Sie unterstützt keine Bestrebungen, die geeignet wären, die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und ihre Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu den osteuropäischen und südosteuropäischen Staaten zu stören."[45] Dennoch reagierten z. B. die Vertriebenenorganisationen unmißverständlich und ganz empört. Im „Deutschen Ostdienst" vom 15. 6. 65 wird Kai Hermann diffamiert, er sei ausgezogen, „im Gewand der Arbeitsgemeinschaft braune Flecken zu finden und (er) machte aus den Spritzern gleich eine tiefbraune Garderobe ... Ob ihn der Beifall und die Zustimmung der Moskauer ‚Iswestija' ... stört, wissen wir nicht."[46]
Aufgrund der Kritik setzte die GEW Hamburg, die selbst lange der Landesarbeitsgemeinschaft angehörte, im Herbst 1965 eine Kommission ein, die nach einer ausführlichen Untersuchung der BDOiU zu dem Ergebnis kam: „Solange sich die Arbeitsgemeinschaft nicht von vielen ihrer Mitarbeiter trennt, nicht die Herausgabe rechtsradikaler Schriften einstellt – solange ist sie für unsere Schulen nicht tragbar, und die Schulbehörden wären gut beraten, wenn sie das Wirken der Bundesarbeitsgemeinschaft in unseren Schulen verbieten."[47] Über die Unterrichtsmaterialien heißt es: „Hier werden auf dem Umweg über eine zur nationalen Verpflichtung verabsolutierte Ostkunde gegen unsere Demokratie dieselben Vorwürfe, zum Teil mit denselben Vokabeln erhoben wie in der Weimarer Republik von denjenigen, die diese Republik 1933 stürzten."[48] Nach weiteren aufsehenerregenden Zeitungsartikeln wertete Schmidt, Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft donauschwäbischer Lehrer", die vorgetragene Kritik: „Diese Angriffe bestätigen nur, daß die ostkundliche Arbeit richtig liegt."[49] Trotz allem ist nicht zu übersehen, daß die Kritik auch die Ostkundler zum Nachdenken brachte und taktische Variationen bewirkte. Etwa seit 1966 ist die Ostkunde „in einem Prozeß der Umstrukturierung begriffen". „Sie strebt immer stärker von einer bloß retrospektiven Ausrichtung weg zu einer Sicht ihrer Inhalte, die zukunftweisende Tendenzen freilegt und aufmerksam beobachtet ... Die Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn bleiben nicht für alle Ewigkeit auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. In dem heute in Gang kommenden Dialog zeichnen sich neue Stationen ab ..."[50] Hier wird die Anpassung an die neue „Politik des Brückenschlages" deutlich.
Wie die zukunftweisenden Tendenzen der Ostkunde aussehen, sei am Beispiel der Ereignisse in der CSSR 1968 aufgezeigt: CDU-Abgeordneter Stingl erklärte rückblickend: „Besuche in der alten Heimat trugen dazu bei, bei den Tschechen die Sehnsucht nach der Freiheit wachzuhalten."[51] Dr. Schäfer schrieb im „Witiko-Brief" vom Dez. 1968: „Die Politik der kleinen Schritte ..., die ... nicht unsere Parteidiplomaten, sondern nur unsere Touristen machen können, bedarf natürlich einiger Vorbereitung, bevor diese Boten von Volk zu Volk etwas erreichen können."[52] Schon im Februar 1968 wußte die „Sudetendeutsche Zeitung" von Beziehungen zu einem „namhaften Exponenten der Prager Reformer" zu berichten, „der

[43] Brandt, Willy: Friedenspolitik in Europa, Ffm 1968, S. 83.
[44] Zit. nach: Neue Kommentare Nr. 11/1965, S. 4.
[45] Zit. nach: ebenda, S. 4.
[46] Zit. nach: Neue Kommentare, Nr. 15/1965, S. 5.
[47] Zit. nach: Neue Kommentare, Nr. 1/1966, S. 6.
[48] Zit. nach: ebenda, S. 6 f.
[49] Zit. nach: ebenda, S. 8.
[50] Zit. nach: DO 4/1966, S. 91 f.
[51] Zit. nach: Neue Kommentare, Nr. 5/1969, S. 3.
[52] Zit. nach: ebenda.

bereits vor einem Gremium der Ackermann-Gemeinde sprach".[53] Auf einer „Erziehertagung beim Sudetendeutschen Tag 1968" erklärte der 1. Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher", Theo Keil, „daß die Liberalisierungsbestrebungen dieses Frühjahrs in der CSSR eben doch bewiesen hätten, daß man es nicht mit ‚unabänderlichen Fakten' zu tun habe, denen man sich verzichtend beugen müsse".[54] Die Sudetendeutschen wollen nicht „verzichten" – das wird vom 1. Vorsitzenden unumwunden eingestanden. Mehr noch, sie entwickeln „Denkmodelle" und „Planspiele", mischen sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, der CSSR, ein, um ihre revanchistischen Zielvorstellungen zu realisieren.

Die letzte programmatische Arbeit vom Herbst 1971 weist als „Zukunftsaufgabe der Ostkunde" aus, die Erfahrungen der letzten Jahre berücksichtigend: „Gerade das Bemühen, eine genügende Kenntnis über die Mentalität, über das Volkstum, über Geschichte und Wirtschaft dieser Völker zu erhalten und im Unterricht wieder zu vermitteln, ist und bleibt das Hauptanliegen der Ostkunde. Die interessanten Wandlungen innerhalb des Marxismus in Osteuropa zwingen uns heute zu einem äußerst differenzierten Bild von der kommunistischen Welt. Jährlich aber bringt der moderne Massentourismus Hunderttausende der bundesdeutschen Urlauber an das Schwarze Meer, an den Plattensee und in das Riesengebirge. Viele dieser deutschen Touristen sind kaum der Schule entwachsen. Sollen sie der staatlich gelenkten Touristenpropaganda hilflos ausgeliefert werden? Oder sollen sie in der Lage sein, auch ein sinnvolles Gespräch mit den Osteuropäern zu führen?"[55]

Daß die Ostkunde dabei ihre urspüngliche Zielsetzung nicht aufgegeben hat, macht Fechner noch einmal klar: „Das ist nämlich der neueste Einwand: die ‚Wandlungen der deutschen Ostpolitik' hätten auf die ‚Ostkunde' . . . ‚wenig abgefärbt'. Dazu ist zu bemerken:

1. Die Bundesregierung hat sich wiederholt und aufs neue zur Präambel des Grundgesetzes bekannt. Die deutsche Einheit bleibt das unverrückbare Ziel.
2. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ausdrücklich und unmißverständlich die ‚Kontinuität' der deutschen Außenpolitik betont.
3. Selbst wenn die Befürchtungen zuträfen, daß man sich anschicke, gewollt oder ungewollt, auf bisher gehaltene Positionen zu verzichten, könnte das die Aufgaben der Ostkunde, wie sie amtlich niedergelegt sind, nicht tangieren: die Ostkunde soll keine Politik machen, sondern Fakten vermitteln und daraus Urteile ermöglichen."[56]

Die letzte Stellungnahme zeigt genauso deutlich wie die offizielle Steigerung der materiellen Unterstützung der Vertriebenen und der BDOiU[57], daß „Neue Ostpolitik" und „Deutsche Ostkunde" sich offensichtlich kaum widersprechen.

3. Verträge von Moskau und Warschau und immer noch Deutsche Ostkunde?

Im Bundestag wurden die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert. Haben auch in den letzten Wochen und Monaten immer wieder demokratische Aktivitäten die Bedeutung dieser Verträge und einer einzuberufenden europäischen Sicherheitskonferenz aufgezeigt und das Interesse der Bevölkerung an Frieden und Entspannung in Europa bekundet, so wissen wir doch sehr wohl, daß diese Verträge keine Garantie für den Verzicht auf gewaltsame Grenzrevisionen sind. Wir können sicher sein, daß durch sie die Handelsbeziehungen zwischen der BRD und sozialistischen Ländern stark intensiviert werden, und daraus werden nicht zuletzt jene Teile der Monopolbourgeoisie ihre Profite beziehen, die heute noch lautstark auf die „Neue Ostpolitik" der Bundesregierung schimpfen und demagogisch von „Verrat" und „Verkauf unseres Vaterlandes" reden. Das weist daraufhin, daß die demokratischen Massenaktivitäten sich nicht mit der Ratifizierung im Bundestag erschöpfen dürfen. Vielmehr müssen jetzt Schritte in Angriff genommen werden, die eine Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau auf gesellschaftlicher Ebene vorantreiben, die helfen, das Interesse an Frieden dauerhaft zu sichern und die materiellen Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Bündnisschichten, die an die Verträge und eine europäische Friedensordnung geknüpft sind, durchzusetzen.

Besonders für uns, die wir alle im Bildungs- und Ausbildungswesen tätig sind, besteht jetzt nicht nur die Chance, sondern die Notwendigkeit, unsere Bildungs- und Studieninhalte einer Revision zu unterziehen. Wenn von offizieller Seite die bestehenden Grenzen in Europa und in Deutschland anerkannt werden und die Politik der friedlichen Koexistenz sozialistischer und kapitalistischer Länder zum Bestandteil und Prüfstein der SPD/FDP-Regierungspolitik wurde, dann müssen die demokratischen Kräfte, die gegen einen Rückfall der BRD in den Kalten Krieg gekämpft haben, jetzt ihre eigenen positiven Forderungen formulieren und erkämpfen. Wir müssen die große Chance für den ideologischen Kampf, die in den Ostverträgen als Möglichkeit real erscheint, nutzen: den Abbau des Antikommunismus in Angriff nehmen, die Fragwürdigkeit einer sozial-liberalen Regierungskoalition aufzeigen, wenn sie einerseits eine realistischere Ostpolitik verfolgt und gleichzeitig Antikommunistenbeschlüsse faßt und Demokraten und Sozialisten aus dem Öffentlichen Dienst verbannen will. D. h. auch, daß wir weiterhin gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Organisationen (GEW, DFU, DKP, BAK, vds etc.) für eine Demokratisierung der Bildungs- und Lehrinhalte und für die bedingungslose Streichung von „Ostkundeempfehlungen und Totalitarismusrichtlinien" und die Einstellung der finanziellen und ideologischen Unterstützung der BDOiU durch die Bundes- und Landesregierung kämpfen. Wir wenden uns gegen eine Überarbeitung der Ostkundeempfehlungen, wie sie zur Zeit von der KMK angestrebt wird. Sie könnte nur das Ziel haben, Be- oder Überwältigungsversuche des Sozialismus geschickter zu vermitteln, imperialistische Zielsetzungen im Sinne von Ausweichungsstrategien zeitgemäßer zu verpacken, die offiziellen Unterrichtslinien der „Neuen Ostpolitik" anzupassen. Wir, die wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften der BRD für die juristische Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gekämpft haben, kämpfen weiterhin für ihre Durchsetzung auf allen gesellschaftlichen Ebenen!

[53] Zit. nach: ebenda, S. 4.
[54] Sudetendeutscher Erzieherbrief, 4/68, S. 119.
[55] Kuhne, Hans: Ist Ostkunde-Unterricht noch zeitgemäß? in DO 3/1971, S. 71.
[56] Fechner, Helmuth: Unmut über die Ostkunde, in: DO 1/2/70, S. 6.
[57] Vergl.: Georg Herde: Zur entspannungsfeindlichen Rolle der Vertriebenenverbände, in: Blätter f. det. u. intern. Politik 4/1972, S. 352–366.

...hören Sie mal rot!

neu

Rot sehen kann jeder.. hören Sie mal rot!

Der erste Sampler des pläne-Verlags bietet Lieder aus allen Bereichen der Produktion
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 0300, DM 10,–

u.a. mit: Süverkrüp, Kittner, Hüsch, Die Conrads, Stütz, Ali Primera, Theodorakis, Juan & José

Dieter Süverkrüp

zusammengesammelte Werke

Die bissigsten Chansons, Hits und Oratorien von und mit Dieter Süverkrüp zum ersten Mal auf einer Billigplatte
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 0200, DM 15,–

Life Story

Die Machtwächter, Köln. Das bisher erfolgreichste Programm der Kölner Polit-kabarettisten gehört zu unserem "Programm für junge Hörer"
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 99 102, DM 22,–

Lokomotive

Die Lokomotive aus Kreuzberg ist eine neue Politrock-Gruppe, die auf Anhieb durchschlagenden Erfolg hatte. Musik und Text haben beachtliches Niveau. Die Lokomotive dampft und zischt, wehe dem, der sie verdrischt.
30-cm-LP, stereo
Bestell-Nr. S 99 101, DM 22,–

Chile

Lieder aus Chile mit der bekanntesten chilenischen Gruppe „Quilapayun"
Serie Sieg 7
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 105, DM 22,–

Gesamtverzeichnis anfordern!

pläne

Verlag „pläne" GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62
Abt. 28

Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?

Günter Klimaszewski und Eberhard Thomas

Es ist heute offensichtlich, daß die Politik der Gruppe um Mao Zedong, der seine „Ideen" als Erbe und Weiterentwicklung des Gedankengutes von K. Marx und F. Engels und W. I. Lenin ausgibt[1], nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein hat. Diese zahlenmäßig kleine Gruppe bedient sich rücksichtslos der ihr zur Verfügung stehenden Mittel der Gewalt oder Demagogie, um ihre Ziele durchzusetzen. Sie steht der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung feindlich gegenüber und fordert sogar zum Sturz der Sowjetregierung auf, verunglimpft andere marxistisch-leninistische Parteien und Politiker als „Revisionisten"[2], betreibt eine offensive und umfangreiche Spaltertätigkeit in der internationalen kommunistischen Bewegung und schreckt selbst vor abenteuerlichen militärischen Provokationen gegenüber anderen, auch sozialistischen Staaten, nicht zurück. Immer offener bemüht sich die Pekinger Gruppe um ein Bündnis mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten. Eine prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Maoismus ist daher als grundsätzliche Frage der Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Theorie dringend erforderlich. „Eine allseitige marxistisch-leninistische Analyse des Klasseninhalts der Vorgänge in China in den letzten Jahren und der Wurzeln des heutigen Kurses der Führer der KP Chinas, der die sozialistischen Errungenschaften des chinesischen Volkes gefährdet, ist eine große und ernste Aufgabe."[3] Zahlreiche marxistische Philosophen und Gesellschaftswissenschaftler der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder arbeiten seit mehreren Jahren an ihrer Lösung.[4]

Die Führungen der KPdSU und anderer Kommunistischer und Arbeiterparteien haben wiederholt auf den gewaltigen Schaden hingewiesen, den die Politik dieser Gruppe in der kommunistischen Weltbewegung, der nationalen Befreiungsbewegung, in anderen progressiven gesellschaftlichen Strömungen und im eigenen Lande angerichtet hat und anrichtet. Der VIII. Parteitag der SED charakterisierte diese Politik folgerichtig als „ernstes Hindernis für die weitere Festigung der Einheit der sozialistischen Staaten und der gesamten kommunistischen Weltbewegung, für die Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte. Die großmachtchauvinistische und antisowjetische Politik der Mao-Gruppe in Peking wendet sich gegen alle sozialistischen Länder und alle marxistisch-leninistischen Parteien."[5]

[1] Statut des IX. Parteitages der KPCh. Peking 1969. S. 126/127; Bericht an den IX. Parteitag der KPCh. Peking 1969. S. 78/79.
[2] Pekinger Rundschau. Nr. 21 vom 27. Mai 1969. S. 2; Bericht an den IX. Parteitag der KPCh. S. 10 f., 98–100, 102.
[3] Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Berlin 1969. S. 196.
[4] Aus der umfangreichen sowjetischen Literatur sei an dieser Stelle auf drei Titel verwiesen: M. L. Altaiski/V. G. Georgiew: Das antimarxistische Wesen der philosophischen Ansichten Mao Zedongs. Moskau 1969; F. W. Konstantinow/M. I. Sladowski: Kritik der theoretischen Konzeptionen Mao Zedongs. Moskau 1970; M. I. Sladowski/G. D. Suchartschik: Die chinesische Volksrepublik. Moskau 1970.
[5] Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berichterstatter: E. Honecker. Berlin 1971. S. 103.

Bei der Rechtfertigung ihrer abenteuerlichen Innen- und Außenpolitik und ihrer Versuche, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten, berufen sich die Maoisten häufig auf die marxistisch-leninistische Dialektik und den dialektischen und historischen Materialismus. Diese Versicherungen müssen mit dem gleichen Mißtrauen betrachtet werden wie die Behauptungen, daß die philosophischen Auffassungen Mao Zedongs eine Weiterentwicklung und gewissermaßen der höchste Gipfel des Marxismus-Leninismus seien. Sie bedürfen einer besonderen Analyse, da sie auf eine verschleierte Verfälschung der marxistisch-leninistischen Philosophie und insbesondere der materialistischen Dialektik hinauslaufen.

Eine entsprechende Analyse weist aus, daß bestimmte Unzulänglichkeiten in der Verarbeitung und Darstellung des dialektischen Materialismus, die bereits in Maos philosophischen Veröffentlichungen der dreißiger Jahre enthalten waren, in der Folgezeit, insbesondere seit den fünfziger Jahren, zu einer Entstellung der Philosophie des Marxismus-Leninismus ausgeweitet wurden, die als Rechtfertigung einer in zunehmendem Maße antimarxistischen Politik diente.

Selbstverständlich vermag eine bloße Analyse der philosophischen Auffassungen Mao Zedongs und seiner Anhänger die historisch-kritische Analyse ihrer sozialen und historischen Wurzeln nicht zu ersetzen. Die Entstellungen auf ideologischem Gebiet sind nicht Ursache, sondern Folge und ideologischer Reflex der Klassenposition der Maoisten. Die Analyse der philosophischen Ansichten vermag jedoch die Parallelität zwischen einer antileninistischen Politik und den entsprechenden Verfälschungen der marxistisch-leninistischen Philosophie aufzudecken und damit auch die Gemeinsamkeit ihrer Klassenwurzel zu demonstrieren. Wenn zu diesem Zweck wiederholt auf politische Konsequenzen verwiesen wird, die sich aus der maoistischen Revision der marxistisch-leninistischen Dialektik ergeben, so ist das im Sinne des Nachweises der Parallelität von politischen und philosophischen Entstellungen, nicht als historische Erklärung zu werten.

Die historisch-kritische Analyse hätte von *objektiven* gesellschaftlichen Ursachen und Beziehungen auszugehen. Zweifellos gibt es entsprechende, die maoistische Revision des Marxismus-Leninismus begünstigende Bedingungen in China. Dennoch muß betont werden: *Keine* Revision des Marxismus-Leninismus ist unvermeidlich, obwohl der Revisionismus objektive soziale Wurzeln hat. In jedem Fall wirkt er den Grundgesetzen der historischen Entwicklung entgegen und wirft diejenigen zurück, die sich auf ihn orientieren. Die allgemeine Tendenz der historischen Entwicklung ist *gegen* den Revisionismus gerichtet, und dementsprechend bestehen auch in China nach wie vor objektive Bedingungen für eine konsequent marxistisch-leninistisch orientierte Entwicklung. Die antiimperialistische und antifeudale nationale und soziale Befreiungsbewegung in China entfaltete sich unter dem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland und siegte unter den Bedingungen der Existenz eines sozialistischen Weltsystems, der brüderlichen internationalistischen Hilfe der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder für die chinesischen Werktätigen. Gerade der Einfluß des Marxismus-Leninismus auf die antiimperialistische Bewegung in China bewirkte, daß die kleinbürgerlich-nationalistischen Kräfte, die sich ihr anschlossen, lange Zeit als Marxisten auftraten und sich noch heute als Marxisten tarnen. Zwischen den theoretischen Inkonsequenzen der dreißiger Jahre und den heutigen Entstellungen in Philosophie und Politik besteht kein mechanischer, „schicksalhafter" Zusammenhang im Sinne eines historischen Fatalismus, sondern es vollzog sich

ein Differenzierungsprozeß zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der antiimperialistischen Bewegung, der bis in die Reihen der noch ungenügend gefestigten KPCh hinein wirksam wurde und unter anderem in den Auseinandersetzungen um die vom VIII. Parteitag der KPCh aufgeworfenen Grundfragen der Innen- und Außenpolitik Chinas Ausdruck fand. Wenn in neuerer Zeit Theoretiker davon ausgehen, daß Mao Zedong den Marxismus-Leninismus nicht anders verstehen *konnte,* als im Rahmen der „traditionellen" chinesischen Philosophie und Ideologie, daß also der Revisionismus „unvermeidlich" war[6], so gehen sie in idealistischer und fatalistischer Manier an den historischen Tatsachen vorbei.

Nach einer Einschätzung von P. Fedossejew[7] ist der Maoismus kleinbürgerlicher Bonapartismus, der zur Rechtfertigung seiner Politik Elemente von Theorien und Lehren verschiedenster Richtungen der eigenen Geschichte und philosophischen Tradition, des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Denkens, „linker" und rechter revisionistischer Strömungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung aufgreift und sie als „schöpferische Anwendung" und „Weiterentwicklung" des Marxismus-Leninismus unter den in China herrschenden Bedingungen ausgibt. Die kleinbürgerliche Ideologie hat jedoch in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Imperialismus keine „unabhängige" Stellung, und es wird immer deutlicher, daß das auch für den Maoismus gilt, dessen nationalistische und antisowjetische Haltung ihn objektiv auf die Seite der bürgerlichen Ideologie stellt, zur Stütze und zum Spekulationsobjekt des Imperialismus werden läßt. Unter dieser Voraussetzung wäre die Frage zu beantworten, wie eine derartige Strömung in der Zeit einer wachsenden antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegung und unter den in China herrschenden historischen, ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen ihre Machtposition durchsetzen konnte. Die Herrschaft des Feudalismus, die ökonomische und kulturelle Rückständigkeit, das Überwiegen kleinbürgerlicher Schichten, vor allem der Bauernschaft, die zahlenmäßige Schwäche, wenig entwickelte Organisation und Bewußtheit des Industrieproletariats und die damit verbundene Stellung und Zusammensetzung der KPCh sind einige dieser Bedingungen. Der Bonapartismus stützt sich vorwiegend auf den Machtapparat des Überbaues, die Armee, Administration, Ideologie und bestimmte Organisationsformen und appelliert an die kleinbürgerliche Mehrheit. Alle diese Züge treffen wir im Maoismus tatsächlich an.

Daraus erklärt sich auch die Art und Weise, in der die maoistische Gruppe die marxistisch-leninistische Philosophie „auslegt", und die anscheinende Prinzipienlosigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik. Der marxistisch-leninistischen Terminologie wird der Inhalt einer in China geradezu traditionellen, schematisch gehandhabten Art von „urwüchsiger" Dialektik unterschoben, die, mag sie in der Geschichte auch zeitweilig eine progressive Rolle gespielt haben, keinesfalls mit der wissenschaftlich fundierten materialistischen Dialektik des Marxismus-Leninismus vergleichbar oder gar identisch ist. Derartige Unterschiebungen sind als ernsthafte Verfälschungen zu werten, die ihrerseits weitreichende Konsequenzen für Ideologie und Politik haben.

* * *

Die Maoisten berufen sich ständig auf die materialistische Dialektik und wiederholen, daß die Lehre vom Widerspruch als Triebkraft und Quelle der Entwicklung

[6] W. Schilling: Einst Konfuzius — Heute Mao Tse-tung. Weilheim/Oberbayern 1971. S. 164 f.
[7] Neues Deutschland vom 6. Dezember 1971.

in ihrem Rahmen eine zentrale Stellung einnimmt.[8] Die Interpretation, die sie dieser Feststellung geben, unterscheidet sich jedoch grundlegend von der des Marxismus-Leninismus.

Die marxistisch-leninistische Philosophie ist die Philosophie der Arbeiterklasse, jener Klasse, die unmittelbarer Produzent der materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft ist, die die am weitesten entwickelten Produktionsinstrumente in Bewegung setzt. Sie ist zugleich diejenige ausgebeutete Klasse der Geschichte, die am meisten an der revolutionären Veränderung der auf Ausbeutung beruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse und infolgedessen an der vollständigen Aufdeckung der Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der Gesellschaft interessiert ist. Eine philosophische Theorie der Veränderung und Entwicklung, mit der Karl Marx in jungen Jahren bekannt wurde, war die Hegelsche Dialektik. Für sie vollzog sich die Entwicklung jedoch in der Welt der Begriffe, während die Arbeiterklasse die wirkliche Welt zu verändern hatte. „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil", schrieb Marx. „Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle."[9] Es kam ihm also darauf an, die materielle Grundlage der Entwicklung im Detail zu untersuchen und ihre Gesetzmäßigkeiten zu erfassen. Im Ergebnis jahrelanger gründlicher Arbeit entdeckte er in den materiellen Lebensverhältnissen, in der Produktionsweise der Gesellschaft, die Wurzel ihrer sozialen, politischen und geistigen Beziehungen, die Grundgesetze ihrer historischen Bewegung und Entwicklung.[10] Die Arbeiterklasse war nun nicht nur in der Lage, ihre ökonomischen Kämpfe erfolgreicher zu führen, sondern vermochte auch die Ursachen der Klassenverhältnisse und der kapitalistischen Ausbeutung zu erkennen. Auf dieser Grundlage waren auch die reale Möglichkeit und der Weg zu bestimmen, auf dem die Ausbeutung überhaupt zu beseitigen war: Das kapitalistische Eigentum, das Kapital als gesellschaftliche Erscheinung reproduzierte den Klassengegensatz aufs neue. Es war also weder möglich, ihn durch bloßen Appell an die Moral der Menschen noch durch die alleinige Änderung der Machtverhältnisse, die politische Revolution, zu vernichten. Die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse konnte nur die notwendige Voraussetzung für die revolutionäre Umgestaltung der gesamten Gesellschaft, insbesondere die Beseitigung des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und die Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse sein.

Die materialistische Dialektik von Marx und Engels führte also zwangsläufig auf das gründliche Studium der objektiven Gesetze der realen Entwicklung, in der die notwendigen, inneren Zusammenhänge und Widersprüche aufzufinden sind, die sie vorantreiben. Das ist im allgemeinen für beliebige, isolierte Dinge nicht sinnvoll. Daher führten die Klassiker des Marxismus-Leninismus selbst dort, wo es ihnen lediglich darauf ankam, die Allgemeingültigkeit der Dialektik zu demonstrieren, nicht einfach beliebige „Einzelbeispiele" an. Sie verwiesen in der Regel auf die grundlegenden „großen Bewegungsformen" der Materie und auf die ihre Bewegung bestimmenden objektiven Widersprüche in der für die betreffende Bewegungsform spezifischen Gestalt. Diese war selbstverständlich nicht aus bloßen

[8] Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Bd. 1. Berlin 1957. S. 353.
[9] K. Marx: Das Kapital. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 23. Berlin 1962. S. 27.
[10] K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 13. Berlin 1964. S. 8 f.

Kategorien deduzierbar, sondern vom jeweiligen historischen Stand der Kenntnisse des betreffenden Gegenstandes abhängig. Ihre eigentliche theoretische Arbeit konzentrierten Marx und Engels auf *eine* dieser Bewegungsformen, die gesellschaftliche, und innerhalb dieser vor allem auf die umfassende Analyse zunächst einer Gesellschaftsordnung, der kapitalistischen. Es kam auf diesem für die Bestimmung der Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung entschieden wichtigsten Gebiet nicht nur darauf an, Widersprüche zu konstatieren, sondern wesentliche Entwicklungsgesetze und Tendenzen theoretisch zu bestimmen und in ihrem konkreten Verlauf zu verfolgen, um die jeweils für den Kampf der Arbeiterklasse wesentlichen Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Für die genaue Einschätzung gesellschaftlich-historischer Prozesse, die der Kampf der Arbeiterklasse um die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe erfordert, ist nicht nur die Kenntnis der „Anatomie" der betreffenden Gesellschaftsordnung, sondern darüber hinaus eine präzise historisch-konkrete Analyse wesentlicher Veränderungen im Verlauf ihrer Entwicklung, eine möglichst umfassende Einschätzung der Kräfteverhältnisse und der Kräftegruppierungen u. a. m. notwendig. W. I. Lenin verstand es meisterhaft, diese Methode zu handhaben. Der Gründlichkeit der Analyse wie der theoretischen Verarbeitung vom Standpunkt der Dialektik und im Interesse der Lösung der geschichtlichen Aufgabe der Arbeiterklasse sind alle seine wesentlichen Leistungen bei der Weiterentwicklung der Theorie von Marx und Engels zu verdanken. In der Auseinandersetzung mit den Volkstümlern um die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und die Grundfragen der revolutionären Strategie und Taktik betonte er: „ . . . die Marxsche Theorie besteht in der Untersuchung und Erklärung der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmter Länder, und ihre ‚Anwendung' auf Rußland kann nur darin bestehen, *unter Ausnutzung* der erarbeiteten Mittel der *materialistischen* Methode und der *theoretischen* politischen Ökonomie die russischen Produktionsverhältnisse und ihre Entwicklung zu *untersuchen.*"[11]

Es wäre in diesem Sinne bereits ein grober Fehler, die marxistische Philosophie von der politischen Ökonomie von Karl Marx oder seiner Geschichtsauffassung losgelöst zu betrachten. Die philosophische Begründung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung in Natur, Gesellschaft und im Denken wird folgerichtig in der Geschichts- und Gesellschaftstheorie und der politischen Ökonomie umgesetzt und im Detail durchgeführt, was eine notwendige Konsequenz ihrer materialistischen Auffassung und Handhabung der Dialektik ist.[12] Dieser Standpunkt schloß einen formalen, rein „deduktionistischen" Gebrauch dialektischer Kategorien, wie er bis dahin in der Philosophie weit verbreitet war, prinzipiell aus: „ . . . die Prinzipien sind nicht der Ausgangspunkt der Untersuchung, sondern ihr Endergebnis; sie werden nicht auf Natur und Menschengeschichte angewandt, sondern aus ihnen abstrahiert; nicht die Natur und das Reich des Menschen richten sich nach den Prinzipien, sondern die Prinzipien sind nur insoweit richtig, als sie mit Natur und Geschichte stimmen. Das ist die einzige materialistische Auffassung der Sache, und die entgegenstehende . . . ist idealistisch, stellt die Sache vollständig auf den Kopf und konstruiert die wirkliche Welt aus dem Gedanken, aus irgendwo vor der

[11] W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 1. Berlin 1961. S. 267.
[12] F. Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 20. Berlin 1962. S. 25.

Welt von Ewigkeit bestehenden Schematen, Schemen oder Kategorien, ganz wie – *ein Hegel*."[13]

Bei der systematischen Handhabung der materialistischen Dialektik geht es dementsprechend primär weder um *irgendwelche* Beispiele von Dualität oder Gegensätzlichkeit in den Dingen und Erscheinungen, die in anderem Zusammenhang, etwa zu bloßen Demonstrationszwecken, eine gewisse Berechtigung haben mögen, noch um eine nur formale Darstellung zweier oder mehrerer unterschiedlicher oder entgegengesetzter Seiten ein und derselben Sache ohne den Nachweis ihrer inneren Beziehung und wechselseitigen materiellen Bedingtheit.[14] Ein derartiger Gebrauch selbst philosophisch endgültig gesicherter Kategorien und Grundgesetze führt zum Eklektizismus, zur bewußten oder unbewußten Deklaration unwesentlicher Zusammenhänge als wesentliche, öffnet der Willkür im Umgang mit „dialektischen" Kategorien Tür und Tor. Auf den ersten Blick ist daran nicht zu erkennen, daß es sich um eine idealistische Version der Dialektik handelt, da man sich dabei durchaus verbal auf Formulierungen von Marx, Engels und Lenin beziehen kann.

* * *

Im Rechenschaftsbericht des IX. Parteitages der KPCh[15] und anderen Dokumenten und Publikationen werden die Ideen Mao Zedongs als Marxismus-Leninismus unserer Epoche ausgegeben. Tatsache ist jedoch, daß der Maoismus die marxistische Terminologie immer stärker mit dem Inhalt einer in China traditionellen „urwüchsigen Dialektik" verbindet. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn es sich darum handelt, bei der Popularisierung der marxistisch-leninistischen Philosophie an progressive nationale Traditionen anzuknüpfen, um zu zeigen, daß und inwieweit sie eine naive „Vorahnung" der konsequent wissenschaftlichen Dialektik enthalten, bei gleichzeitiger historisch-kritischer Analyse ihrer geschichtlichen Stellung und ihres Inhalts vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der marxistisch-leninistischen Philosophie. Keinesfalls darf jedoch eine kompromißlerische Verwischung dieser Grenzen zugelassen werden, die zwangsläufig – trotz anderweitiger Beteuerung – zu einer Verschleierung der Grenzen zwischen materialistischer und idealistischer Dialektik führen muß. Bei Mao Zedong fehlt eine konsequent marxistische Analyse der nationalen „Traditionen" nahezu völlig. Das führt zu einer ständigen Vermischung von materialistischer und „urwüchsiger" oder idealistischer Dialektik und zu einem aprioristischen Gebrauch philosophischer Kategorien, der von den Klassikern des Marxismus-Leninismus überall dort, wo er ihnen begegnete, auf das schärfste bekämpft wurde.

Dem philosophischen Inhalt nach handelt es sich also darum, daß man unter anfänglicher Beibehaltung der marxistischen Terminologie einen als Abstraktion aus der wirklichen Welt aufzufassenden philosophischen Begriff mit einem „ewigen Prinzip" vertauscht, das dann nahezu nach Belieben in die Wirklichkeit hinein interpretiert werden kann, ohne objektive, notwendige und wesentliche Zusammenhänge zu repräsentieren. Die philosophische Kategorie wird faktisch als transzendentes, von der materiellen Welt unabhängig existierendes Gebilde oder

[13] Ebenda: S. 33.
[14] W. I. Lenin: Philosophische Hefte. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. Berlin 1964. S. 338 f.; W. I. Lenin: Was sind die „Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 1. S. 156 f.
[15] Bericht an den IX. Parteitag der KPCh. S. 78 f.

als willkürlich festgelegtes Attribut benutzt. Diese *Inversion von Begriffen* muß man durchschauen, um die „Dialektik" des Maoismus richtig beurteilen zu können.

Es wäre unhistorisch und unkorrekt, zu behaupten, Mao Zedong habe diesen Unterschied übersehen. Er selbst zitiert in seinen Arbeiten entsprechende Äußerungen von Marx, Engels und Lenin und führt eine entsprechende Polemik gegen vulgären Evolutionismus[16], Schematismus und Dogmatismus[17], ordnet in verschiedenen Fällen auch die traditionelle urwüchsige Dialektik[18] oder idealistische, metaphysische Anschauungen chinesischer Philosophen richtig ein.[19] Dennoch bleibt seine Auffassung der Dialektik äußerlich, formal, dringt sie nicht in das Wesen der objektiven Prozesse ein. Das ist in seinen Arbeiten der dreißiger Jahre zu bemerken, wird jedoch durch zahlreiche im Prinzip richtige marxistische Darstellungen überdeckt.

Bereits in den philosophischen Schriften der dreißiger Jahre fallen vor allem in der Widerspruchsdialektik drei Tendenzen auf, die im Laufe der Zeit, insbesondere seit den fünfziger Jahren, immer deutlicher hervortreten und sich als idealistische Inversion des Marxismus-Leninismus manifestieren: die Tendenzen zu Schematismus und formaler Begriffsdialektik, die Tendenzen zur Verabsolutierung des Kampfes der Gegensätze gegenüber ihrer inneren Einheit und wechselseitigen Bedingtheit, die Überbetonung des Besonderen der Widersprüche gegenüber ihrem Allgemeinen. *Die Tendenz zu Schematismus und formaler Begriffsdialektik* wird deutlich, wenn man untersucht, wie Mao Zedong Lenins Ausführungen zur Frage der Dialektik[20] bereits in den ersten philosophischen Arbeiten interpretierte und die von ihm übernommenen Gedankengänge weiterführte. Lenin nennt die Erkenntnis *aller* Vorgänge in der Welt, ihre Auffassung als Einheit und Kampf von Gegensätzen die Bedingung für deren Erkenntnis in ihrer Selbstbewegung und Entwicklung: „Die Richtigkeit dieser Seite des Inhalts der Dialektik muß an Hand der Geschichte der Wissenschaft geprüft werden."[21] Er führt dann einige Wissenschaftsbereiche an, um die oben gestellte Forderung zu skizzieren.

Mao Zedong greift diese Skizze auf und fährt unmittelbar fort: „Angriff und Verteidigung, Vormarsch und Rückzug, Sieg und Niederlage im Kriege – das alles sind einander widersprechende Erscheinungen. Ohne die eine Seite existiert die andere auch nicht. Der Kampf und die Verbindung dieser beiden Seiten untereinander bilden das einheitliche Ganze des Krieges, treiben die Entwicklung des Krieges vorwärts und entscheiden den Ausgang des Krieges."[22] Das verlagert jedoch das Problem auf die *formale* Seite. Lenin geht es dagegen um „die Erforschung des Widerspruchs *im Wesen der Dinge selbst*".[23] Er hätte – und hat – das *Wesen des Krieges* niemals so eingeschätzt, sondern auf die ihm übergeordnete Bewegungsform, die gesellschaftliche, bezogen: Kriege sind ein Produkt gesellschaftlich-historischer Widersprüche, wurzeln letzten Endes in bestimmten Klasseninteressen und -gegensätzen, und danach ist ihr Charakter zu bestim-

[16] Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Bd. 1. S. 355 ff.
[17] Ebenda: S. 366 f.,371 f.
[18] Ebenda: S. 358 f.
[19] Ebenda: S. 355.
[20] W. I. Lenin: Philosophische Hefte. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 338 ff.
[21] Ebenda: S. 338.
[22] Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Bd. 1. S. 361.
[23] W. I. Lenin: Philosophische Werke. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 240.

men. Mao Zedong geht indessen auf die Form, die Erscheinung und damit selbst unter das Niveau der von Lenin kritisch erwähnten „Beispiele" zurück.

Ähnliche Interpretationen findet man wiederholt. Während Lenin von der *dialektischen* Konzeption der Entwicklung, der *Auffassung der Entwicklung als Einheit der Gegensätze* schreibt: „... nur sie liefert den Schlüssel ... zum Vergehen des Alten und Entstehen des Neuen"[24], schreibt Mao: „Wir sagen oft: ‚Das Neue löst das Alte ab.' Die Ablösung des Alten durch das Neue ist ein allgemeines und unumstößliches Gesetz des Weltalls ... In jeder Erscheinung ist der Widerspruch zwischen Neuem und Altem enthalten, der einen vielfältigen und komplizierten Kampf erzeugt."[25] Das ist lediglich eine Tautologie, bestenfalls eine Metapher. Man mag es bei oberflächlicher Betrachtung als sachlich richtig, wenn auch banal hingehen lassen, wenn es an anderer Stelle heißt: „Kann irgendeine der einander entgegengesetzten Erscheinungen oder einer der im Bewußtsein des Menschen entstehenden in ihrer Bedeutung gegensätzlichen Begriffe einzeln existieren? Ohne Leben kein Tod; ohne Tod kein Leben. Ohne Oben kein Unten; ohne Unten kein Oben. Ohne Unglück kein Glück; ohne Glück kein Unglück. Ohne Leichtes nichts Schweres; ohne Schweres nichts Leichtes."[26] Merkwürdig sind bereits die weiteren Behauptungen, daß es ohne Pächter keine Grundbesitzer und ohne Kolonien und Halbkolonien keine imperialistische nationale Unterdrückung geben solle. Es leuchtet wohl ein, daß ein Grundbesitzer auch ohne Pächter, auf andere Art seinen Besitz verwalten und bewirtschaften lassen kann, wie es auch vielfältige Formen der imperialistischen nationalen Unterdrückung geben kann, die nicht allein durch Begriffe wie „Kolonie" und „Halbkolonie" zu erfassen sind. Während Lenin auf den Kampf der Gegensätze als das *allgemeine Gesetz* reflektiert, das die Entwicklung vorantreibt, bezieht sich Mao auf tautologische Umstellungen korrelativer Begriffe, eine formal-logische Beziehung, die darüber hinaus in halbwegs komplizierten Fällen nicht mehr mit den objektiv-realen Verhältnissen übereinstimmt, sondern ihnen begrifflich aufgeprägt wird. Was soll man von der Behauptung halten, daß Krieg und Frieden Erscheinungen sind, „die sich ineinander verwandeln" (selbst wenn deren „wechselseitige Verbindung" auf die Klassengesellschaft und bestimmte Bedingungen eingeschränkt wird)[27], Niederlagen *sich* in Siege verwandeln?[28] Eine derartige Begriffsdialektik abstrahiert gerade von den materiellen Beziehungen, Kräften, Verhältnissen, Bedingungen, auf die es im wesentlichen ankommt, ohne deren Einbeziehung man nicht von *materialistischer* Dialektik sprechen kann.

Zweifellos erinnert diese Art des Umgangs mit dialektischen Kategorien und Begriffen an die Dialektik Hegels und einiger Vertreter der Junghegelianer, einige Gedankengänge Proudhons, Dührings, Lassalles, Kautskys, in mehrfacher Hinsicht auch an die Dialektik Heraklits und — die alte chinesische Philosophie. „Wir Chinesen sagen häufig: ‚Sie sind gegensätzlich, aber sie bringen einander hervor' "[29]; diese Aussage findet sich nachweislich in der Chronik von Bangu, einem Historiker des ersten Jahrhunderts. Die zitierte Formulierung Maos, daß die Ablösung des Alten durch das Neue ein „allgemeines Gesetz des Weltalls"[30]

[24] Ebenda: S. 339.
[25] Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Bd. 1. S. 383.
[26] Ebenda: S. 389.
[27] Ebenda: S. 391.
[28] Ebenda: S. 335.
[29] Ebenda: S. 396.
[30] Ebenda: S. 383.

sei, erinnert stark an Laudses „Buch vom Dau[31] und vom Dö". Es enthält eine elementare Dialektik, die stark an die Dialektik Heraklits erinnert, wenn sie auch weniger theoretisch ausgebaut ist. „Der Gegensatz ist das Wirken des Dau", heißt es darin[32], und an anderer Stelle: „Denn Sein und Nichtsein erzeugen einander, das Schwere und das Leichte schaffen einander, das Lange und das Kurze bedingen einander, das Hohe und das Niedrige bestimmen einander, die Töne, wenn sie zusammenfließen, harmonieren miteinander, das Vorhergehende und das Darauffolgende folgen aufeinander."[33] „Das Unvollkommene wird vollkommen, das Krumme wird gerade, das Leere wird voll, das Alte wird vom Neuen abgelöst ..."[34] „Das Dau erzeugt Eins, Eins erzeugt Zwei, Zwei erzeugt Drei und Drei erzeugt alle Wesen. Alle Wesen tragen in sich Yin und Yang ..."[35]

Diese Lehre hat in China eine lange Tradition. Sie findet sich bereits in den ältesten philosophischen Quellen und durchdringt alle wichtigen historischen Strömungen der chinesischen Philosophie. Der (ältere) Dauismus Laudses ist im Feudalismus entstanden, in einer Zeit, in der die bisher üblichen Naturalabgaben durch Steuern ersetzt, die bestehenden Formen von Gemeineigentum durch das Privateigentum an Grund und Boden verdrängt wurden. Er trat für das unterdrückte Volk und gegen die „neue Ordnung" auf, war für eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen. Er betonte zwar immer wieder die „Einheit" (des Gegensätzlichen), sah Harmonie, Ruhe und Passivität als Ideal an — also als das Gegenteil dessen, was wir in der jüngsten Zeit im Maoismus ausgeprägt antreffen. Eine andere, in der Philosophie und im gesamten Geistesleben des feudalen China sehr einflußreiche Lehre, der Konfuzianismus, nahm die Lehre vom Yin und Yang ebenfalls in sich auf. Seit Ende des zweiten Jahrhunderts wurde der Konfuzianismus zur feudalen Staatsphilosophie und -ideologie erhoben und die Person des Konfuzius kultisch verehrt. Der Konfuzianismus war stark gesellschaftlich-ethisch orientiert, die von ihm vorgegebenen Verhaltensnormen und -regeln waren im Sinne der feudalen Kasten- und Ständeordnung auf eine „Beruhigung" der gesellschaftlichen Konflikte und Klassenkämpfe gerichtet, wurden rituell gepredigt und durchgesetzt. Beide Lehren, der Dauismus wie der Konfuzianismus, waren sozialutopisch und konservativ. Auf die chinesische Philosophie übten beide einen großen, bis in die neueste Zeit nachwirkenden Einfluß aus.

Trotz der öffentlichen Abgrenzung des Maoismus vom Dauismus wie vom Konfuzianismus läßt sich demonstrieren, daß bereits in den ersten philosophischen Schriften Mao Zedongs die Tendenz sichtbar wird, auf die alte chinesische Philosophie zurückzugreifen; diese Tendenz wird in jüngster Zeit bis zur krassen Entstellung und zum groben Mißbrauch des Namens der marxistisch-leninistischen Dialektik, zur Revision der materialistischen Dialektik durch eine subjektivistische, idealistische Begriffsdialektik ausgeweitet.

* * *

[31] „Dau" bedeutet ursprünglich „Weg", hat aber vielerlei Bedeutung, im philosophischen Gebrauch auch Gesetz, Naturgesetz und nimmt in der chinesischen Philosophie eine ähnliche zentrale Stellung ein wie einst das griechische „Logos".
[32] Jang Ching-Schun: Der chinesische Philosoph Laudse und seine Lehre. Berlin 1955. S. 38 ff.
[33] Ebenda: S. 32, S. 96.
[34] Ebenda: S. 103.
[35] Ebenda: S. 112.

Während, wie wir zu zeigen versuchten, mechanistische Auffassungen des Widerspruchsprinzips, die stets die Tendenz einer bloßen und doktrinär funktionierenden Begriffsdialektik in sich tragen, schon in den frühen Schriften Maos enthalten waren, sind sie in den theoretischen Artikeln der KPCh in den letzten Jahren zur Grundhaltung geworden. Einzelne dialektisch klingende Aussagen im Rahmen der Charakterisierung des Widerspruchsprinzips werden mechanistisch interpretiert, dabei mit dem Prinzip selbst identifiziert und als reines Denkschema den realen gesellschaftlichen Prozessen aufgeprägt. Charakteristisch hierfür ist die „Abrechnung" mit der These von der „Kombination von Zwei zu Eins", die als Grundlage einer reaktionären Philosophie zur Restaurierung des Kapitalismus gekennzeichnet wird.[36] Dem wird die „revolutionäre" These der „Spaltung von Eins in Zwei" entgegengestellt. Das dialektisch-materialistische Widerspruchsprinzip wird heute in einem von der „Gruppe der revolutionären Kritik an der Zentralen Parteihochschule" verfaßten und daher repräsentativen Artikel zu dem Begriffsschema „Spaltung von Eins in Zwei" degradiert. Dies geschieht nicht, um Plausibilitätserklärungen für propagandistische Zwecke zu haben, sondern als vorgeblich theoretische Basis für die Lösung aller Probleme in der Welt von heute. „Die revolutionäre Dialektik des die Dinge spalten sich von einem in zwei ist die proletarische wissenschaftliche Weltanschauung und Methodologie, ist die philosophische Grundlage für die Lehre des Vorsitzenden Mao in bezug auf die Fortsetzung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats."[37]

Damit wird deutlich, daß das Abgleiten in reine Begriffsdialektik keine bloße theoretische Fehlleistung ist, sondern im Dienst einer sie in ihrer jeweiligen Gestalt bestimmenden Politik steht. Sie ist die sich „theoretisch" gebärdende Plattform für die Auseinandersetzungen mit jeder Art von Mao-Gegnern, unabhängig von ihrer real vertretenen Klassenposition. Die Universalität des Widerspruchsprinzips verwandelt sich hier in seine rein ontologische Behauptung. Sein Charakter als Gesetz der Erkenntnis, seine Konkretheit und seine kritisch-revolutionäre Funktion bei der Analyse von Entwicklungsprozessen geht damit völlig verloren. Was übrigbleibt, ist eine Sammlung von theoretisch nicht begründeten und begründbaren Regeln, die kein vermittelndes Netz von Begriffen und Gesetzen kennt, wie es die Anwendung der materialistischen Dialektik charakterisiert. Die Orientierung auf die konkrete marxistisch-leninistische *Analyse* der wirklichen Prozesse wird nicht nur völlig ausgeschaltet, sondern auch das Begriffssystem dieser Sammlung bleibt einer rationalen Analyse völlig unzugänglich. Damit werden „ewige Wahrheiten" verkündet, die keine Überprüfung zulassen. Die Wahrheit, die es zu erkennen gilt, ist aber zumindest seit Hegel, sicher aber seit Marx, Engels und Lenin, „nicht mehr eine Sammlung fertiger dogmatischer Sätze, die, einmal gefunden, nur auswendig gelernt sein wollen; die Wahrheit lag nun in dem Prozeß des Erkennens selbst, in der langen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft"[38]. In der maoistischen Interpretation werden die Seiten eines Widerspruchs im Sinne verschiedener Mythologien als unversöhnliche, sich überall und grundsätzlich als feindlich gegenüberstehende Prinzipien aufgefaßt, die in einem ewigen Konflikt leben, keinerlei Beziehungen zueinander haben und auch keine Lösung erfahren können. Das Moment ihrer „Einheit" und wissenschaftlich konstatierbaren Bedingtheit wird preisgegeben, ihr „Kampf" verabsolutiert und im Sinne eines Widerstreits entgegengerichteter Urgewalten gefaßt. Entgegen dieser Auffassung betonte Lenin die folgende Strategie in der Bewältigung von Widersprüchen: „Wir haben gelernt, wie und wann man Gegensätze vereinen muß, und was die Hauptsache ist: in unserer Revolution haben wir dreieinhalb Jahre hindurch praktisch wiederholt Gegensätze vereinigt."[39]

[36] Vertieft die revolutionäre große Kritik entfalten. In: Hongqi 1971. Heft 3.
[37] Ebenda.
[38] F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 21. Berlin 1962. S. 267.

Demgegenüber weiß die maoistische „Dialektik" nur zu behaupten, daß die Formel „Spaltung von Eins in Zwei" eine innere Beziehung zum Widerspruchsprinzip hat. Diese wird allerdings von ihren Theoretikern mehr als anmaßend so formuliert: „Die Idee, daß sich die Dinge von einem in zwei spalten, wie sie vom Vorsitzenden Mao vorgetragen wurde, faßt das Gesetz von der Einheit der Gegensätze am tiefsten und klarsten zusammen und erfaßt den Kern der materialistischen Dialektik."[40] Es fällt nicht schwer, einzusehen, daß man mit der formalen Anwendung jener Formel die unsinnigsten Konstellationen zu dialektischen Gegensätzen erklären und zwischen ihnen den Kampf fordern kann. Im gesellschaftlichen Bereich ist damit der subjektivistischen Willkür in der Betrachtung von historischen Prozessen Tür und Tor geöffnet. Da von einem materialistischen Ausgangspunkt bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse nichts mehr übriggeblieben ist, wirkte die maoistische Dialektik als dogmatisch erstarrte Formel, in die ein beliebiger Inhalt hineininterpretiert werden kann. Insbesondere kann jede andere theoretische und politische Konzeption innerhalb des Landes und gegebenenfalls auch in anderen sozialistischen Ländern und den kommunistischen und Arbeiterparteien als reaktionär verurteilt werden, als Theorie, von der man sich konsequent allseitig trennen müsse, weil das Gesetz „Trennung von Eins in Zwei" universell sei und es so verlange. Das innerparteiliche Leben wird demzufolge nicht vom Kampf um die ideologische Einheit, sondern vom subjektivistischen Suchen neuer Konflikte bestimmt, wobei der langwierige Klassenkampf schematisch durch das Postulieren eines ebenso langfristigen „Linienkampfes" in der Partei zum Prinzip ihrer gesamten Tätigkeit erhoben wird. Die innerparteilichen Machtkämpfe im Sinne der Durchsetzung des hegemonistischen Mao-Kurses wurden zum Ausdruck der realen Dialektik erklärt und daraus für die weitere Arbeit folgende „Strategie" entwickelt: „Aber wenn man nun annimmt, daß unsere Reihen von nun an hundertprozentig rein wären und es keinen Linienkampf und keinen ideologischen Kampf mehr gäbe, dann entspricht diese naive Denkweise nicht der materialistischen Dialektik. Nach dem Prinzip des die Dinge spalten sich von einem in zwei, ist die Sauberkeit relativ, die Unsauberkeit absolut."[41]

Um das Bewußtsein der Massen zu stimulieren, wird fortlaufend die „Trennung von Eins in Zwei" als Vorgang hingestellt, der die Entwicklung sowohl der revolutionären Bewegung insgesamt als auch der chinesischen Gesellschaft vorantreibe und unter allen Bedingungen „gut" ist. Natürlich lassen sich ernst zu nehmende ökonomische, kulturelle, wissenschaftliche und politische Tatsachen, die dieser Grundorientierung zutiefst widersprechen, auf die Dauer nicht verheimlichen. Die Entartung des „Kerns der Dialektik" in Form des Prinzips der „Trennung von Eins in Zwei" beweist erneut, wie immanent der Zusammenhang zwischen Dialektikverfälschung und nationalistischer hegemonistischer und bürger-

[39] W. I. Lenin: Über die Gewerkschaften. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 32. Berlin 1961. S. 10.
[40] Vertieft die revolutionäre große Kritik entfalten. In: Hongqi 1971. Heft 3.
[41] Ebenda.

licher Politik ist und daß er auch zutage tritt, falls kommunistische und Arbeiterparteien oder ihre Führer sich von der sozialen Basis des historischen Fortschritts und der Weltanschauung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit lösen. In größeren historischen Zusammenhängen gesehen, ist die Mao-Politik nur ein besonders gravierendes und größte soziale und politische Konflikte auslösendes Beispiel für „ultralinken" Revisionismus. Lenins Charakterisierung des *Wesens* des Revisionismus ist auch für ihn zutreffend: „Außerordentlich breite Schichten jener Klassen, die bei der Formulierung ihrer Aufgaben den Marxismus nicht übergehen können, hatten sich in der vorhergehenden Epoche den Marxismus höchst einseitig und entstellt angeeignet, indem sie sich diese oder jene ‚Losungen', diese oder jene Antworten auf taktische Fragen eingeprägt hatten, *ohne* die marxistischen Kriterien dieser Antworten *begriffen* zu haben ... Die Wiederholung der auswendig gelernten, aber nicht verstandenen, nicht durchdachten ‚Losungen' führte zu einer starken Verbreitung hohler Phrasen, die in der Praxis auf absolut unmarxistische, kleinbürgerliche Strömungen hinausliefen ..."[42]
In den Köpfen der Werktätigen der VR China wecken diese „Prinzipien", die die materialistische Dialektik „am klarsten und in weiterentwickelter Form" zum Ausdruck bringen sollen, die Illusion, mit einfachen Faustregeln tiefgreifende gesellschaftliche Fragen und sehr ernste soziale Probleme lösen zu können.
Im ideologischen Kampf ist Maos „Dialektik" ein ernst zu nehmender Faktor bei der Diskreditierung des Wesens unserer Weltanschauung. Sie kann, würde sie akzeptiert, auch diese oder jene kommunistische Partei davon abhalten, Engels' Hinweis, „daß der Sozialismus, seitdem er eine Wissenschaft geworden, auch wie eine Wissenschaft betrieben, d. h. studiert werden will"[43], bei der Propagierung und Anwendung der materialistischen Dialektik konsequent in die Praxis umzusetzen. Gleichzeitig unternehmen bürgerliche Ideologen den Versuch, die Entstellung des Wesens der marxistischen Dialektik durch die maoistischen Theoretiker zu einem Problem des Denkstils, das an Rassenbesonderheiten gebunden ist, zu machen. So schreibt W. Schilling: „An Stelle des Kausalitätsdenkens bevorzugt der Chinese ein mehr assoziatives Denken, das auf die Koinzidenzbeziehungen der Phänomene gerichtet ist. Daher kann es geschehen, daß ... ohne Absicht und Willen ... der chinesische Ausleger die auszulegenden Objekte anders in sich entfaltet als der europäische."[44] Die Ursachen für die Verfälschung der materialistischen Dialektik mit dem Hinweis auf Interpretationsprobleme ergründen zu wollen, ist hier sicher nicht ernst gemeint. Dahinter steht allerdings, daß der wissenschaftliche und internationalistische Charakter der marxistischen Philosophie als Ganzes erneut in Frage gestellt wird, und, was für jeden Antimarxisten heute schon ein „Erfolg" ist, die Absicht, den Marxismus in den Augen der „Gläubigen" in eine Reihe mit anderen -ismen zu stellen.

* * *

Die Tendenz zur Verabsolutierung des Kampfes der Gegensätze gegenüber ihrer Einheit ist Ausdruck eines subjektivistischen Aktivismus der Mao-Gruppe. Demgegenüber betonte W. I. Lenin wiederholt, daß ein dialektischer Widerspruch als

[42] W. I. Lenin: Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 17. Berlin 1962. S. 27.
[43] F. Engels: Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg". In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 18. Berlin 1962. S. 517.
[44] W. Schilling: Einst Konfuzius – Heute Mao Tse-tung. S. 163 f.

Einheit und Kampf der Gegensätze zu kennzeichnen ist, im Zusammenhang mit der Selbstbewegung und Entwicklung im Wesen der Dinge und Erscheinungen selbst. „Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und das Wechselverhältnis zwischen ihnen." Diese Beziehung selbst kann unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden.
Für die materialistische Dialektik bedeutet *„Einheit* der Gegensätze" zunächst nichts anderes als die gesetzmäßige materielle Bedingtheit und Untrennbarkeit der beiden Seiten innerhalb ein und derselben Qualität. Das schließt ein, daß in ihrem Rahmen eine bestimmte „Kongruenz, Identität, Wirkungsgleichheit" besteht, die zur Folge hat, daß diese Einheit relativ beständig bleibt, d. h. überhaupt eine Zeitlang existenzfähig ist. „Die Einheit der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vergänglich, relativ. Der Kampf der einander ausschließenden Gegensätze ist absolut, wie die Entwicklung, die Bewegung absolut ist."[45] Das kann für denjenigen, der die Grundgesetze der materialistischen Dialektik nicht als Getrenntes, sondern als innere Einheit auffaßt, nur bedeuten: Die relative Einheit charakterisiert die nur relative Stabilität einer gegebenen, qualitativ bestimmten Erscheinung, einer gegebenen Qualität. An einem bestimmten Punkt der Entwicklung werden ihre bisher bestehenden Grenzen durchbrochen, es setzt (bezieht man das auf die gesellschaftliche Entwicklung) eine Periode revolutionärer Umwälzungen ein, in deren Verlauf die bisherigen Widersprüche gelöst werden und ein qualitativ neuer Zustand entsteht. Eine bekannte Darstellung dieser Beziehungen im historischen Prozeß gab Karl Marx in seinem Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie".[46]
Daß der Kampf der Gegensätze absolut ist, schließt nicht aus, daß „der Widerspruch" im Rahmen einer qualitativ neuen Erscheinung – Gesellschaftsordnung – neu gesetzt wird, also eine *qualitativ* neue „Einheit von Gegensätzen" darstellt.

Es steht außer Zweifel, daß die gründliche marxistisch-leninistische Analyse der Entwicklungswidersprüche sowohl des modernen Kapitalismus als auch der verschiedenen Phasen der kommunistischen Gesellschaftsformation eine große und komplizierte, aber wesentliche Aufgabe der kollektiven Kraft aller kommunistischen und Arbeiterparteien ist. Dieser Prozeß schließt mit Notwendigkeit die Forderung ein, sich ständig mit einigen metaphysischen Entstellungen der materialistischen Dialektik auseinanderzusetzen, die in den eigenen Reihen Platz gegriffen haben. Die Geschichte der sozialistischen Länder zeigt, daß der Aufbau des Sozialismus ein komplizierter Prozeß des immer tieferen und umfassenderen Begreifens und des bewußten Gestaltens der sozialistischen Entwicklung ist. Eine wesentliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Philosophen ist es darum, die philosophische Entwicklungstheorie weiterzuführen und auf die Höhe der Erfordernisse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu bringen.[47] Dabei ist klar, daß gesicherte theoretisch-weltanschauliche Positionen nicht aufgegeben werden können, sondern von ihnen ausgehend eine philosophische Verarbeitung der neuen Ergebnisse der Wissenschaften und der praktischen Erfahrungen im Klassenkampf vorzunehmen ist. In diesem Licht wirkt die Verballhornung der materialistischen Dialektik durch die Theoretiker des Maoismus besonders anachro-

[45] W. I. Lenin: Philosophische Hefte. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 339.
[46] K. Marx. Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: K. Marx/F. Engels: Werke. Bd. 13. S. 8 f.
[47] G. Pawelzig: Zur weiteren Ausarbeitung der dialektisch-materialistischen Entwicklungstheorie. In: DZfPh. Heft 12/1969. S. 1438 f.

nistisch. In der maoistischen Version der Dialektik wird ihr Charakter als philosophische Theorie der Entwicklung und des Zusammenhangs überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus betrachten die materialistische Dialektik in erster Linie als philosophische Theorie der Entwicklung, die das Wissen über allgemeine Wesenszüge jedes Entwicklungsprozesses in der objektiven Realität und im menschlichen Denken vermittelt. In diesem Sinn bezeichnet W. I. Lenin die materialistische Dialektik direkt als „die Lehre von der Entwicklung in ihrer vollständigsten, tiefstgehenden und von Einseitigkeit freiesten Gestalt, die Lehre von der Relativität des menschlichen Wissens, das uns eine Widerspiegelung der sich ewig entwickelnden Materie gibt".[48]

Wie jede Theorie besitzt auch die Theorie der materialistischen Dialektik ihre Gesetzesaussagen und Prinzipien, von denen die drei Grundgesetze der Dialektik in ihrer Einheit einen besonderen Platz einnehmen. Sie sind deshalb grundlegend, weil sie das Wesen der dialektisch-materialistischen Entwicklungskonzeption bestimmen. Alle drei sind, ohne die besondere Stellung des Gesetzes von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze in Abrede stellen zu wollen, notwendig und in ihrer Gesamtheit hinreichend für die Charakterisierung der Entwicklungskonzeption des philosophischen Materialismus. Man kann einen Entwicklungsprozeß bei völliger Negierung der beiden anderen Grundgesetze nicht allein durch das Widerspruchsprinzip beschreiben, weil damit das Verhältnis von Evolution und Revolution und die Frage nach der Entwicklungsrichtung außerhalb jeder Betrachtung bleiben. Dem muß aber hinzugefügt werden, daß bei aller Bedeutung aller drei Grundgesetze — in ihrer inneren Einheit gesehen — diese nicht den ganzen Reichtum der philosophischen Entwicklungstheorie auszuschöpfen vermögen. Es existieren noch weitere Gesetze, die zum Teil als Momente der Grundgesetze auftreten und die für eine detailliertere philosophische Analyse von Entwicklungsprozessen unbedingt beachtet werden müssen.

Die methodische Funktion der Dialektik bei der Analyse der durchweg komplexen und komplizierten gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse realisiert sich deshalb immer nur in der *Gesamtheit* ihrer Gesetze, widerspiegelt in bestimmten Prinzipien und Kategorien. Jede Verabsolutierung eines Moments ist schon wegen des willkürlichen Zerreißens des Zusammenhangs im theoretischen Aussagensystem eine Entstellung des Wesens der Theorie und muß in der Anwendung zum Schematismus und damit zum Verlust ihres kritisch-revolutionären Charakters führen. Gerade das ist für die maoistische Dialektik typisch. In ihr wird das Widerspruchsprinzip völlig einseitig aus der Einheit der Grundgesetze und Prinzipien herausgelöst und gleichzeitig von seiner materialistischen Grundlage getrennt, so daß es als „Deus ex machina" gesellschaftliche Prozesse ohne eine wissenschaftliche, d. h. konkret-historische und klassenmäßige Analyse zu regieren scheint. Die zuweilen frappierende Vielfalt Leninscher Zitate zur Dialektik in den theoretischen Arbeiten Maos und allen wissenschaftlich-theoretischen Artikeln maoistischer Theoretiker in den letzten Jahren können nicht verschleiern, daß Lenins *materialistische Grundposition* zur Dialektik als der philosophischen Theorie und Methode wissenschaftlicher Erkenntnis *und* praktisch-revolutionärer Veränderung der Wirklichkeit nicht wiedergegeben und erst recht nicht verstanden worden ist. Sie findet

[48] W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 19. Berlin 1962. S. 4 f.

bekanntlich ihren konzentrierten Ausdruck in der Formulierung der 16 Elemente der Dialektik im philosophischen Nachlaß.[49]

Die maoistische Dialektik ist nicht philosophische Erkenntnismethode und kritisch-revolutionäre Anleitung zum Handeln, sondern kategoriales, ausschließlich utilitaristisch ausgerichtetes Instrumentarium zur theoretischen Rechtfertigung einer bürgerlichen und großmachtchauvinistischen Politik. Im Interesse dieser Politik werden „Theoretische Thesen" entwickelt, denen zufolge die Hauptwidersprüche der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt nicht auf der Ebene des Kampfes zwischen dem Sozialismus im Weltmaßstab und dem Weltimperialismus, sondern auf der Linie „der beiden Supermächte" und der übrigen Länder oder von „Weltstadt" und „Weltdorf" liegen. Lenin aber fordert schon im ersten seiner „Elemente" als methodische Konsequenz materialistischer Betrachtungsweisen „die *Objektivität* der Betrachtungen (nicht Beispiele, nicht Abschweifungen, sondern das Ding an sich selbst)".[50] Die angeführten Begriffe der Maoisten, mit deren Hilfe eine Widerspruchsdialektik im Dienste einer bürgerlichen Großmachtpolitik konstruiert wird, sind leere und unwissenschaftliche Abstraktionen, weil sie nicht auf der Grundlage einer Analyse des „Dinges an sich selbst" entstanden sind und den Grundauffassungen des historischen Materialismus diametral entgegenstehen. Sie ignorieren die historisch bestimmende Existenz von Klassen und des Klassenkampfes und entstellen grundlegend die Klassennatur des sozialistischen Staates.

Der Begriff der wissenschaftlichen Objektivität bei der Analyse des gesellschaftlichen Geschehens schließt unbedingt die Analyse des gegenseitigen Verhältnisses der Klassen ein. Das folgt vor allem daraus, daß der objektive Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung jeder in Klassen aufgeteilten Gesellschaft vor allem aus dem gegenseitigen Verhältnis derselben, aus ihrer Einstellung zu dieser oder jener historisch herangereiften Aufgabe und aus dem Kampf bzw. dem Verhältnis zwischen ihnen bei der Lösung dieser Aufgaben resultiert. Der historisch bestimmte, an eine jeweils konkrete historische Gesellschaftsformation gebundene Charakter der Klassen und des Klassenkampfes, der die weitere geschichtliche Entwicklung in der Klassengesellschaft wesentlich bestimmt, darf jedoch nicht einfach als Fakt „postuliert" werden — das tat die bürgerliche Geschichtsschreibung z. T. schon vor Marx —, sondern ist als Ergebnis des Wirkens der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, Produktionsverhältnisse, zu sehen und im Detail nachzuweisen. Wenn das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft den dort bestehenden Klassengegensatz und damit auch die ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die Verteilung des gesellschaftlichen Eigentums, Reichtums usw. ständig und erweitert reproduziert, so reproduziert es auch den Antagonismus und die entgegengesetzten Klasseninteressen von Bourgeoisie und Proletariat. Die Bereicherung und Zunahme der Macht der einen Klasse führt mit Notwendigkeit zur zunehmenden Armut, Verelendung, Unterdrückung der anderen (wobei es wechselnde Situationen und wechselnde „Taktiken" der herrschenden Klasse geben kann). Andere Beziehungen bestehen auf der Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse. Jeder ökonomische Fortschritt setzt sich in zunehmenden *gesellschaftlichen* Reichtum um, der, je nach historischen Erfordernissen auf verschiedene Schichten und Klassen differenziert verteilt,

[49] W. I. Lenin: Konspekt zur Wissenschaft der Logik. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 38. S. 212 f.
[50] Ebenda: S. 212.

letzten Endes doch *allen* Werktätigen zugute kommt. Die Produktions- und Eigentumsverhältnisse bestimmen die Verteilungsverhältnisse, und jede bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität schafft größere Möglichkeiten für alle Werktätigen, unter der Führung der Arbeiterklasse an der Gestaltung und Leitung der Produktion, der Ausübung der Staatsmacht, dem kulturellen Leben teilzunehmen. Unter diesen Voraussetzungen existieren zwar ebenfalls Widersprüche, die bewußt zu lösen sind, sie können sich aber keinesfalls zum Antagonismus entwickeln. Die Konflikte, die auch unter derartigen gesellschaftlichen Verhältnissen entstehen können, sind grundsätzlich anderer Natur als in der Klassengesellschaft, sind durch gemeinsame Arbeit lösbar. Es ist zwar möglich, daß durch subjektive Fehler Konfliktsituationen entstehen, doch ist das im Sozialismus nicht gesetzmäßig. Umgekehrt erwachsen sie in der Regel dann, wenn bestimmte in der sozialistischen Gesellschaft objektiv wirkende Gesetze nicht beachtet, nicht eingehalten, bewußt oder unbewußt verletzt werden.

Die maoistischen Begriffe im Rahmen ihrer klassenindifferenten Widerspruchsdialektik lenken demgegenüber bewußt vom konkreten Klasseninhalt der sozialen Erscheinungen ab. Sie entstellen damit auch den antagonistischen Klassengegensatz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten und stoßen damit das Bewußtsein breitester Volksmassen auf die Bahn eines reaktionären Nationalismus. Hier gilt es, zwischen revolutionärer Phrase und wissenschaftlich fundierter These, die das Handeln der Volksmassen für den gesellschaftlichen Fortschritt orientiert und mobilisiert, klar unterscheiden. „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die *Interessen* dieser oder jener Klassen zu suchen", schrieb Lenin.[51]

* * *

Gerade die Forderung nach einer ihrem Wesen adäquaten Anwendung der materialistischen Dialektik im ganzen und seines Kerns bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse widerspricht die auf dem IX. Parteitag der KPCh im April 1969 dargelegte Konzeption von den vier großen Widersprüchen in der Welt von heute. Diese stellen sich in den Materialien des Parteitages wie folgt dar: *Erstens* gibt es Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus (das ist die maoistische Bezeichnung für die Sowjetunion – G. K./E. Th.) andererseits. *Zweitens* existieren die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern (damit sind alle sozialistischen Länder gemeint, die den Maoismus entlarven – G. K./E. Th.). *Drittens* gibt es Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und dem sozialimperialistischen Land, zwischen den imperialistischen Ländern selbst. *Viertens* existieren die Widersprüche zwischen den sozialistischen Ländern (damit sind aber nur alle den Mao-Kurs unterstützenden sozialistischen Staaten gemeint – G. K./E. Th.) einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits.

Es ist unschwer zu erkennen, daß diese Widersprüche keine Widerspiegelungen wesentlicher Zusammenhänge der widersprüchlich verlaufenden objektiven gesellschaftlichen Prozesse in der gegenwärtigen Welt sind, sondern die Grundlage einer subjektivistisch grundorientierten Politik abgeben sollen: Dabei wird für die dazu notwendige Bewußtseinsentwicklung der Werktätigen, vor allem in der VR China selbst, die verbale und rein äußerliche Ähnlichkeit mit der materialistischen Dialektik ausgenutzt. Der Grundwiderspruch unserer Epoche taucht, unter weitgehender Zurücknahme früher noch eingenommener Positionen, nun in dieser „Systematisierung" von großen Widersprüchen gar nicht mehr auf. Überhaupt sind bei der Fixierung jener maoistischen Widersprüche objektive Klassenkriterien, die z. B. in der Anerkennung der Existenz von antagonistischen und nichtantagonistischen Widersprüchen zum Ausdruck kommen, völlig ausgeschaltet.

Die mit jenen Formulierungen verbundenen politischen Zielsetzungen im außenpolitischen Pragmatismus sind offenkundig, und sie haben auch vor allen dieses Ziel, nur sollen sie es dem Schein nach dialektisch-materialistisch begründen. Mit der ersten Gruppe von Formulierungen soll die Gleichstellung der imperialistischen Staaten mit der Sowjetunion begründet werden. Die beiden, einander in Wirklichkeit antagonistisch gegenüberstehenden Systeme werden damit zum Feind der nationalen Befreiungsbewegung erklärt. Die Maoisten spekulieren dabei vor allem auf die realen Interessen der Völker der „dritten Welt"; diese sollen sich dem Einfluß der Mao-Clique unterwerfen und damit den hegemonistischen Zielen der Maoisten dienen. Wie umfangreich dieses Programm in der Praxis der Außenpolitik Maos in den letzten Jahren angelegt war, ist in ersten Umrissen durch sowjetische Wissenschaftler analysiert worden.[52] Die Konstruktion der zweiten Gruppe von Widersprüchen war für die Maoisten notwendig, um den unversöhnlichen Antagonismus auch für die sozialistischen Länder zu behaupten, um ihre Spekulationen auf konterrevolutionäre Prozesse in den sozialistischen Ländern zu „begründen". Die dritte Formulierung stellt ausdrücklich die Widersprüche zwischen imperialistischen Staaten in eine Reihe mit denjenigen zwischen den imperialistischen Ländern und der Sowjetunion. Damit wird der Hauptwiderspruch, der Klassenantagonismus zwischen den zwei entgegengesetzen sozialen Systemen, negiert. Gerade mit dieser Formulierung geht der IX. Parteitag von der Position des Abweichens vom Marxismus-Leninismus zum Aufbau einer grundsätzlich antimarxistisch angelegten Gegenposition über, wie u. a. der Vergleich der Widerspruchsanalyse von 1963[53] und der oben zitierten von 1969 zeigt.

Die vierte Formulierung soll offensichtlich zum Ausdruck bringen, daß zwischen China und dem Imperialismus Gegensätze gleicher „Rangordnung" wie zwischen China und der Sowjetunion sowie den übrigen sozialistischen Ländern bestehen: Beide werden bar jeder Klassenanalyse als unversöhnliche Gegensätze deklariert.

Obwohl hier nicht der Ort ist, auf die Analyse der Widersprüche, so wie sie von der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 gegeben wurde, differenziert einzugehen, ist der Hinweis auf deren konkret-historischen Charakter notwendig: *Alle in diesem Zusammenhang analysierten Widersprüche stellen Triebkräfte des realen historischen Prozesses in seiner ganzen Vielschichtigkeit und realen klassenmäßigen Determiniertheit dar.*[54] Ihre Lösung vollzieht sich nicht auf

[51] W. I. Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 19. S. 8.

[52] Der Kampf der chinesischen Führer für die Hegemonie in der revolutionären Bewegung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In: Die Außenpolitik der VR China. Berlin 1971. S. 91–127.

[53] Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung. Abschnitt IV. In: Neues Deutschland vom 15. Juli 1963.

[54] Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. S. 21–23.

der Grundlage apriorischer Ideen von Politikern, nicht im subjektivistischen Wollen eines hegemonistisch ausgerichteten Kurses, sondern auf der Grundlage der Bedingungen objektiver Realität. Dabei wird das System der Widersprüche im modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus zweifelsohne von der Entwicklung des Grundwiderspruchs unserer Epoche mitbestimmt. Obwohl es keine schablonenhaften Wege zur sozialen Befreiung der vom Kapital unterdrückten Massen gibt, besteht die Tatsache, daß die *objektiven Möglichkeiten* der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten vor allem unter dem wachsenden Einfluß des realen und ständig erstarkenden Weltsozialismus für den Vormarsch größer geworden sind. Die im Moskauer Dokument festgestellte Vertiefung des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus[55] schlägt sich innerhalb des Imperialismus darin nieder, daß die Kluft zwischen den Monopolen und den breiten Volksmassen immer tiefer wird. So bringt die schrittweise und konkrete Lösung des Grundwiderspruchs den Fortschritt und Sozialismus im Weltmaßstab voran; die auf die Lösung jener Pseudowidersprüche gerichtete Politik des Mao-Kurses spielt hingegen eine theoretisch und praktisch destruktive und den Imperialismus unterstützende Rolle. Die These von den „vier großen Widersprüchen" ist eine der ernsthaftesten revisionistischen Entstellungen der Dialektik der gesellschaftlichen Entwicklung der Gegenwart; sie liefert nicht nur allen mit dieser Frage beschäftigten Ideologen des Imperialismus, wie Burnham, Djilas und Galbraith, neue Ansatzpunkte für ihre bürgerlichen Gesellschaftskonzeptionen, sondern desorientiert auch den komplizierten Formierungsprozeß der Klassenkräfte gegen Neokolonialismus und Imperialismus. Auf Maos „Widerspruchsdialektik" der gesellschaftlichen Entwicklung im Rahmen des realen politischen Prozesses trifft die allgemeine Charakteristik des Linksopportunismus zu, wie sie in Moskau 1969 gegeben und akzeptiert wurde: „Die ‚Links'opportunisten, die sich mit ultrarevolutionären Phrasen tarnen, drängen die Massen zu abenteuerlichen Aktionen und die Partei auf einen sektiererischen Weg, der ihre Fähigkeit lähmt, die Kämpfer gegen den Imperialismus zusammenzuschließen."[56] Dem entspricht die von den Maoisten proklamierte „Theorie" der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes auch nach der Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse und der „wesentlichen Vollendung der sozialistischen Umgestaltung"[57], der „permanenten Revolution". Es klingt merkwürdig, wenn auf der einen Seite vom sozialökonomischen Sieg des Sozialismus, auf der anderen vom Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat „auf Leben und Tod"[58] die Rede ist. Die Praxis dieser These zeigt, daß es in Wirklichkeit darum geht, jegliche Opposition gegen die Mao-Gruppe, bis zur physischen Vernichtung, zu liquidieren. An der gleichen Stelle ist die Rede sinngemäß davon, daß es schwierig sei, Freunde und Feinde zu unterscheiden. Faktisch erhält hier eine alte trotzkistische „Theorie" eine Neuauflage, ein Umstand, der von westeuropäischen „Ultralinken" bereits konstatiert worden ist.[59]

Das theoretische Dilemma hat seinen philosophisch-weltanschaulichen Hintergrund in der subjektivistischen Auffassung gesellschaftlicher Gegensätze und Klassengegensätze überhaupt, in der primär nach der Meinung und dem Denken der

[55] Vgl.: Ebenda: S. 13.
[56] Ebenda: S. 194.
[57] Bericht an den IX. Parteitag der KPCh. S. 14 f.
[58] Ebenda: S. 45–47.
[59] E. Masi: Die chinesische Herausforderung. (West-)Berlin 1970.

Menschen und nicht nach ihrer objektiven Klassenlage gefragt wird. In einer Arbeit Maos aus dem Jahre 1926 wird die Frage nach Freunden und Feinden der Revolution noch mit der ökonomischen Lage der Klassen in Verbindung gebracht[60], in einer späteren Arbeit werden die Klassengegensätze schon auf eine politische Freund-Feind-Dialektik zugespitzt, gemäß der formalen Begriffsdialektik, die bereits an anderer Stelle charakterisiert wurde[61]. Was gegenwärtig proklamiert wird, ist ein rein subjektiv, politisch und ideologisch definierter „Klassenbegriff", der nichts mehr mit dem marxistisch-leninistischen Begriff gemein hat, sondern auf den bürgerlichen Begriff der sozialen Schichtung hinausläuft[62].

Der „Kampf der Gegensätze" wird in der Praxis verabsolutiert, aber nicht als objektiver dialektischer Widerspruch, der seinen Reflex im Bewußtsein findet, sondern als Widerspruch innerhalb der Sphäre des gesellschaftlichen Bewußtseins.

Eine eigenartige „Dialektik" der Maoisten wird hier sichtbar: der Versuch, durch einen Appell an das Bewußtsein der Menschen, ohne die dazu notwendigen ökonomischen Bedingungen zu einer Art bäuerlichen Gemeinwirtschaft zu gelangen, die als Kommunismus bezeichnet wird, der „große Sprung" ist gescheitert. Die Reaktion darauf war der Versuch, dies durch „Klassenkampf im Sozialismus" zu erklären, auf der Grundlage einer rein subjektiven Bestimmung des Klassengegensatzes, ergänzt durch eine entsprechende Mobilisierung des Überbaus. Die klarer blickenden Kräfte innerhalb der KPCh, die, wie der VIII. Parteitag der KPCh auswies, gerade die ökonomische Situation verändern wollten, wurden auf dem Wege des Fraktionskampfes, mit Hilfe staatlicher Gewalt und der Mobilisierung vorwiegend kleinbürgerlicher Kräfte, durch einen bonapartistischen Coup (die sogenannte Kulturrevolution) von der politischen Arena verdrängt.

Die Überbetonung der Besonderheit der Widersprüche gegenüber ihrer Allgemeinheit war eines der ersten philosophisch-theoretischen Symptome des „besonderen chinesischen Weges", einer nationalistischen Entstellung der marxistisch-leninistischen Theorie; die Realität des heutigen „ultralinken" nationalistischen Revisionismus der Mao-Gruppe ist der endgültige faktische, wenn auch nicht offen zugegebene Bruch mit der marxistisch-leninistischen Theorie und Politik: die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, die Errichtung einer militär-bürokratischen Diktatur, offene Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und der konsequent marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterbewegung, nicht mehr zu verhüllendes Paktieren mit dem Imperialismus. Der Maoismus ist eine der gefährlichsten Erscheinungen gegenüber der kommunistischen und antiimperialistischen Bewegung, die ideologisch bekämpft werden muß und auf keinen Fall unterschätzt werden darf. Dennoch wirken die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung gegen sie, und auf die Dauer ist bisher jede revisionistische Strömung an ihnen gescheitert. Das offenbart sich nicht zuletzt an den negativen Auswirkungen der maoistischen, subjektivistisch und voluntarisch motivierten Politik in China selbst.

Wenn hier von der Entstellung der materialistischen Dialektik durch den Maoismus die Rede war, so ist damit nur *eine* Seite der Sache dargestellt. Die maoistische Verfälschung des Marxismus-Leninismus umfaßt jedoch nicht nur dessen gesamte Philosophie, sondern den gesamten Bereich der Theorie, von der Ge-

[60] Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Bd. 1. S. 11.
[61] Mao Tse-tung: Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke. Berlin 1957.
[62] E. Masi: Die chinesische Herausforderung.

schichts- und Gesellschaftsauffassung bis zur Theorie des Staates und der sozialistischen Revolution. Weitere Untersuchungen sind daher dringend notwendig. Dennoch zeigt gerade die Analyse der philosophischen Interpretation der materialistischen Dialektik durch den Maoismus dessen anachronistischen, reaktionären, der Wirklichkeit widersprechenden Inhalt. Die „verstärkte ideologische Auseinandersetzung mit dem Maoismus", unterstrich Kurt Hager, ist daher „eine wesentliche Bedingung für die Festigung der Einheit aller revolutionären Kräfte im antiimperialistischen Kampf".[63]

Nachdruck aus: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 10, 20. Jahrgang, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972.

[63] K. Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Berlin 1971. S. 68.

Internationaler Klassenkampf

INHALTSVERZEICHNIS

180 Seiten DM 5,–
facit-Reihe 5

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Alle Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"

E. Hexelschneider

Friedliche Koexistenz und europäische Sicherheitskonferenz

Im Kampf um die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems kommt der geplanten europäischen Sicherheitskonferenz größte Bedeutung zu. Der koordinierte Kampf, den die sozialistische Staatengemeinschaft um die Durchführung einer solchen Zusammenkunft führt, soll Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent festigen und eine bessere Zusammenarbeit aller Länder garantieren. Aus diesem Grunde wurden allen interessierten Staaten im „Memorandum der Budapester Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" vom Juni 1970 folgende Fragen zur Erörterung auf der europäischen Sicherheitskonferenz unterbreitet:

- „Gewährleistung der europäischen Sicherheit und Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten;
- Erweiterung gleichberechtigter Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft, *der Wissenschaft, Technik und Kultur* mit dem Ziel der Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten;
- Bildung eines Organs der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der gesamteuropäischen Konferenz."[1]

In diesem Entwurf einer Tagesordnung sind im Grunde alle jene Fragen und Probleme zur Diskussion gestellt worden, die unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in der Welt und der direkten Konfrontation von Imperialismus und Sozialismus auf dem europäischen Kontinent heute lösbar sind. Zugleich bezeugt die Tagesordnung den Friedenswillen und die Kompromißbereitschaft der sozialistischen Staatengemeinschaft, indem bereits hier jene Punkte gefunden und hervorgehoben werden, die den vielfältigen Interessen *aller* Staaten Rechnung tragen, mehr noch: durch die sie ganz konkret am Zustandekommen einer gesamteuropäischen Konferenz interessiert werden. Das betrifft insbesondere die unter Punkt 2 zusammengefaßten Ideen, die – wie ein Vergleich mit der ursprünglich von der Prager Außenministerkonferenz 1969 vorgeschlagenen Tagesordnung zeigt – eine von nichtsozialistischen Staaten in verschiedener Form gewünschte Erweiterung erfahren haben. Auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU nannte Alexej N. Kossygin einige konkrete Probleme, die nach sowjetischer Auffassung auf einer europäischen Sicherheitskonferenz zur Sprache kommen könnten: Organisation des transkontinentalen Güterverkehrs, Schaffung eines einheitlichen europäischen Energieverbundnetzes, Umweltschutz usw. Eine erfolgreiche Sicherheitskonferenz würde günstige Bedingungen für die Lösung dieser und anderer Fragen des menschlichen Zusammenlebens schaffen. So würde die Beratung „das Vertrauen in Europa festigen und einen Weg zu einer umfassenden

[1] dokumentation der zeit, H. 16, 1970, S. 30 (Hervorhebung – E. H.).

ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bahnen."[2] Insgesamt sind – wie die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin am 2. Dezember 1970 feststellen konnte – Tagesordnung und Teilnehmerkreis im wesentlichen umrissen.[3] Die Vorbereitung der Konferenz verlagert sich immer mehr auf die Ebene der praktischen Politik.

In der folgenden Darstellung geht es uns vor allem um die Behandlung einiger sich daraus ergebender theoretischer Probleme, insbesondere um die zwischenstaatlichen Beziehungen im Bereich der Wissenschaft, Technik und vornehmlich der Kultur.

Bereits aus der vorgeschlagenen Formulierung des Punktes 2 lassen sich wesentliche Momente erkennen, die den Vorschlägen der europäischen sozialistischen Staaten konzeptionell zugrunde liegen.

Anliegen einerseits ist die *Erweiterung* bereits bestehender Beziehungen auf *Haupt*gebieten des menschlichen Zusammenlebens. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie Kulturaustausch mit seinen vielen Verästelungen bis hin zum Sport sind aber nicht Selbstzweck, sondern dem Ziel untergeordnet, die *politische* Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu fördern und zu entwickeln. Anders ausgedrückt: die großen Bereiche der vielseitigen zwischenstaatlichen Beziehungen stellen nicht irgendein „Lockmittel" dar, sondern stehen in untrennbarem Zusammenhang mit Punkt 1 des Entwurfs der Tagesordnung, der nach politischer Sicherung des Friedens über den Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung im europäischen Raum strebt. Politische Zusammenarbeit als Ziel der Beziehungen im wirtschaftlichen, technisch-wissenschaftlichen und geistig-kulturellen Bereich bedeutet aber aus sozialistischer Sicht nichts anderes als friedliche Koexistenz, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und Entwicklung normaler, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen. So sind Sicherheit und Koexistenz der Rahmen und die Voraussetzung für die Beziehungen zwischen Staaten, in denen sozialistische bzw. imperialistische Gesellschaftsverhältnisse bestehen.

Andererseits werden diese Beziehungen im Zeichen der *Gleichberechtigung* gesehen, also jenseits aller Diskriminierungen. Jeder Staat, auch die Deutsche Demokratische Republik, muß das gleiche Recht und die gleiche Möglichkeit besitzen, an der gesamteuropäischen Zusammenarbeit teilzunehmen. Gleichberechtigung bedeutet in diesem Fall, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung auf das Leben der Völker anzuwenden. Sie bedeutet jedoch nicht Verzicht auf den Kampf der Ideen, auf den ideologischen Klassenkampf gegen die imperialistische Ideologie im Sinne eines falsch verstandenen friedlichen Nebeneinanderlebens von bürgerlichen und sozialistischen Ideen, von „ideologischer Koexistenz".

Es bedeutet vielmehr entschiedene Auseinandersetzung mit allen Versuchen, den Kultur- und Wissenschaftsaustausch, den Handel und die Wirtschaftsbeziehungen

[2] Kossygin, A. N., Die Direktiven des XXIV. Parteitages der KPdSU zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1971 bis 1975, Moskau 1971, S. 75.

[3] Vgl. Erklärung zu Fragen der Festigung der Sicherheit und Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa, in: dokumentation der zeit, H. 3, 1971, S. 4.

für diversive imperialistische Zwecke zu mißbrauchen und die Weiterentwicklung des Sozialismus zu stören.[4]

Es gehört zu den Wesenseigenheiten des Sozialismus, daß er die humanistischen, progressiven und demokratischen Kulturgüter der ganzen Menschheit in sich aufnimmt und schöpferisch verarbeitet. Die sozialistische Kultur ist ihrem Wesen nach weltoffen und strebt nach wechselseitigem Austausch, gegenseitiger Befruchtung und schöpferischen Wechselbeziehungen. Die besten Leistungen des menschlichen Geistes sind Gemeingut der Menschheit; sie allen in ihrer wahren Bedeutung zugänglich zu machen, ist erst im Sozialismus möglich. Es sind vor allem folgende Motive, die die sozialistischen Staaten zu den ersten Fürsprechern für einen umfassenden Kulturaustausch machen:

- das Streben nach gegenseitigem Kennenlernen der Völker untereinander;
- das Bemühen um schöpferische Verarbeitung der humanistischen und demokratischen Traditionen in der sozialistischen Weltkultur;
- die Erkenntnis, daß die Leistungen humanistischer Künstler aus imperialistischen Staaten erst im Sozialismus ihre wahre Heimstatt und ihre echte Würdigung finden;
- das Ziel, die Ausstrahlungskraft der sozialistisch-realistischen Kunst als einer Kunst des realen Humanismus und damit der sozialistischen Ideenwelt zu vergrößern und den heute noch kapitalistischen Ländern zu beweisen, wie groß die kulturschöpferische Leistung der befreiten Arbeiterklasse sein kann.

Insofern ist der Kulturaustausch kein isolierter Bereich jenseits der großen Klassenauseinandersetzungen zwischen Sozialismus und Imperialismus; er ordnet sich vielmehr an einer ganz wesentlichen Stelle in die Systemauseinandersetzung ein. Der Austausch kultureller Güter in dem breiten Umfang, wie er heute üblich ist, ist deshalb nur als Bestandteil des heftigen politisch-ideologischen Klassenkampfes zu begreifen, der sich auch und gerade im kulturell-künstlerischen Bereich abspielt. Friedliche Koexistenz-Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im politischen Bereich führen im allgemeinen auch zur Entstehung und Erweiterung von zwischenstaatlichen Beziehungen in den Bereichen, wo „friedliche Koexistenz" prinzipiell unmöglich ist: Ideologie, Kultur, Wissenschaft. Der kulturelle und wissenschaftliche Austausch zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten nimmt tatsächlich an Umfang und Bedeutung zu. Es muß also untersucht werden, wie sich – bei prinzipieller Unversöhnlichkeit von sozialistischer und bürgerlicher Ideologie – der Klassenkampf in diesen Bereichen heute vollzieht. Dabei ist sowohl die Anpassungsstrategie des Imperialismus in Rechnung zu stellen, als auch die von Wladimir Iljitsch Lenin formulierte Theorie von den zwei Kulturen zu berücksichtigen.

Kulturaustausch und Lenins Lehre von den zwei Kulturen

Lenins Theorie von den zwei Kulturen im bürgerlichen Klassenstaat gilt heute um so mehr, als es sozialistische und imperialistische Staaten gibt. Während sich in den sozialistischen Staaten Kunst und Literatur unter Aufhebung aller progressiven Leistungen der Vergangenheit entwickeln und zur sozialistisch-realistischen Kunst, die sich durch Parteilichkeit und Volksverbundenheit auszeichnet, erhoben haben,

[4] Vgl. Tunkin, G., Dwa naprawlenija w mirowoj politike i mirnoje sosuschtschestwowanije, in: Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje, H. 2, 1971, S. 3 ff.

existieren in den kapitalistischen Staaten Europas zwei Kulturen: die imperialistische Herrschaftskultur mit ihren zwei Varianten (der am meisten verbreiteten Massen- oder Trivialkultur und der für die Elite bestimmten bürgerlichen Repräsentativkunst) und die Ansätze einer antiimperialistisch-demokratischen Kultur. Die Polarisierung der beiden einander unversöhnlich gegenüberstehenden Kulturen im bürgerlichen Staat könnte zu der Schlußfolgerung führen, die sozialistische Politik des Kulturaustausches dürfe sich nur – soweit es sich um „Übernahmen" aus dem bürgerlichen Lager handelt – der antiimperialistisch-demokratischen Kultur zuwenden. Das ist insoweit richtig, als die Ansätze dieser Kultur tatsächlich der sozialistischen Kunst nahekommen, ohne selbst immer in ihrem Ideengehalt sozialistisch zu sein. Die Förderung dieser Kultur (beispielsweise durch verlegerische Initiativen) zählt darum durchaus zu den Aspekten eines sozialistischen, internationalistischen Kulturaustausches. Dennoch wäre diese Haltung allein sektiererisch und würde eine außerordentliche Einengung des Kulturaustausches bedeuten, weil es sich hier zunächst noch um quantitativ (im Vergleich zum bürgerlichen Kulturbetrieb) geringfügige, wenn auch inhaltlich oft bemerkenswerte Ansätze handelt, die keine staatliche Unterstützung genießen. Daß seitens der imperialistischen BRD-Regierung versucht wird, auch diese Kultur in das allgemeine Konzept ihrer auswärtigen Kulturpolitik einzupassen, steht auf einem anderen Blatt.[5]

Andererseits sprechen wir aber zu Recht von der Unversöhnlichkeit zwischen sozialistischer Kultur und imperialistischer Herrschaftskultur und der unbedingt notwendigen Abgrenzung von dieser imperialistischen Unkultur. Tatsächlich kann es zwischen der humanistischen Kunst des sozialistischen Realismus und der menschenverachtenden „Kunst" der Groschenhefte und Heimatschnulzen keine Gemeinsamkeiten, keinen Austausch geben. Das schließt nicht aus, daß – aus verschiedenen Gründen, die hier nicht im einzelnen erörtert werden können – gelegentlich auch imperialistische Kulturerzeugnisse über den staatlichen Kulturaustausch (beispielsweise Filme, Schlager und ähnliches) in sozialistischen Ländern auftreten, ganz zu schweigen von jenem Netz imperialistischer Sender und Fernsehstationen, die pausenlos gezielte Programme zum „Anlocken" eines sozialistischen Publikums in diese Staaten hineinstrahlen.

Dennoch gibt es innerhalb der imperialistischen Herrschaftskultur Bereiche, die Bestandteil eines Kulturaustausches zwischen Sozialismus und Imperialismus sein können und tatsächlich auch sind. Dazu zählen: Folklore, das künstlerische Erbe der Vergangenheit, bedeutende gesellschaftskritische, antiimperialistische, ihrem Wesen nach bürgerliche Kulturleistungen der Gegenwart. Dabei ist zu beachten, daß gerade künstlerische Leistungen der Gegenwart in sozialistischer Umgebung grundsätzlich anders aufgenommen werden können als in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Umgekehrt wirken selbst Werke des klassischen Erbes in sozialistischer Interpretation im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem plötzlich revolutionierend, finden eine ganz andere Resonanz als im eigenen Land. Beispiele hierfür gibt es in jüngster Zeit mehr als genug. Es genügt, an Gastspiele von DDR-Theatern in der BRD in Stücken von Goethe oder Gorki zu erinnern, die als Aufruf zur Besinnung auf die eigene Kraft, als Appell zur Gewinnung eines revolutionären Stand-

[5] Vgl. dazu den Protest der progressiven Kulturzeitschrift „kürbiskern": An die Schriftstellerverbände der Rumänischen und Jugoslawischen Volksrepublik, in: kürbiskern, H. 3, 1969, S. 566 bis 570.

punktes aufgefaßt wurden. Umgekehrt finden die Werke eines Martin Walser oder Hans Magnus Enzensberger, die nach dem Willen der Regierenden in Bonn als „Vorzeigeidioten" (so Heinrich Böll) in das imperialistische System integriert werden sollen, unter sozialistischen Verhältnissen eine völlig andere Aufnahme. Ihre Kritik am Imperialismus – die von den herrschenden Kreisen in der BRD als demokratisches Alibi einer „pluralistischen Gesellschaft" eingeplant ist – wird (was auch den subjektiven Intentionen dieser Künstler entspricht) in ihrem echten, ursprünglichen Sinn begriffen: als Absage an die menschenzerstörende Kraft eines verfaulenden Gesellschaftssystems, als Sehnsucht nach einer Welt der Freiheit und des Humanismus.

Die notwendigerweise hier nur knappe Darstellung dieser Problematik[6] macht deutlich, daß Kulturaustausch für die sozialistischen Staaten keine taktische Losung ist. Kulturaustausch ist vielmehr Lebensbedürfnis im Sozialismus, weil dieser sowohl neue sozialistische Verhaltensweisen fördern hilft, zugleich aber auch humanistischen Künstlern in ihrer Auseinandersetzung mit dem Imperialismus indirekt Kraft und Zuversicht vermittelt.

Der Kulturaustausch im Konzept der Bonner Ostpolitik

Demgegenüber verfolgt die imperialistische Bourgeoisie, wenn sie Fragen des Kulturaustausches behandelt, grundsätzlich andere Ziele, insbesondere in bezug auf die sozialistischen Staaten. Das wird deutlich, sobald man die Absichten der auswärtigen Kulturpolitik der BRD gegenüber den sozialistischen Staaten Europas genauer untersucht. Bekanntlich nehmen die Fragen des Kulturaustausches in der Ostpolitik der Bonner Regierung einen immer größeren Raum ein.

Das hängt unter anderem mit folgenden Umständen zusammen:

1. Der Imperialismus befindet sich historisch in der Defensive. Er kann das sich weiter zugunsten des Sozialismus verschiebende Kräfteverhältnis in der Welt nicht mehr generell mit Waffengewalt verändern und mußte deshalb – unter dem Druck des Sozialismus und in Änderung seiner Taktik – im ökonomischen und geistig-kulturellen Bereich die sozialistische Herausforderung annehmen.
2. Die geistige Auseinandersetzung zwischen den immer stärker an Anziehungskraft gewinnenden und auf die Volksmassen ausstrahlenden Ideen des Marxismus-Leninismus und den bürgerlichen, sozialdemokratischen und revisionistischen Ideen der verschiedensten Schattierungen nimmt an Härte wie Umfang als Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen zu. Deshalb räumt der Imperialismus, sich der veränderten Situation anpassend, im System der psychologischen Kriegsführung und der ideologischen Diversion Kunst und Kultur und den entsprechenden Theorien einen wichtigen Platz ein.
3. Das zunehmende Gewicht und die große Anziehungskraft der sozialistisch-realistischen Kunst zwingen den Imperialismus, die Wirkung dieser Kunst, die die Alternative des realen Humanismus gegen die imperialistische Verfallskultur bildet, zu paralysieren. Er ist seinerseits um die Schaffung einer kulturpolitischen Strate-

[6] Auf die andere Seite dieses Problems, auf die notwendigerweise zu verstärkende Tendenz zur kulturellen Integration innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft macht insbesondere John aufmerksam (Vgl. John, E., Die Leninsche Theorie der zwei Kulturen ihre schöpferische Anwendung und theoretische Weiterentwicklung in der Kulturpolitik der SED und der Regierung der DDR, in: Lenin und die Wissenschaft, Bd. I, Berlin 1970, S. 351 ff.).

gie gegen die sozialistische Kultur, insbesondere gegen den sozialistischen Realismus und dessen Menschenbild bemüht.
4. Die Rolle der elektronischen Massenmedien wächst. Mit ihren bereits heute ganze Erdteile erreichenden Sendefrequenzen werden sie als Träger von Ideologien wirksam und tragen diese Ideen immer mehr auch in kulturell-künstlerischer Form vor.

Daraus folgt, daß Kultur heute ein strategischer Hauptabschnitt des politisch-ideologischen Klassenkampfes geworden ist. Die Beschäftigung mit der Lenkung und Leitung der Bonner auswärtigen Kulturpolitik ist deshalb längst nicht mehr Sache weniger Spezialisten der BRD oder Angelegenheit einzelner Ressorts in verschiedenen Ministerien. Sie ist vielmehr Bestandteil der allgemeinen Regierungspolitik der BRD, unterliegt zentralen Richtlinien und weckt heftige Diskussionen bis in den Bundestag hinein.

Die auswärtige Kulturpolitik der BRD wird seit langem von führenden Bonner Politikern aller Schattierungen als „dritte Bühne" der Außenpolitik (neben Diplomatie und Wirtschaft), als „ein tragender Pfeiler der Außenpolitik" (Willy Brandt)[7] bezeichnet. Sie ist Teil des Expansionsprogramms und Ausdruck einer verstärkten Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, der seine alten Klassenziele über geistig-kulturelle Infiltration und Diversion durchsetzen möchte, nachdem seine Versuche, den Sozialismus mit Gewalt „zurückzurollen", gescheitert sind. Über eine längere Periode hinweg möchte man die sozialistische Staatengemeinschaft spalten, die Sowjetunion isolieren, einzelne Staaten herausbrechen und sie dann dem imperialistischen Europa zuschlagen. Dabei bedient man sich der Europaidee und betont die Zugehörigkeit der Länder des Balkans zum „abendländischen Kulturkreis", appelliert an ein „mystisches europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl".[8] Schritt für Schritt hofft man so auf die „Aushöhlung" des Sozialismus von innen heraus.

So wird die Kulturpolitik zum Bestandteil der langfristig angelegten Strategie des Imperialismus der BRD gegen den Sozialismus. Gerade die Kulturpropaganda im weitesten Sinne des Wortes erscheint außerordentlich gut geeignet, auf lange Sicht, unabhängig von aktuellen Tagesereignissen, die Ideologie des Imperialismus zu verbreiten. „Der politische Ertrag der kulturpolitischen Bemühungen fließt nicht schnell, aber er fließt eine Generation lang."[9] Das ist es, was Franz Joseph Strauß mit „Denken in den Dimensionen eines historischen Prozesses" zur Durchsetzung seiner Europakonzeption umschreibt.[10] Und Martin Rehs, Generalsekretär des Stuttgarter Instituts für Auslandsbeziehungen, schrieb: „Gute Außenpolitik ist schwerlich durchführbar, wenn ihr nicht in kultureller, zwischenmenschlicher Beziehung der Boden bereitet wird."[11] Die auswärtige Kulturpolitik leistet so gewissermaßen Pionierarbeit für die eigentliche Politik des Imperialismus; sie dient der Verschleierung der tatsächlichen Ziele unter der Losung des „Brückenschlages" und der „Transformation".

Mit dem Regierungswechsel in der BRD im Herbst 1969 trat in diesen Zielen der

[7] Brandt, W., Ziele und Wertvorstellung der Auswärtigen Kulturpolitik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 124 vom 3. November 1967, S. 1053.
[8] Klein, P., Imperialistische Modellvorstellungen in der BRD zum Problem der europäischen Sicherheit, in: dokumentation der zeit, H. 9, 1971, S. 16.
[9] Lahr, R., Die kulturelle Aufgabe Deutschlands in der gegenwärtigen Weltpolitik, in: Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen, Bd. II, Bonn 1965, S. 14.
[10] Strauß, F. J., Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 45.
[11] Zeitschrift für Kulturaustausch, H. 2, 1967, S. 121.

auswärtigen Kulturpolitik beileibe kein Wandel ein. Die alten Zielvorstellungen blieben unverändert, wurden aber doch taktisch – entsprechend jener Rolle, die der SPD und FDP in der Klassenauseinandersetzung zugedacht ist – modifiziert. So kam es denn auch in den Debatten um die Weiterentwicklung dieses Bereichs der Außenpolitik kaum zu substantiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den systemkonformen Bundestagsparteien, wohl aber zu Diskussionen um Nuancen, Methoden und Tempi bei der Durchführung dieser oder jener Maßnahme.

Bestimmend für die auswärtige Kulturpolitik der beginnenden siebziger Jahre wurden die Erfahrungen im Rahmen der „neuen Ostpolitik". Willy Brandt formulierte das Grundanliegen in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 so: „Die Darstellung der deutschen Kultur im Ausland wird sich künftig stärker darauf richten, anderen Völkern neben den unvergänglichen Leistungen der Vergangenheit ein Bild dessen zu vermitteln, was in dieser Zeit des Übergangs auch in Deutschland an geistiger Auseinandersetzung und fruchtbarer Unruhe tägliche Wirklichkeit ist."[12]

Diese knappe Formulierung weist ganz deutlich auf die Kontinuität der in den sechziger Jahren unter sozialdemokratischer Mitwirkung in der „Großen Koalition" entwickelten auswärtigen Kulturpolitik hin. Sie enthält sowohl den Appell, die Gegenwart stärker zu akzentuieren als auch die Kulturleistungen der Vergangenheit weiter zu propagieren. Zugleich verficht Brandt die Idee der nationalen Repräsentanz durch die BRD bzw. die Idee von der Alleinvertretung im kulturellen Bereich („Deutschland") und die These von der kritischen Selbstdarstellung („fruchtbare Unruhe"). Es gehört zum Reformkonzept dieser Koalitionsregierung, daß auch im Bereich der auswärtigen Kulturpolitik einiges „erneuert" wird. Der Regierung geht es darum, Inhalt, Organisation und Finanzierung der auswärtigen Kulturpolitik den neuen Anforderungen anzupassen, die sich aus den ostpolitischen Zielen und Absichten des Imperialismus der BRD ergeben und daraus ein etwas andersartiges System der kulturpolitischen Auslandsaktivität zu entwickeln, das mit mittel- und langfristigen Planungen und nach regionalen Schwerpunkten arbeitet und ein besseres Zusammenspiel der Organisationen und Institutionen sichert.[13]

Berthold Martin, Experte der CDU/CSU auf kulturpolitischem Gebiet, nannte im Bundestag einige Motive, warum es zu dieser Umgestaltung kommen müsse: Politik und Kultur müßten enger miteinander verflochten werden, zumal die Bedeutung der Kultur wachse: „Man kann im ganzen sagen, daß das ökonomische Element in den auswärtigen Beziehungen gegenwärtig zurückzutreten beginnt hinter den kulturellen Beziehungen und Möglichkeiten, die darin stecken."[14] Auch die imperialistische strategische Linie des Nationalismus (getarnt unter der Losung von der „Einheit der deutschen Nation und der deutschen Kultur") hat im Kampf gegen die wachsende Autorität der DDR ihre Auswirkungen auf die auswärtige Kulturpolitik der BRD. Im Grundanliegen dieser Ziele gibt es zwischen Regierung und Opposition keinerlei Unterschiede.

[12] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 132 vom 29. Oktober 1969.
[13] Vgl. dazu Siebert, E., Auswärtige Kulturpolitik der Brandt/Scheel-Regierung, in: dokumentation der zeit, H. 11, 1970, S. 18 ff.
[14] Protokolle des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, 15. Sitzung, Bonn, 18. November 1969, S. 539.

Die sogenannte zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik

So wird die SPD/FDP-Regierung auch in diesem Bereich zum Vollstrecker bereits früher eingeleiteter Reformprozesse, die ein flexibleres Reagieren auf die geänderte Weltsituation, eine geschicktere Anpassung garantieren sollen. Zu diesem Zweck bedient man sich in letzter Zeit des Begriffes der „zwischenstaatlichen Gesellschaftspolitik", den der FDP-Politiker Dahrendorf an die Stelle des offenbar diskreditierenden Begriffes der „auswärtigen Kulturpolitik" setzen möchte und der sicherlich mit seiner „Gesellschaftspolitik der Offenheit" der „Politik der übernationalen Verbindungen" korrespondiert.[15] Dabei geht es keineswegs nur um eine formale Namensänderung (der Bequemlichkeit halber behält man sogar „auswärtige Kulturpolitik" als alten Terminus technicus bei), sondern um die erklärte Absicht, „von einer *Außenpolitik der Staaten* zu einer *Außenpolitik der Gesellschaften* zu kommen".[16] In diesem Sinne glaubte Dahrendorf davon sprechen zu müssen, daß „die zwischenstaatliche Kultur- und Gesellschaftspolitik, also die wechselseitige Vermittlung von Informationen aus allen Bereichen des sozialen Lebens", sogar eine Schlüsselstellung in der Politik einnehme.[17] Übersetzt man das in Klartext, so ergibt sich der Versuch, einen Frontalangriff zur Propagierung reaktionärer bürgerlicher Ideengüter in sozialistischen Ländern konzeptionell zu begründen.

Für sozialistische Kulturpolitik beachtenswert sind dabei besonders jene Absichten, die diese Konzeption im Bereich der Ostpolitik verfolgt. Es gehe darum – so Dahrendorf –, „die trotz der Massenmorde des letzten Krieges noch verbliebenen Erinnerungen an gemeinsame Traditionen zu wecken und zu erneuern, um auch so das größere Europa, in dem wir die Lösung bestehender Gegensätze und Spannungen suchen, sichtbar zu machen".[18] Auch die Europaidee muß also für dieses Konzept herhalten. „Bescheiden" rückt man heute die Darstellung der BRD in den Hintergrund, wenn etwa Hans Georg Steltzer, derzeit Leiter der Abteilung Auswärtige Kulturpolitik im Auswärtigen Amt der BRD, zur Leitlinie erklärt, es gehe nicht nur darum, „dem Ausland die kulturelle Entwicklung in Deutschland zu vermitteln, *sondern auch Europa als geistige Einheit sichtbar werden zu lassen*".[19] Und Walter Scheel, der den unerschütterlichen Zusammenhalt mit dem Westen als eine Voraussetzung erfolgreicher Ostpolitik ansieht, rechnet hier besonders mit der „Betonung der Rolle der Kulturpolitik bei der Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls, das auf dem ‚Kerneuropa' (!! – E. H.) der Europäischen Gemeinschaft aufbaut".[20]

Der Sache nach wird diese „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik" seit längerem praktiziert, allerdings scheint für bestimmte imperialistische Kreise erst jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, an dem man von Experimenten zu einer breiteren „Erprobung" übergehen möchte. Nicht zuletzt glaubt man dem jetzt auch deshalb nähertreten zu können, weil sich durch die Unterzeichnung der Verträge UdSSR - BRD und Volksrepublik Polen - BRD sowie durch Verhandlungen mit

[15] Vgl. Franke, J., Die Gesellschafts- und Staatskonzeption Ralf Dahrendorfs, in: dokumentation der zeit, H. 14, 1970, S. 15.
[16] Protokolle des deutschen Bundestages, a. a. O., S. 542.
[17] Ebenda, S. 543.
[18] Ebenda, S. 542.
[19] Steltzer, H. G., Zur Auswärtigen Kulturpolitik, in: liberal, 1970, S. 274.
[20] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 10 vom 27. Januar 1971, S. 85.

anderen sozialistischen Staaten ein günstigeres Klima in Europa überhaupt entwickelt hat. Eben das ist der Punkt, an dem der Imperialismus der BRD hofft, mit Hilfe der rechtssozialdemokratischen Führer wieder aus der Defensive herauszukommen.

Dabei sei auf die Doppelfunktion der Bonner auswärtigen Kulturpolitiker alter und neuer Prägung aufmerksam gemacht. Sie läßt sich kennzeichnen

- als Vorbereitung politischer Beziehungen bzw. als Versuch, den politischen Handlungsspielraum des Imperialismus auszudehnen und
- als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten über die ideologische Diversion. Das liegt ganz im Sinne jener zynischen Worte des CDU-Politikers Ernst Majonica:

„Daher ist auch der staatliche Kulturaustausch ein wertvolles Instrument, um den Eisernen Vorhang geistig zu durchdringen ... Wir sollten alles tun, um die Zweifel zu bestärken, daß der kommunistische Weg der richtige sei. Mögen die Ansätze auch noch so klein sein, sie müssen genutzt werden."[21] Inzwischen wird das Ganze von der SPD/FDP-Regierung etwas verschleiert formuliert; in der Sache aber (das ist wohl ein Anliegen der antikommunistischen Beschlüsse der SPD) ist das gleiche gemeint.

Erster Kernpunkt dieser inhaltlich in sogenannten kulturpolitischen Leitsätzen der Bundesregierung zusammengefaßten Konzeption ist die Ausweitung des Kulturbegriffes. Walter Scheel präzisierte: „Wir fassen den Kulturbegriff weiter, als es bisher üblich war. Wir müssen den bisher gültigen ästhetisch-akademischen Rahmen sprengen und die Kulturarbeit auf alle Bereiche internationaler und gesellschaftlicher Zusammenarbeit erstrecken. Kultur ist kein Privileg mehr für wenige, sondern ein Angebot für alle. Wir dürfen nicht in Ehrfurcht vor Dürer, Bach und Beethoven sitzen bleiben, wir müssen Interesse aufbringen für brennende Fragen der Gegenwart, darunter Erwachsenenbildung, Bildungshilfe, Schulreformen, Umweltprobleme."[22] So wird der bürgerliche Kulturbegriff über seinen sonst üblichen Begriffsinhalt (Kunst und Literatur) ganz wesentlich ausgedehnt. Zu ihm gehören – nach Martin (und auch hierin offenbart sich die Identität der Auffassungen zwischen Regierung und Opposition) – „Schule, Bildung, Wissenschaft, Zeitung, Funk, Film, Fernsehen, öffentliche Meinungen, Weltanschauungsfragen, Frauenfragen, Sport usf., kurz: das Ganze des menschlichen Lebens".[23] Auch hier erfolgt – uneingestandenermaßen freilich – eine „Konzession" an den seit langem in der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis gültigen Kulturbegriff.

Kultur bleibt somit nicht mehr nur auf eine imaginäre Gegenüberstellung von Hoch- und Massenkultur, von Goethe und Grass, von Beethoven und Beat beschränkt. Dieses neue Konzept erfaßt vielmehr sowohl die bürgerliche Repräsentativkunst in Vergangenheit und Gegenwart als auch die Unterhaltungsmusik, die Sinfonie und den Schlager. Nicht zufällig wurde im Bundestag auch die Forderung nach einem westdeutschen Clown Popow erhoben, der in heiterer Form für die BRD werben könnte.[24] Zugleich aber werden mit der Ausweitung des Kulturbegriffes auf Bereiche wie Wissenschaft, Bildung, Erwachsenenbildung, Sport, Touristik usw. esoterische, nur auf eine Elite begrenzte Tendenzen überwunden; Kultur wird als Reflex der gesamten kulturellen und geistigen Lebenswirklichkeit

[21] Majonica, E., Deutsche Außenpolitik, 2. erw. Auflage, Stuttgart 1966, S. 105.
[22] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 10 vom 27. Januar 1971, S. 86.
[23] Protokolle des Deutschen Bundestages, a. a. O., S. 538.
[24] Ebenda, S. 546.

der Gegenwart begriffen und für imperialistische Ziele entsprechend eingesetzt. Freilich immer als „Zusammenarbeit" getarnt.

Zweitens ist mit dieser Konzeption eine Ausweitung der Zielgruppen verbunden, an die sie sich richtet. Nun war man sich ja bereits in den sechziger Jahren in den Kreisen der imperialistischen Diversionsspezialisten einig, daß man sowohl konzentriert ganz bestimmte Bevölkerungs- und Berufsgruppen im Sozialismus erreichen müsse als auch die Bevölkerung insgesamt. Diese Differenziertheit des Herangehens läßt sich seit eh und je an der Wirkweise imperialistischer Rundfunkstationen verfolgen. In der Kulturpolitik gegenüber den sozialistischen Ländern dagegen arbeitete man vornehmlich darauf hin, reaktionäre und revisionistische Elemente zu beeinflussen.[25] Heute nun – obwohl das zuletzt genannte Prinzip durchaus beibehalten wird – versucht man, mit den Mitteln auswärtiger Kulturpolitik breite Massen der Werktätigen in den sozialistischen Staaten zu erreichen und ideologisch im bürgerlichen Sinne zu beeinflussen. In diesem Sinn soll jeder Bürger der BRD zum „Kulturträger", zum Träger kapitalistischer Lebensweise werden, ohne daß er freilich unbedingt ein Befürworter der Politik der BRD sein müßte. Brandt hat allerdings eine Prämisse formuliert: Diese Reisenden müssen „ein realistisches Selbstbewußtsein des Westens und die Kenntnisse der spezifischen Überlegenheit seines Bildes vom Menschen" besitzen.[26]

Neben anderen Methoden nimmt der Massentourismus einen besonderen Platz ein: gelegentlich hat man ihn sogar als „Motor" bezeichnet.[27] Der frontale Vergleich des äußeren Lebensstandards, westlicher Zeltausrüstungen und Autos, fremder Gebrauchs- und Luxusgegenstände der verschiedensten Art sollen nach Meinung der imperialistischen Ideologen Sehnsucht nach dem Westen schaffen, sollen als Verlockung und Verführung wirken. Hier tritt die Fassade des Westens wiederum mit jener „Schaufensterfunktion" in Erscheinung, die den Bürgern der DDR aus der Zeit vor dem 13. August 1961 noch gut in Erinnerung ist, als Westberlin als ein besonderer Störfaktor gegen den Sozialismus unter den Bedingungen der offenen Grenze fungierte. Man möchte in das sozialistische Lager den „Hauch der weiten (westlichen) Welt" einschleusen, um so eine Atmosphäre der Entideologisierung und der dem Sozialismus fremden apolitischen Haltung zu schaffen, um so neue Bewußtseinsentwicklungen zu stören und ausschließlich an dem Konsum orientierte Verhaltensweisen zu fördern. In die Rezeptur zur Beeinflussung der Bevölkerung in den sozialistischen Staaten reihen sich dann solche Aktionen ein, wie die Bonner Bemühungen um ein Europäisches Jugendwerk, aber auch – als Beispiele aus jüngster Vergangenheit – die Beethoven- und Dürer-Ehrungen.

Insgesamt soll ein neues Bild der Bundesrepublik als eines friedfertigen, geläuterten Staates gezeigt werden, der die Lehren aus der Geschichte gezogen und sich als friedliebender Staat in die internationale Völkergemeinschaft eingeordnet hat. Dieses neue Bild der Bundesrepublik, das sowohl nach innen (im Rahmen der „freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung") als auch nach außen (als „Vorkämpfer" für eine „europäische Friedensordnung") eifrig propagiert wird, schließt die kritische Selbstdarstellung ein, von der man sich größere Glaubhaftigkeit erhofft. In diese Zielsetzung versucht man auch demokratische und antiimperialistisch gesinnte Kräfte zu integrieren: „Selbstkritik kann die bessere Art der Selbstdarstellung sein. Sie bringt den Ruf der Ehrlichkeit, den Stempel der Objektivität."[28] Nicht unwesentlich für diese Art von Kulturpolitik sind vor allem auch die Ideen der rechten Sozialdemokraten, die in besonderem Maße aktiv an der Aushöhlung und Unterwanderung des sozialistischen Lagers mitwirken und von deren Handeln man sich seitens der imperialistischen psychologischen Kriegsführung unter bestimmten Schichten in den sozialistischen Ländern Wirkungen erhofft.

Zugleich möchte die Bonner auswärtige Kulturpolitik im Ausland die Illusion einer einheitlichen „gesamtdeutschen" Kultur schaffen. Dabei spekuliert man sowohl auf das hohe Ansehen, das deutsche humanistische Kulturleistungen der Vergangenheit in der Welt genießen, als auch auf die Unkenntnis über die gegensätzliche Kulturentwicklung in der DDR und der BRD. Der Bonner Staat wird stillschweigend mit Deutschland gleichgesetzt; die westdeutschen Bürger sollen als Repräsentanten, als „Bürger des wahrhaft unteilbaren deutschen Kulturkreises"[29] auftreten. Der westdeutsche Exportindustrielle D. W. von Menges präzisierte diese Idee: „Ich bin der Auffassung, daß man Kulturpolitik nur als einen gesamtdeutschen Auftrag begreifen kann."[30]

Außerdem soll nach dieser „zwischenstaatlichen Gesellschaftspolitik" die BRD systematisch zu einem „Umschlagplatz" für ausländische Nationalkulturen im Sinne der von Klaus Mehnert bereits vor Jahren entwickelten „Kulturpolitik andersherum" ausgebaut werden. Was es damit auf sich hatte, umschrieb Walter Scheel am 22. Januar 1971 vor dem Kulturpolitischen Beirat des Auswärtigen Amtes: „Ohne Förderungsbereitschaft für fremde Kulturen und Künste werden wir mit unserem eigenen kulturellen Angebot vor fremden Türen sitzen bleiben."[31] Folglich bemüht man sich in der BRD seit Jahren um die Edition polnischer, tschechoslowakischer und anderer Literaturen, veranstaltet polnische Plakatausstellungen und sowjetische Hörfunkwochen.

Hier wirkt also eine besondere Wechselbeziehung, die von den bürgerlichen Politikern und Ideologen durchaus ungewollt – der sozialistischen Kultur eine Chance zur Ausweitung und Verbreitung im imperialistischen Herrschaftsbereich gibt. Natürlich liegt in dieser „Kulturpolitik andersherum" für die herrschende Schicht ein Risiko, denn auf diese Weise werden offenkundige kulturschöpferische Leistungen der befreiten Völker, die den Sozialismus und Kommunismus unter Führung marxistisch-leninistischer Parteien aufbauen, direkt ohne Umwege über zweifelhafte bürgerliche Manipulationen bekannt. So kann die Kraft des sozialistischen Kunstwerkes, die Gewalt der marxistischen Idee unvermittelt in einer von der imperialistischen Bewußtseinsindustrie ausgefüllten Welt wirksam werden, wenngleich sie es natürlich angesichts der Übermacht eben dieser Konzerne schwer haben, den durch eine jahrelange, bis heute noch andauernde Verketze-

[25] Vgl. dazu ausführlich Arbatow, G. A., Ideologitscheskaja borba w sowremennych meshdunarodnych otnoschenijach, Moskau 1970, S. 167 ff.
[26] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, a. a. O., S. 86.
[27] Spinmarke, U., und F. Mager, Kunst zwischen Ost und West, in: III. Frankfurter Hefte, Frankfurt 1968, S. 260.
[28] So Ross, W., in: Zeitschrift für Kulturaustausch, H. 1, 1966, S. 5.
[29] Lahr, R., Die kulturelle Aufgabe Deutschlands . . ., a. a. O., S. 14.
[30] Auslands-Kurier, H. 3, 1965, S. 7. Über weitere Probleme der auswärtigen Kulturpolitik in der BRD in den fünfziger und sechziger Jahren wird an anderer Stelle ausführlicher zu sprechen sein. Vgl. auch Wulf, A., Funktion und Konzeption der Bonner auswärtigen Kulturpolitik, in: Deutsche Außenpolitik, H. 7, 1969, S. 831 ff.; Heckel, E., Kulturpolitische Expansion, in: Weimarer Beiträge, H. 11, 1970, S. 85 ff.; Wróblewski, T. S., Polityka kulturalna abu państw niemieckich wobec socjalistycznych krajów Europy wschodniej, in: Przeglad zachodni, H. 5–6, 1970, S. 1960 ff.
[31] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 10 vom 27. Januar 1971, S. 86.

rung alles Sozialistischen und Kommunistischen wirkenden Nebelvorhang zu durchdringen. Zudem versucht die Bourgeoisie, diese erzwungene Wechselwirkung in ihrem Sinne abzufangen und das mögliche Risiko zu verringern: durch relativ geringe Auflagen der Werke, durch Hervorhebung bestimmter nichtsozialistischer Kunstrichtungen, durch verzerrte Auswahl und Interpretationen.

Es kann in diesem Zusammenhang nicht unsere Aufgabe sein, alle Einzelheiten dieses Konzeptes auswärtiger Kulturpolitik nachzuzeichnen und ihre gesellschaftliche Bedingtheit, ihren Diversionscharakter, ihre wahren Absichten zu zeigen. So müssen Fragen der Organisation der Konzentration auf bestimmte Regionen, der Kaderausbildung und -gewinnung, der Finanzierung usw. außer acht gelassen werden. Nur auf zwei Momente sei noch ausdrücklich aufmerksam gemacht: Statt der prominenten „Vorzeigeidioten", von denen Heinrich Böll seinerzeit gesprochen hatte, sucht man jetzt aktive Fürsprecher für die Politik der Sozialdemokratie in die sozialistischen Staaten Europas zu entsenden (ohne freilich auf Oppositionelle wie Böll zu verzichten). Dem einen, Günter Grass, dem Paradepferd der SPD-Kulturpolitik, sollen weitere gleichgeschaltete Propagandisten der rechten Sozialdemokratie zur Seite gestellt werden. Das war wohl auch eine Aufgabe, die sich Willy Brandt auf dem Stuttgarter Schriftstellerkongreß im November 1970 gestellt hatte, als er um die Mitwirkung der Schriftsteller, um ihr aktives Engagement für die Durchsetzung seiner Ostpolitik warb.[32]

Und auf ein zweites sei hingewiesen: Führende Bonner Politiker, so Katharina Focke, motivierten den Übergang zu einer „zwischenstaatlichen Gesellschaftspolitik" mit der „ehrlichen" Absicht der BRD, in der Konfrontation der Gesellschaften offen das Kritikwürdige in der BRD darzustellen: „Wer wollte übersehen, daß die Auswärtige Kulturpolitik und Kulturpropaganda, die glanzvolle Pflege des kulturellen Erbes und der Volkskunst ebenso wie die Herausstellung technischer und wissenschaftlicher Errungenschaften oft öffentlichkeitswirksamer sind als das Zur-Diskussion-Stellen der anderen Aspekte gegenwärtiger Gesellschaften. Gerade für uns Deutsche ist es nicht immer einfach, nicht nur mit unserer sogenannten (!! — E. H.) unbewältigten Vergangenheit leben zu müssen, sondern vor allem den Mut zu haben, auch unsere weiterhin noch unbewältigte Gegenwart und Zukunft den anderen mit der Bitte um Verständnis und im Zeichen internationaler Ähnlichkeit der zugrundeliegenden Tendenzen zu demonstrieren. Solche Offenheit wird nur zu oft mißbraucht: die freimütig gezeigten Probleme werden als systemimmanente Schwächen verketzert und mit dem äußeren Glanzbild anderer Gesellschaften und Ordnungen konfrontiert."[33]

Das ist ein außerordentlich interessantes Eingeständnis und führt zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Es beweist nämlich zum einen, wie sehr eine aktiv geführte sozialistische auswärtige Kulturpolitik die Imperialisten zum Rückzug treibt, sie ganz offensichtlich in Verlegenheit bringt. Pflege, Ausweitung und Vertiefung der kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen im gesamteuropäischen Rahmen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten, wie es durch die sozialistische Staatengemeinschaft auch über eine europäische Sicherheitskonferenz angestrebt wird, wird ganz sicherlich die Überlegenheit der sozialistischen Kultur verdeutlichen. Die glanzvollen Leistungen

[32] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 163 vom 25. November 1970, S. 1729 ff.

[33] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 103 vom 31. Juli 1970, S. 1007.

sozialistischer Kulturentwicklung üben heute schon eine mächtige Ausstrahlung aus und beweisen die Sieghaftigkeit der sozialistischen Ideen in diesem Bereich menschlichen Zusammenlebens. Ein von sozialistischen Positionen aus geführter Kulturaustausch mit den kapitalistischen Staaten Europas führt — bei aller Unvereinbarkeit von bürgerlichem und sozialistischem Ideengut — auch zur Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern.

Zum anderen wird aber erkennbar, daß das Mißbehagen über die konservativen und neofaschistischen Tendenzen in der imperialistischen Bundesrepublik heute in aller Welt so groß ist, daß selbst das Netz offizieller und nichtoffizieller Bonner Institutionen und Organisationen, die mit dem Kulturaustausch befaßt sind, dem Rechnung tragen, indem sie von sich aus einige (allerdings nicht allzu viele!) Probleme des verfaulenden imperialistischen Systems wenigstens im Ansatz kritisch zeigen müssen.

Drittens aber wird hier deutlich, wie man aus der Not eine Tugend machen möchte und über das Konzept „zwischenstaatlicher Gesellschaftspolitik" in der Maske des selbstkritischen, ehrlich ringenden Biedermann (als einer anderen Form der Selbstdarstellung) vielleicht doch noch glaubt, die Einflußsphäre des Sozialismus verringern zu können.

Hieraus ergibt sich, daß in dem Maße, wie der Imperialismus zur friedlichen Koexistenz, zum friedlichen Nebeneinanderleben mit den sozialistischen Staaten gezwungen wird, sich die Klassenauseinandersetzung verschärft und völlig gesetzmäßig im ökonomischen und geistig-kulturellen Bereich ausgetragen wird. Die äußere Friedenssicherung des sozialistischen Aufbaus, die durch ein System der europäischen kollektiven Sicherheit zu erreichen ist und dem als Vorstufen Gewaltverzichtserklärungen sowie bi- und multilaterale Verträge vorausgehen können, bedeutet aber nicht, daß der Imperialismus auf die Durchsetzung seiner Pläne verzichtet. Der synthetische, auf den ganzen Menschen gerichtete Charakter der Kultur und die langfristige, bewußtseinsbildende Wirkung kultureller Faktoren sind in der Hand der stabsmäßig geführten imperialistischen Diversion gefährliche Waffen, um den Aufbau des Sozialismus zu stören. Die sozialistischen Staaten sind sich dieser Gefahr wohl bewußt, zumal nichts zählebiger ist als das kleinbürgerliche Bewußtseinselement im geistig-kulturellen Leben. Unversöhnlicher Kampf um friedliche Koexistenz und Kampf gegen die bürgerliche Ideologie bilden deshalb eine Einheit.

Aber es gibt zwei Faktoren, die die ideologische Diversion des Gegners nicht zum Zuge kommen lassen: Die aus Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft erwachsene marxistisch-leninistische Parteilichkeit und die sich ständig festigende sozialistische Bewußtseinsbildung unserer Werktätigen, deren Fortschritte auf dem VIII. Parteitag der SED so eindrucksvoll sichtbar geworden sind. Die Überlegenheit der in sich geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltanschauung in ihrer weltverändernden Kraft ist unbestreitbar. Es kommt darauf an, mit ihrer Hilfe alle imperialistischen Diversionsversuche zunichte zu machen.

Nachdruck aus: Wiss. Z. Karl-Marx-Univ. Leipzig, Ges.- u. Sprachwiss. R., 21. Jg. (1972), H. 2.

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

19 (August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus**/Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**

Albert Engelhardt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur „Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7)/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute. **Ein neues Manuskript von Karl Marx**

20 (Oktober 72)

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Kathrin Schran: **Sackgassen und Perspektiven für Westberlin**/Sonja Piron: **Die Westberliner Arbeiterklasse**/Kyoichi Maekawa: **Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan.**

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus/Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

21

Ilan Reisin: **Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil II)**/Thomas Funke: **Zur Entwicklung Westberlins 1945–1972**

Georg Hauß, Volker Peschke, Peter Wille: Hochschulkampf in Westberlin/Richard Albrecht: Wer wen? – Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag „neue kritik"/ Richard Albrecht: Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920/Volker Gransow: Informationen über die Kapitalismustheorie in der DDR?

22 **erscheint im Februar**

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41 Postfach 270

Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele

Wolfgang Bartels

Zentrale Zielsetzung des Festivals: Einigung der fortschrittlichen Jugend

Im November 1972 trafen sich in Moskau Vertreter von 271 Jugendorganisationen aus 115 Ländern zur Weltkonferenz der arbeitenden Jugend unter dem Motto: „Die werktätige Jugend in der gegenwärtigen Gesellschaft und ihr Kampf um Rechte, sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Frieden." Die Jugend der Bundesrepublik war in Moskau repräsentiert durch Delegationen der Gewerkschaftsjugend (DGB), der SDAJ, der Falken, der Jungsozialisten, der Jungdemokraten und der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste.

In der Abschlußerklärung des Welttreffens wird als zentraler Gedanke ausgesprochen: „Die Jugend zeigt lebhaftes Interesse an der Festigung der gemeinsamen Aktionen und Zusammenarbeit in den Reihen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, an der Vereinigung aller Kräfte, die für sozialen Fortschritt, Demokratie und Frieden kämpfen. Als aktiver Teilnehmer des antiimperialistischen Kampfes tritt sie für die allseitige Festigung der internationalen Solidarität und der Einheit der antiimperialistischen Kräfte ein."[1]

Die Konferenz erklärte sich solidarisch mit dem Kampf der Werktätigen Jugend in den Ländern, in denen das Kapital und die Monopole herrschen: „Dieser Kampf ermöglichte es, in einer Reihe entwickelter kapitalistischer Länder einige konkrete Resultate in der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen zu erlangen. Diese Errungenschaften änderten nichts an dem Charakter der sozialen Struktur dieser Länder, jedoch sie festigten die Positionen der fortschrittlichen Kräfte für ihren künftigen Kampf."[2]

Die Teilnehmer des Welttreffens – eines wichtigen Marksteins in der Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin – brachten zum Ausdruck, daß sie überzeugt seien von der Notwendigkeit und Möglichkeit, „Wege zur Verstärkung gemeinsamer Aktionen zum Schutz der Rechte der werktätigen Jugend zu suchen"[3] – auch und vor allem in der Vorbereitung und Durchführung des Festivals. Die breite Teilnahme von Jugendorganisationen am Moskauer Treffen war ein Ausdruck der wachsenden Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln der Jugend auf nationaler und internationaler Ebene, ungeachtet bestehender Meinungsverschiedenheiten in verschiedenen Fragen. Dies ist auch die zentrale Zielsetzung im Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele:

„Wir rufen jetzt die jungen Männer und Frauen aller Länder auf, sich durch Aktionen und eine möglichst breite antiimperialistische Einheit auf die X. Weltfest-

[1] Abschlußerklärung der Konferenz „Die werktätige Jugend in der gegenwärtigen Gesellschaft und ihr Kampf für ihre Rechte, sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit und Frieden", „Junge Welt", 16. 11. 1972.
[2] Ebenda.
[3] Ebenda.

spiele der Jugend und Studenten vorzubereiten. Wir fordern die internationalen und nationalen Organisationen, alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Jugend und der Studenten, die mit diesem Aufruf einverstanden sind, auf, mit dem breiten und offenen Prozeß der Vorbereitung des Festivals zu beginnen, bei der Ausarbeitung seines Programms zu helfen, möglichst breite und nationale Vorbereitungskomitees – unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten – zu schaffen, die Teilnahme aller Kräfte, die die Ziele des Festivals teilen und bereit sind, zu seinem Erfolg beizutragen, zu unterstützen."[4]

Zur Vorbereitung und zum Inhalt des X. Festivals heißt es im Internationalen Aufruf u. a.: „Es wird die Solidarität mit den bedeutenden Kampfaktionen der Jugend und Studenten in den kapitalistischen Ländern gegen die Ausbeutung durch die Monopole, gegen Unterdrückung, für die Durchsetzung ihrer Rechte und Bestrebungen, für tiefgreifende ökonomische und soziale Veränderungen und für Demokratie zum Ausdruck bringen."[5]

Seit dem Aufruf von Sofia ist nun ein Jahr vergangen. In aller Welt zeigen die Bemühungen um die Einigung der fortschrittlichen Jugend und ihre Gewinnung für die Vorbereitung und die Teilnahme am Festival Erfolg. Auch in der Bundesrepublik ist festzustellen, daß es ein großes Interesse am Festival gibt und die Bereitschaft zur Teilnahme größer ist als je zuvor. Und auch hier setzt sich die Auffassung durch, daß man das Festival gemeinsam und aktiv auf der Grundlage des Internationalen Aufrufs vorbereiten und dafür die geeigneten Formen finden muß. Hier seien nur die Beschlüsse zweier wichtiger Arbeiterjugendorganisationen erwähnt. Die 8. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaftsjugend (DGB) beschloß bereits im November 1971: „Die Gewerkschaftsjugend beteiligt sich an den X. Weltjugendfestspielen im Sommer 1973 in Ost-Berlin und nimmt an der Vorbereitung dieser Veranstaltung teil."[6] Der 3. Bundeskongreß der SDAJ stimmte dem Internationalen Aufruf zu und beschloß: „Die SDAJ strebt als Mitglied des Arbeitskreises Festival, des Trägers und Repräsentanten der Festivalbewegung in der BRD, bei der Vorbereitung des Festivals in unserem Land und für die Teilnahme am Festival die gleichberechtigte Zusammenarbeit breitester Teile der Jugend und ihrer Verbände auf der Grundlage des internationalen Aufrufes und gemeinsam erarbeiteter Positionen an."[7]

Der Kampf der Arbeiterjugend in der Bundesrepublik

„Nichts empfindet der jugendliche Arbeiter, noch mehr der Lehrling, drückender als seine heutige materielle Lage. Dieser Druck wird verstärkt durch die Unkenntnis des Jugendlichen, die er über die heutige Gesellschaftsordnung im allgemeinen besitzt. Jedenfalls sehnt sich der Jugendliche mehr nach seiner wirtschaftlichen Befreiung als der erwachsene Arbeiter, Bestrebungen nun, die den Jugendlichen an diesen seinen ureigensten Interessen, wie es seine wirtschaftlichen sind, packen, ziehen die große Masse der Jugendlichen an. Der Zweck aller Bildungsbestrebungen für die Jugend muß sein: das geistige Niveau der Masse zu heben, nicht einzelnen, besonders begabten Jünglingen ein Fortkommen zu schaffen."[8]

Diese Worte Karl Liebknechts – des Begründers der politisch selbständigen Arbeiterjugendbewegung – sind heute so aktuell wie vor 65 Jahren. Der überwiegende Teil der Jugend zählt zur Arbeiterjugend. Im Jahre 1966 zählte die Statistik 8 706 600 Personen zur Altersgruppe der 14- bis 25jährigen. Davon zählten 25 000 zu den „Selbständigen" (vom „selbständigen Künstler" bis zum „jungen Unternehmer"), 216 000 zu den „mithelfenden Familienangehörigen", aus Familien, die meist kleine Warenproduzenten sind, welche noch nicht viel „fremde" Arbeitskräfte ausbeuten können, und 5 175 000 waren „Abhängige"; das sind im wesentlichen die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter, die jungen Angestellten und Lehrlinge.[9]

Der überwiegende Teil der Jugend verkauft also seine Ware Arbeitskraft an das Kapital, ist Schöpfer von Mehrwert, Ausbeutungs- und Unterdrückungsobjekt. Dieser Teil der Jugend ist jugendlicher Teil der Arbeiterklasse, deren Lebensweise von der Produktionsweise bestimmt ist. („Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt."[10]) Die Arbeiterjugend wird im Kapitalismus besonders ausgebeutet, nämlich als Teil der Arbeiterklasse im allgemeinen und als ihr jugendlicher Teil im besonderen (Lohnminderung durch Altersabschläge, Mißachtung der besonderen Schutzbedürftigkeit, völlig unzureichende Ausbildung, Ausschluß vom freien Zugang zur sogenannten höheren Bildung, weniger Rechte am Arbeitsplatz). Darüber hinaus hat die Arbeiterjugend die Last des Militarismus besonders zu tragen, ist in der Freizeit besonderen Manipulationen ausgesetzt.

Ein ständig wachsender Teil der Arbeiterjugend ist nicht länger bereit, sich mit diesen Zuständen abzufinden. Mit Unruhe muß die herrschende Klasse den seit Jahren anwachsenden Aufschwung der Arbeiterjugendbewegung zur Kenntnis nehmen. Demonstrationen, Tribunale der Arbeiterjugend gegen Großkonzerne, zunehmende Beteiligung von Lehrlingen an Lohnkämpfen und Streiks, immer mehr von jungen Arbeitern herausgegebene Lehrlings- und Berufsschulzeitungen lassen die Herrschenden aufschrecken. Und der „Spiegel" muß feststellen: „Wo immer Stifte demonstrierten, wurden sozialistische Parolen verkündet."[11]

In den vielfältigen Aktionen der Arbeiterjugend kristallisieren sich ihre Forderungen. Die SDAJ hat diese Forderungen zusammengetragen und im Dokument ihres 3. Bundeskongresses „Fünf Grundrechte der Jugend" formuliert, Grundforderungen, „auf die sich alle einigen können, die sich über ihre Zukunft Gedanken machen"[12]. Die Grundrechte der Jugend sind: das Recht der Jugend auf demokratische und fortschrittliche Bildung und Berufsbildung; das Recht der Jugend auf Arbeit, soziale Sicherheit und Gleichberechtigung; das Recht der

[4] Aufruf der konstituierenden Beratung des Internationalen Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Sofia, 21. 1. 1972, in der Bundesrepublik veröffentlicht vom Arbeitskreis Festival.
[5] Ebenda.
[6] Protokoll der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz, Beschluß 174. Ebenfalls abgedruckt in „Arbeiterjugendbeschlüsse 1972", „Kleine Rote Reihe", Bd. 11, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1972, S. 146.
[7] „Arbeiterjugendbeschlüsse 1972" a.a.O., S. 142 f.
[8] Karl Liebknecht, „Reden und Aufsätze in zwei Bänden", Bd. 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1971, S. 229.
[9] Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik, Stuttgart 1967; zit. n. Schwettmann/Sander, „Jugend und Klassenkampf", Weltkreis-Verlag, Dortmund 1972, S. 37 f.
[10] Karl Marx, „Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort", Marx/Engels-Werke, Bd. 13, S. 8 f.
[11] „Der Spiegel", Nr. 22/70, 25. 5. 70.
[12] „Fünf Grundrechte der Jugend", beschlossen vom 3. Bundeskongreß der SDAJ, 31. 3. bis 2. 4. 1972 in Stuttgart, veröffentlicht vom SDAJ-Bundesvorstand.

Jugend auf sinnvolle Freizeit, Erholung, Sport und Gesundheit; das Recht der Jugend auf Mitbestimmung und Demokratie; das Recht der Jugend, in Frieden zu leben und zu arbeiten – ohne Militarismus und Neonazismus.
Das Recht auf Frieden ist das entscheidende Grundrecht, weil die Verwirklichung der Grundrechte der Jugend nur möglich ist, wenn der Frieden erhalten bleibt und dauerhaft gesichert ist, wenn die Kräfte des Militarismus, der Reaktion und der Völkerhetze geschlagen werden. Die X. Weltfestspiele werden unter der Losung stehen: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft." Arbeiterjugend und Festival gehören zusammen. Die Worte Karl Liebknechts sind lebendig in den Kämpfen der Arbeiterjugend:
„Das Proletariat, der Feind und künftige Überwinder aller Ausbeutung und Unterdrückung, der Träger der internationalen proletarischen Solidarität und des Völkerfriedens, ist der geborene Feind des Militarismus, der geborene Träger des Antimilitarismus als eines Teiles des allgemeinen internationalen Befreiungskampfes des Proletariats. Das Proletariat steht der Klassenherrschaft und dem heutigen Staat, jener Zwangsorganisation des Volkes im Interesse der herrschenden Klassen, die sich gegen das Proletariat und gegen die organische Fortentwicklung des Volksganzen richtet, unversöhnlich gegenüber. Es erklärt dem Krieg den Krieg und beantwortet den von den herrschenden Klassen ausgestreuten Chauvinismus und ihre Kriegstreibereien, indem es sich die Hände über alle Grenzen hinweg zustreckt mit dem Gelöbnis der internationalen Solidarität und der Kampfesbrüderschaft gegen jene heute herrschenden Gewalten, den gemeinsamen Feind. Der Kampf gegen den Militarismus befruchtet den Emanzipationskampf des Proletariats und ist besonders geeignet, alle revolutionären Energien zu entfesseln; er trägt dazu bei, den herrschenden Klassen das Gefühl der Sicherheit und damit einen Teil ihrer Widerstandskraft zu rauben."[13]

Arbeiterjugend als einigende und mobilisierende Kraft in der gesamten fortschrittlichen Jugendbewegung

Immer mehr greift in unserem Lande die Erkenntnis um sich, daß die Jugend für die Durchsetzung ihrer Rechte gemeinsam handeln muß. So werden in den „Leitsätzen der Gewerkschaftsjugend" als Grundsätze und Aufgaben der Gewerkschaftsjugend u. a. genannt: „Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen demokratischen Kräften, insbesondere mit Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden."[14] Ähnliche Aussagen haben die Naturfreundejugend, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten und christliche und kirchliche Jugendorganisationen gemacht. Die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken" erklärte sich in ihrer Grundsatzerklärung vom Mai 1971 „bereit, mit anderen gesellschaftlichen Kräften zur Erreichung ihrer Ziele zusammenzuarbeiten"[15]. Und im Dokument „Fünf Grundrechte der Jugend" erklärt die SDAJ: „Die SDAJ ist der Meinung, daß die arbeitende Jugend – ob in Jugendorganisationen organisiert oder nicht, ob christlich, gewerkschaftlich, ob sozialdemokratisch, liberal, sozialistisch oder

[13] Karl Liebknecht, a.a.O., Bd. 1, S. 257.
[14] „Leitsätze der Gewerkschaftsjugend", am 8. 9. 1970 verabschiedet vom DGB-Bundesausschuß, veröffentlicht u. a. in „elan – Magazin für junge Leute", Nr. 1/72.
[15] Grundsatzerklärung der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken, beschlossen auf der 13. ordentlichen Bundeskonferenz vom 20. bis 23. 5. 1971 in Essen, veröffentlicht u. a. in „elan – Magazin für junge Leute", Nr. 7/72.

kommunistisch orientiert – gemeinsame Interessen hat. Für die Durchsetzung dieser gemeinsamen Interessen der Jugend müssen wir verstärkt zusammenarbeiten, müssen alle Demokraten gemeinsam handeln. Wer Trennendes in den Mittelpunkt stellt, hilft – gewollt oder nicht – den Jugendfeinden."[16]
Die Arbeiterjugendverbände setzen so die besten Traditionen der Arbeiterjugendbewegung fort und beherzigen die wertvolle Erfahrung, daß die Aktionseinheit der Arbeiterjugend die beste Garantie für die Vereinigung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Jugend im Interesse von Frieden, Demokratie und gesellschaftlichem Fortschrtt ist. Und das ist auch der zentrale Gedanke der Festival-Bewegung. „Die neun vorangegangenen Festivals haben in starkem Maße zur Entwicklung des Kampfes breiter Schichten der Jugend und der Studenten und zur Stärkung des vereinten Kampfes der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen, für Solidarität, Frieden und Freundschaft, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft unter der Jugend der Welt beigetragen."[17] Und erst recht jetzt steht die Jugend der Welt vor der Aufgabe, die X. Weltfestspiele zu einer neuen großen „Manifestation der Einheit der jungen Generation im Kampf gegen Imperialismus, für Solidarität, Frieden und Freundschaft" zu machen.[18]
Die proletarische Jugendbewegung ist – nach Karl Liebknechts Worten – „eine Schöpfung des revolutionären Geistes, der in der doppelt bedrängten und ausgesogenen Arbeiterjugend emporloderte. Ihre Geburt, ihr Aufstieg vollzog sich unter Blitz und Donner."[19] Setzte sie sich in jahrelangen Kämpfen erfolgreich gegen alle Verbots- und Unterdrückungsversuche der herrschenden Klasse, gegen alle Gängelungs- und Knebelungsversuche durch die offizielle sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie zur Wehr, gelangen ihr in der Zeit des ersten imperialistischen Weltkriegs die ersten Erfolge im Kampf gegen den Militarismus. Im Jahre 1916 scheiterte der Versuch der Militaristen, einen Sparzwangerlaß zur Finanzierung ihres Krieges durchzusetzen, an machtvollen Streiks der Jungarbeiter. In den folgenden Jahren wuchsen die Bestrebungen zur Vereinigung der revolutionären deutschen Arbeiterjugend, bis im Oktober 1918 mit der Gründung der „Freien Sozialistischen Jugend" erstmals eine einheitliche Organisation der revolutionären Jugend in ganz Deutschland bestand, die sich ab September 1920 „Kommunistische Jugend Deutschlands" (KJD) nannte.
Der KJD unternahm verstärkte Anstrengungen zur Herstellung der Einheitsfront der proletarischen Jugend zur Sicherung der elementaren Lebensinteressen, arbeitete aktiv im „Reichsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen (Rajo)", mit dem sozialdemokratische, gewerkschaftliche und kommunistische Jugendverbände erstmals gemeinsam für die Verbesserung der sozialen Lage der werktätigen Jugend kämpften.
In vielen Kämpfen und gegen viele Widerstände wuchs diese gemeinsame Aktion der Jugendlichen verschiedener Weltanschauung und bekam neue große Bedeutung im Kampf gegen den Faschismus. In den antifaschistischen Widerstandsgruppen, in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, in der Bewegung des Nationalkomitees „Freies Deutschland", in den Jugendgruppen der Emigration

[16] „Fünf Grundrechte . . .", a.a.O.
[17] Aufruf der konstituierenden Beratung . . ., a.a.O.
[18] Ebenda.
[19] Karl Liebknecht, a.a.O., Bd. 2, S, 111.

schufen Jugendliche verschiedener sozialer Herkunft und Weltanschauung ein gemeinsames Kampfbündnis. Damit entstand eine wesentliche Voraussetzung für die Einheit der Jugendbewegung, wie sie am 7. März 1946 im Gebiet der heutigen DDR durch die Gründung der „Freien Deutschen Jugend (FDJ)" Wirklichkeit werden konnte.
Für die Jugend der Bundesrepublik ist das Streben nach gemeinsamem Handeln Tagesaufgabe geblieben, deren Verwirklichung im Kampf gegen die Wiederaufrüstung, in der Ostermarschbewegung bis zu den vielfältigen Aktivitäten der heutigen Tage immer angestrebt wurde.
Und nicht zuletzt sei auf Karl Liebknechts Hinweis aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterjugend nicht nur die einigende und mobilisierende Kraft in der gesamten fortschrittlichen Jugendbewegung ist, sondern auch große Verantwortung trägt für die Einigung aller fortschrittlichen Kräfte: „Wo immer sich der revolutionäre Kampfgeist des deutschen Proletariats regte, in Kundgebungen und Taten, Demonstrationen und Streiks, in Propaganda und Aktion, allenthalben stand die freie Jugend mit an der Spitze oder eilte den Erwachsenen voran, denen sie an den schwierigsten Posten mit Hingebung half und die sie in den wichtigsten, in den entscheidenden Handlungen mit stürmischer Begeisterung vorandrängte."[20]

Im Festivalland DDR sind Forderungen der Arbeiterjugend verwirklicht

„Jawohl, wir, die Arbeiter, wie auch die Masse der Kleinbesitzer führen ein Leben voller unerträglicher Bedrückung und Leiden. Unsere Generation hat es schwerer als unsere Väter. In einer Beziehung aber sind wir weitaus glücklicher daran als unsere Väter. Wir haben es gelernt und lernen es schnell, zu kämpfen – und nicht als einzelne zu kämpfen, wie die Besten unter unseren Vätern gekämpft haben, nicht im Namen von Losungen bürgerlicher Schönredner, die uns im Inneren fremd sind, sondern im Namen unserer eigenen Losungen, der Losungen unserer Klasse. Wir kämpfen besser als unsere Väter. Unsere Kinder werden noch besser kämpfen, und sie werden siegen."[21]
Lenins Worte, geschrieben 1913, sind Wirklichkeit geworden. Lenins Kinder haben gesiegt und ebenso wie die Enkel von Karl Marx und Friedrich Engels den ersten sozialistischen Staat auf deutschen Boden erkämpft. Im Festivaljahr 1973 ist die Jugend der DDR Gastgeber für die Jugend der Welt. Sie kann auf eine stolze Bilanz blicken. Sieben Jahrzehnte Kampf der deutschen Arbeiterjugend gegen Imperialismus, Militarismus, Faschismus und Krieg, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus wurden in der DDR zum Erfolg geführt. Die FDJ beendete die verhängnisvolle Spaltung der Jugend und schuf deren politische und organisatorische Einheit, deren Kern die Arbeiterjugend ist. Die FDJ ist so Erbe und Fortsetzer aller fortschrittlichen Traditionen der deutschen Jugendbewegung. Die FDJ ist die einzige Jugendorganisation, die die Programme und Forderungen der Arbeiterjugend seit der Gründung der ersten Arbeiterjugendorganisationen 1904 und ihre eigenen Programme vollständig erfüllt hat und erfüllen konnte.

[20] Ebenda, S. 112.
[21] Lenin, Werke, Bd. 19, S. 226 f.

Denn mit der Gründung der DDR war in Deutschland erstmals ein Staat entstanden, dessen Ziele und Politik völlig mit den Idealen, Wünschen und Forderungen der fortschrittlichen Jugend übereinstimmen. In der Bundesrepublik dagegen muß die Arbeiterjugend noch heute gegen die alten Feinde und Verderber kämpfen, die ihren imperialistischen Klassenstaat wiedererrichtet haben, für die Durchsetzung ihrer Forderungen, für die Grundrechte der Jugend. Die Kampflosungen der Arbeiterjugend von 1904 sind die Kampflosungen der Arbeiterjugend von 1973 geblieben.
Die X. Weltfestspiele in Berlin, der Hauptstadt der DDR, werden für viele Jugendliche aus der Bundesrepublik Anlaß sein, sich mit eigenen Augen von der sozialistischen Wirklichkeit zu überzeugen, um danach mit neuen Anregungen und neuem Mut den Grundrechten der Jugend auch hier zum Durchbruch zu verhelfen.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,–

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name .....
Ort .....
Straße .....

Ich bestelle:
..... **Exemplar(e) des Protokolls**

Schicken an:
Weltkreis-Verlag-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,– DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information – Dokumentation – Argumentation – Theorie

An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl. von rote blätter Nr. .....

☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Folklore und revolutionäre Lieder aus aller Welt

Aus unserem Angebot:

100 Jahre Deutsches Arbeiterlied

Eine Dokumentation (2 Langspielplatten)
Diese Schallplatten-Anthologie vermittelt einen Überblick über die Entwicklung des deutschen Arbeiterliedes von rund 100 Jahren — von 1844 bis 1945. Umfangreiche Textbeilage!
Bestell-Nr. 810015/16
Zum DDR-Preis: DM 24,20

BERTOLT BRECHT:

Die Tage der Commune

In der Bühnenfassung des Berliner Ensembles — Musik: Hans Eisler
Diese Schallplattenkassette (3 LP's) ist nicht nur für den Kenner Brechts gedacht. Sie stellt ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung dar.
Bestell-Nr. 860182/84
Zum DDR-Preis: DM 42,–

Völker hört die Signale

Internationale Arbeiterkampflieder: Die Internationale; Brüder, zur Sonne, zur Freiheit; Die Arbeitermarseillaise; Matrosen von Kronstadt; Unsterbliche Opfer; Sozialistenmarsch; Brüder, seht, die rote Fahne; Warschawjanka; Bandiera Rossa; Solidaritätslied; Die Thälmann-Kolonne; Das Einheitsfrontlied; Die Moorsoldaten; Wir sind die erste Reihe u. a.
Bestell-Nr. 815061
Zum DDR-Preis: 12,10 DM

Gisela May

Die spezielle Note. Gisela May singt neue Chansons.
Bestell-Nr. 855183
Zum DDR-Preis: 16,10 DM

Fordern Sie unseren Schallplatten-Gesamtkatalog an!

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

Dokumente

Aufruf der konstituierenden Beratung des Internationalen Vorbereitungskomitees für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Jugend und Studenten der Welt!

Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten werden in Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, vom 28. Juli bis 5. August 1973 stattfinden. Die neun vorangegangenen Festivals haben in starkem Maße zur Entwicklung des Kampfes breiter Schichten der Jugend und der Studenten und zur Stärkung des vereinten Kampfes der Jugend- und Studentenorganisationen mit unterschiedlichen politischen, philosophischen und religiösen Anschauungen, für Solidarität, Frieden und Freundschaft, zur Entwicklung der Zusammenarbeit, des Verständnisses und der Freundschaft unter der Jugend der Welt beigetragen.

Seit dem IX. Festival in Sofia ist der Strom der Kräfte, die gegen den Imperialismus und dessen Politik des Krieges, der Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, ständig gewachsen und hat seine Positionen verstärkt. Jetzt stehen den revolutionären, progressiven und demokratischen Kräften, die die Oberhand über die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion in der großen historischen Konfrontation zwischen beiden gewonnen haben, neue ermutigende Perspektiven offen. Die Jugend und die Studenten sind aktiv in die sozialen und politischen Kämpfe der Völker einbezogen worden, haben ihre Rolle dabei verstärkt und sich dem antiimperialistischen Kampf für nationale und soziale Befreiung, für Unabhängigkeit und Freiheit, für Demokratie und sozialen Fortschritt, für die Entwicklung einer neuen Gesellschaft dynamisch angeschlossen.

Seit dem IX. Festival haben die progressiven, demokratischen und friedliebenden Kräfte durch ihren Kampf dem Imperialismus neue Schläge versetzt. Aber angesichts seiner wiederholten Rückschläge und wachsenden Schwierigkeiten verstärkt der Imperialismus seine Aggressivität, benutzt er alle Mittel in dem Versuch, seine Positionen zu halten oder verlorenen Boden wiederzuerlangen. Die von den heldenhaften Völkern Vietnams, Laos' und Kambodschas errungenen Siege, die Erfolge der progressiven Kräfte in der Welt zeigen, daß es heute möglich ist, den Imperialismus und die Reaktion zurückzuzwingen und sie schließlich zu schlagen.

Wir sind uns deshalb bewußt, daß die Entwicklung der Aktion und der Einheit aller antiimperialistischen, demokratischen und progressiven Kräfte in größerem Maße möglich und notwendig ist als je zuvor, um Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Fortschritt und Frieden in der Welt zu gewährleisten. Wir sind sicher, daß die Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten eine neue große Manifestation der Einheit der jungen Generation im Kampf gegen Imperialismus, für Solidarität, Frieden und Freundschaft sein werden.

Wir begrüßen die Initiative der Freien Deutschen Jugend und danken ihr für ihren Vorschlag, das X. Festival in der Hauptstadt der DDR durchzuführen, deren Beitrag zum antiimperialistischen Kampf und deren Politik des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt die Unterstützung der Massen der Jugend und der Studenten genießt.

Wir rufen die Jugend und die Studenten der Welt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Überzeugungen und ihre Organisationen auf, sich auf die Teilnahme am X. Festival, einer neuen und wichtigen Phase für die Stärkung ihrer Geschlossenheit, ihres Kampfes für Solidarität, Frieden, Fortschritt und eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Die Vorbereitung und der Inhalt des X. Festivals: Es wird ein einmütiger Ausdruck der internationalen Solidarität mit dem heldenhaften Kampf der Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas sein, und wir fordern, daß der US-Imperialismus seine Truppen aus Indochina vollständig und bedingungslos abzieht, seine Unterstützung für die Marionettenregimes in Saigon, Vientiane und Phnom Penh einstellt und die Völker dieser drei Länder ihre eigenen Angelegenheiten ohne Einmischung entscheiden läßt.

Es wird eine machtvolle Demonstration der Solidarität mit der nationalen Befreiungsbewegung, mit dem Kampf der Jugend der arabischen Länder, des palästinensischen Volkes, der Menschen der portugiesischen Kolonien, Afrikas, Lateinamerikas und Asiens für ihre Freiheit, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Zionismus und Apartheid sein.

Es wird der Jugend und den Studenten der Welt die Möglichkeit geben, ihre Solidarität mit der Jugend der sozialistischen Länder, die den Sozialismus angesichts imperialistischer Manöver und Provokationen aufbauen, zu zeigen und einen entscheidenden Beitrag zum Kampf gegen Imperialismus, für Frieden, Solidarität und Freundschaft zu leisten.

Es wird die Solidarität mit den bedeutenden Kampfaktionen der Jugend und Studenten in den kapitalistischen Ländern gegen die Ausbeutung durch die Monopole, gegen Unterdrückung, für die Durchsetzung ihrer Rechte und Bestrebungen, für tiefgreifende ökonomische und soziale Veränderungen und für Demokratie zum Ausdruck bringen.

Es wird eine neue machtvolle Demonstration der internationalen Solidarität mit der Jugend und den Studenten sein, die gegen Faschismus, für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Es wird die tiefen Bestrebungen und die Verpflichtung der Jugend zum Kampf für Abrüstung und Frieden bekräftigen, wie es die vielen wichtigen Initiativen der Jugend in Europa für Sicherheit und Zusammenarbeit auf ihrem Kontinent beweisen.

Das X. Festival wird alle bedeutenden Probleme unserer Zeit, die die Jugend und die Studenten berühren, sowie die ganze Vielfalt des heutigen Kampfes für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele widerspiegeln. Es wird ein Höhepunkt und eine neue Stufe in ihrem Kampf sein.

Das X. Festival wird die reichen Traditionen der vorangegangenen Festivals fortsetzen und eine bedeutungsvolle und begeisternde politische, kulturelle und sportliche Initiative der Jugend und der Studenten sein.

Wir rufen jetzt die jungen Männer und Frauen aller Länder auf, sich durch Aktionen und eine möglichst breite antiimperialistische Einheit auf die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vorzubereiten. Wir fordern die internationalen und nationalen Organisationen, alle politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Jugend und der Studenten, die mit diesem Aufruf einverstanden sind, auf, mit dem breiten und offenen Prozeß der Vorbereitung des Festivals zu beginnen, bei der Ausarbeitung seines Programms zu helfen, möglichst breite

und nationale Vorbereitungskomitees – unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten – zu schaffen, die Teilnahme aller Kräfte, die die Ziele des Festivals teilen und bereit sind, zu seinem Erfolg beizutragen, zu unterstützen.

Setzen wir die große Bewegung der Weltfestspiele fort, entwickeln wir sie, indem wir den Erfolg der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin, die eine große Initiative im Kampf für Solidarität, Frieden und Freundschaft, eine große Demonstration der Einheit der Jugend im antiimperialistischen Kampf sein werden, sichern.

Es leben die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten!

Sofia, 21. Januar 1972

Beschluß des 3. Bundeskongresses der SDAJ 31. 3.–2. 4. 1972 X. Festival der Jugend und Studenten

Der III. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) begrüßt den Beschluß des Internationalen Vorbereitungskomitees, die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der Zeit vom 28. 7. bis 3. 8. 1973 in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu veranstalten.

Die SDAJ stimmt dem Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees zu, in dem es u. a. heißt:

„Wir begrüßen die Initiative der Freien Deutschen Jugend und danken für ihren Vorschlag, das X. Festival in der Hauptstadt der DDR durchzuführen, deren Beitrag zum antiimperialistischen Kampf und deren Politik des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt die Unterstützung der Massen der Jugend und der Studenten genießt.

Wir rufen die Jugend und die Studenten der Welt mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Überzeugungen und ihre Organisationen auf, sich auf die Teilnahme am X. Festival, einer neuen und wichtigen Phase für die Stärkung ihrer Geschlossenheit, ihres Kampfes für Solidarität, Frieden, Fortschritt und eine bessere Zukunft vorzubereiten."

Der Plan, das X. Festival im Sommer 1973 in Berlin durchzuführen, wird von zahlreichen demokratischen Jugend- und Studentenverbänden unseres Landes begrüßt. Die SDAJ strebt als Mitglied des Arbeitskreises Festival, des Trägers und Repräsentanten der Festivalbewegung in der BRD, bei der Vorbereitung des Festivals in unserem Land und für die Teilnahme am Festival die gleichberechtigte Zusammenarbeit breitester Teile der Jugend und ihrer Verbände auf der Grundlage des Internationalen Aufrufs und gemeinsam erarbeiteter Positionen an.

Der III. Bundeskongreß der SDAJ ruft die Gruppen und Leitungen des Verbandes, die Mitglieder der demokratischen Jugend- und Studentenverbände auf, das Festival auf allen Ebenen durch gemeinsame Aktionen für die Rechte der Jugend vorzubereiten. Beraten wir gemeinsam, wie wir im Geiste der Festivalideen Frieden, Freundschaft und Solidarität den Kampf verstärken für

- die europäische Sicherheit, Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau, für das baldige Stattfinden einer europäischen Sicherheitskonferenz,

- die völkerechtliche Anerkennung der DDR, für die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO,
- die Verstärkung der Spendenaktion zum Bau eines Kinderkrankenhauses in Hanoi, zu der der Weltbund der Demokratischen Jugend unter der Losung „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an" aufgerufen hat,
- die Solidarität mit Angela Davis und die Befreiung aller anderen inhaftierten und verfolgten Demokraten.

Das X. Festival wird die größte internationale Jugendbewegung unserer Zeit werden. Es wird geprägt sein vom Kampf der Jugend um eine glückliche Zukunft, von der Absage der Jugend an Imperialismus, Kolonialismus, Antikommunismus, Faschismus und Rassendiskriminierung.
Alle jungen Menschen unseres Landes sind aufgerufen, in diesem Sinne zum Erfolg des X. Festivals beizutragen.

Beschluß der 8. DGB-Bundesjugendkonferenz vom 17. bis 19. 11. 1972

Gewerkschaftliche Jugendarbeit auf internationaler Ebene strebt die Zusammenarbeit der jungen Gewerkschafter und ihrer Vertreter auf allen Gebieten und Ebenen jugend- und gewerkschaftspolitischen Wirkens an.
Voraussetzung dafür sind intensive gegenseitige Information und Erfahrungsaustausch aus der gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Arbeit im nationalen Bereich. Da die internationalen Maßnahmen vor allem auch dem Abbau von Vorurteilen dienen, sollten die sozialistischen Länder dabei nicht ausgeklammert werden.
Bei der Planung von Programmen für Auslandsfahrten und den dazugehörenden Begegnungen müssen die oben beschriebenen Gesichtspunkte künftig stärker berücksichtigt werden. Für den Austausch von Information und die Diskussion der unterschiedlichen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern ist mehr Zeit als bisher aufzuwenden. Ebenso sollte für die Diskussion über Möglichkeiten konkreter Zusammenarbeit der jeweiligen Situation entsprechend genügend Raum freigehalten werden. Der Besuch von Gedenkstätten und ehemaligen Konzentrationslagern sowie Besichtigung von Betrieben und Ausbildungsstätten bleibt zentraler Bestandteil des jeweiligen Programms.

1. Die Berücksichtigung dieser Grundsätze bedeutet:
   a) Studienfahrten sind u. a. in folgende Länder vorzunehmen: Frankreich, Italien, Benelux, Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Jugoslawien, Polen, UdSSR, CSSR, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, DDR.
   b) Studienfahrten sollten ausschließlich Seminarcharakter haben; Besichtigungen von Betrieben und Ausbildungsstätten sowie Besuche von Gedenkstätten sind in das Seminar-Programm einzubeziehen.
   c) Die Teilnahme von jungen Kolleginnen und Kollegen des jeweiligen Landes ist sicherzustellen.
   d) Auf jeden Fall ist ein intensiver Kontakt mit den jeweiligen Gewerkschaftsorganisationen des Landes zu pflegen.

   e) Die Teilnehmer an solchen internationalen Fahrten sollen vorher an einem Vorbereitungsseminar teilgenommen haben.
   f) Die Reisedauer ist dem jeweiligen Umfang und Inhalt des Programms anzupassen.
2. Bei den internationalen Seminaren sollten folgende inhaltliche Punkte berücksichtigt und in die jeweiligen Programme aufgenommen werden:
   a) Politische und wirtschaftliche Situation des Besucherlandes;
   b) Struktur, Aufbau, Arbeitsweise und Bedeutung der Gewerkschaften;
   c) Unterschiede zur Bundesrepublik, z. B. Selbstverwaltung – Mitbestimmung;
   d) Einflußmöglichkeiten der Jugendorganisationen auf das gesellschaftliche und politische Leben des jeweiligen Landes;
   e) im westlichen Ausland: Kapitalverflechtung, internationales Kapital usw.;
   f) Möglichkeiten der künftigen Zusammenarbeit, z. B. Information über Arbeitskämpfe – Solidaritätsaktionen – Arbeitsbedingungen in den nationalen Betrieben multinationaler Konzerne.
3. Internationale Jugendarbeit muß künftig stärker den wechselseitigen Austausch von Jugendgruppen beinhalten.
   a) Das bedeutet, daß solche Seminare, wie unter 1. angeführt, auch in der BRD mit gleichem Inhalt durchgeführt werden.
   b) Unter diesem Aspekt sollten die bisherigen internationalen Seminare gesehen und umgewandelt werden.
   c) Dieser Austausch sollte mit allen Ländern vereinbart werden, die wir besuchen.
4. Darüber hinaus sollten regionale bzw. örtliche Gewerkschaftsgremien in Grenzbereichen der Bundesrepublik mit den angrenzenden ausländischen Bruderorganisationen einen intensiven Kontakt anstreben. Die jeweilige Form bleibt den Veranstaltungen vorbehalten.
5. Zukünftig sollten im Zuge der allgemeinen Entspannungspolitik der Bundesregierung vor allem offizielle Kontakte mit der DDR, der Sowjetunion, Polen und der CSSR aufgenommen bzw. bereits bestehende Kontakte vertieft werden. Diese Kontaktaufnahme sollte nach Möglichkeit nicht nur auf zentraler, sondern auch auf regionaler und örtlicher Ebene erfolgen.
6. Die Gewerkschaftsjugend beteiligt sich an den X. Weltjugendspielen im Sommer 1973 in Ost-Berlin und nimmt an der Vorbereitung dieser Veranstaltung teil.

facit Reihe 3

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa –

Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein (DM 3,00 + Porto)

Für die Interessen der Studenten — Für das Bündnis mit der Arbeiterklasse — Für die Solidarität im antiimperialistischen Kampf:
MACHT DEN SPARTAKUS STARK!

Aufruf zum 2. Bundeskongreß des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS hat seit seiner Gründung am 21. Mai 1971 wesentlich dazu beigetragen, daß die Zahl der Studenten gewachsen ist, die für die Verbesserung ihrer Lage einheitlich handeln, die erkennen, daß ihre Interessen nur im Kampf gegen das Großkapital und seine Parteien durchgesetzt werden können.

Immer weniger Studenten wollen eine Ausbildung hinnehmen, durch die sie im späteren Beruf als Juristen, Lehrer, Ärzte und Ingenieure gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten mißbraucht werden sollen. Das Ziel der Mehrheit der Studenten ist es, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und im Dienste des Fortschritts einzusetzen und nutzbar zu machen.

Immer mehr Studenten erkennen: Ihr Platz ist an der Seite der Arbeiterklasse, der stärksten Kraft im Kampf gegen Großkapital und Reaktion.

Der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS ist der Studentenverband, der für die Brechung der Macht des Großkapitals, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft. Er wird von Großkapital und politscher Reaktion erbittert bekämpft, weil die Herrschenden wissen: wenn es ihnen gelingt, den Marxistischen Studentenverband zu schwächen, wird die gesamte Studentenbewegung getroffen. Weil sie wissen: Je stärker der MSB SPARTAKUS, um so wirksamer der Kampf der Studenten, um so größer die Möglichkeit, Sektiererei und Isolierung der Studentenbewegung von der arbeitenden Bevölkerung zu überwinden.

Doch weder Berufsverbote und andere Unterdrückungsmaßnahmen, noch Verleumdungsfeldzüge der Springerredaktionen konnten verhindern, daß die Zahl derer zugenommen hat, die wissen: wer kämpfen will, braucht Genossen, muß sich organisieren.

Der MSB SPARTAKUS ist stärker geworden.

Der 2. Bundeskongreß des MSB vom 19. bis 24. 2. 1973 in Hamburg ist eine wichtige Etappe in der Entwicklung unseres Verbandes. Denn auf diesem Kongreß stehen diejenigen Fragen im Mittelpunkt, die den Studenten auf den Nägeln brennen, denen in überfüllten Seminaren ein vernünftiges Studium unmöglich gemacht wird. — Die nach demokratischen und sozialistischen Alternativen zum herrschenden Lehrangebot suchen. — Die für schlechte Buden immer höhere Mieten bezahlen müssen. — Die unzufrieden damit sind, daß ihnen das, was sie im Studium lernen, in ihrem späteren Beruf wenig hilft. — Die nicht wollen, daß ihre wissenschaftliche Arbeit für arbeiterfeindliche Zwecke eingespannt wird. — Die unter irrationalem Prüfungsdruck leiden oder durch den Numerus clausus von Studiengängen ausgesperrt werden, die ihren Fähigkeiten entsprechen.

Auf diesem Kongreß kommen die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache. Arbeiter und Angestellte sind ebenso von

der Bildungsmisere betroffen, wie die Studenten: Ihren Kindern wird in überfüllten Schulklassen die Zukunft verbaut, weil zuwenig Lehrer ausgebildet werden. Sie haben unter dem Ärztemangel zu leiden. Sie haben mit uns das Interesse, daß das Bildungswesen ausgebaut wird, daß die ausschließliche friedliche Nutzung der Wissenschaft gesichert wird, daß das Bildungssystem demokratisiert wird.

Auf diesem Kongreß wird diskutiert, wie die Lage der Studenten verbessert werden kann. Wie die gemeinsamen Interessen der Studenten mit der werktätigen Bevölkerung zur Geltung gebracht werden können. Wie eine demokratische Hochschulreform durchgesetzt werden kann. Auf diesem Kongreß wird der Beitrag diskutiert, den wir Studenten für den gesamtgesellschaftlichen Kampf, für Frieden und Abrüstung, für die Solidarität mit allen Völkern, die gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, Rassismus und Faschismus kämpfen, heute leisten müssen.

Auf diesem Kongreß werden wir sagen, was man tun muß, um die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Wir werden die Ziele angeben, für die Studenten heute kämpfen müssen:

Bildung statt Rüstung! — Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, der Lehrlinge, Schüler und Studenten! — Gegen den Abbau demokratischer Rechte! Für Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen! — Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Abrüstung! — Für das gemeinsame Handeln von Arbeitern und Studenten! — Die Aktionseinheit der Studentenbewegung herstellen!

Diese Ziele bilden auch die Schwerpunkte eines Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten, das dem Kongreß zur Diskussion und Verabschiedung vorliegen wird. Es steht unter dem Motto „Für die eigenen Interessen kämpfen! — Mit der Arbeiterklasse verbünden!"

Mit dem Entwurf dieses Programms wenden wir uns schon vor dem Kongreß an alle Studenten, an die demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen, an Gewerkschaftler und fortschrittliche Hochschullehrer. Wir fordern alle auf:

Diskutiert dieses Programm, macht dazu eigene Vorschläge! Alle Anregungen werden wir berücksichtigen. Denn mit diesem Programm macht der MSB SPARTAKUS Aktionsvorschläge für das gemeinsame Handeln der Studentenbewegung und aller fortschrittlichen Kräfte gegen das Großkapital und die Reaktion. Unterschiedliche politische und weltanschauliche Auffassungen dürfen nicht gemeinsame Aktionen verhindern. Nur gemeinsam können wir unsere Forderungen durchsetzen.

Die beste Vorbereitung für den 2. Bundeskongreß sind gemeinsame Aktionen. Gegen den materiellen Bildungsnotstand in den Instituten, Fachbereichen und Universitäten. Gegen Berufsverbote und Maulkorbverordnungen gegen die Studenten.

Für die Solidarität mit allen um ihre Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völkern. Für Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit für Vietnam. Für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Afrika, die gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfen.

Bereiten wir gleichzeitig durch solche Aktionen in unserem Land die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten mit vor, die 1973 in Berlin, der Hauptstadt der DDR, stattfinden werden und die eine große Demonstration der Einheit der Jugend im Kampf für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft sein werden!

Studenten an den Hoch- und Fachhochschulen der BRD:
Kämpft gemeinsam mit der marxistischen Studentenorganisation für das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz.
Organisiert Euch im SPARTAKUS!
Genossinnen und Genossen,
bereitet unseren 2. Bundeskongreß gut vor. Diskutiert mit möglichst vielen über den Programmentwurf. Gewinnt bis zum 19. Februar neue Mitglieder für unseren Verband und neue Leser für die roten blätter. Stärkt den Kampffonds des Verbandes durch Geldsammlungen.
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS
beschlossen auf der 7. Tagung am 25. 11. 1972 in Münster

Schlußresolution des Straßburger Internationalen Studentenseminars

Vom 5.–8. Dezember 1972 fand in Straßburg (Frankreich) ein Internationales Studentenseminar statt, das von der Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) und dem VDS mit Unterstützung des Internationalen Studentenbundes (ISB) organisiert wurde. Es stand unter dem Thema:
„Europa, die Studenten und die Hochschule in den kapitalistischen Ländern und die Demokratisierung des Bildungswesens".
Die nationalen Studentenverbände von 20 Ländern waren vertreten. Zwei internationale Organisationen waren anwesend.
Die Arbeiten verliefen in freundschaftlicher Atmosphäre und im Geiste der Zusammenarbeit.
Die nationalen Studentenverbände untersuchten die Lage der Studenten, die Bildungspolitik, die Probleme der Bildungsplanung und die Konsequenzen der kapitalistischen Integration des Bildungswesens, die Kämpfe der Studenten für ihre Forderungen sowie die Erfahrungen bei der Entwicklung des Hochschulwesens in den sozialistischen Ländern.
In der letzten Zeit haben die Studenten der kapitalistischen Länder Europas machtvolle Kämpfe für ihre Forderungen, für eine demokratische Hochschule entwickelt. Die Studentenbewegung verbindet sich mehr und mehr mit der Gesamtheit der demokratischen Bewegung; mit den demokratischen Organisationen, insbesondere mit den Gewerkschaften, verbinden sie immer engere Beziehungen.
Auf diese Weise nimmt sie im politischen Leben der Gegenwart einen immer wichtiger werdenden Platz ein.
Die Lage der Studenten in den meisten kapitalistischen Ländern Europas verschärft sich zusehends.
Die Lebens- und Studienbedingungen werden immer schlechter. So hat sich in zahlreichen Ländern im Laufe der Jahre die soziale Sicherung der Studenten (Ausbildungsförderung, Mensen und Studentenheime) verschlechtert, während gleichzeitig die Preise immer schneller in die Höhe getrieben werden. Eine große Zahl Studenten sieht sich daher gezwungen, eine Arbeit anzunehmen, um die

Studienkosten bestreiten zu können. Die soziale Lage der Studenten nähert sich immer mehr derjenigen der Arbeiter und der werktätigen Massen. Ihre Zukunft ist immer weniger gesichert.
Wie das ganze Bildungssystem ist auch die Hochschule in den kapitalistischen Ländern stark durch die soziale Selektion gekennzeichnet, die vor allem die Arbeiter- und Bauernkinder trifft. Diese soziale Selektion wird weiter verstärkt durch die unzureichende soziale Sicherung des Studiums, durch die allgemeine Einführung des Numerus clausus und durch die Zunahme des Scheiterns in den Prüfungen. Auf diese Weise wird das Recht auf Bildung noch mehr in Frage gestellt.
Doch auch die Studieninhalte entsprechen nicht den Interessen der Studenten. Sie tragen nicht den Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens Rechnung. Statt dessen unternehmen die Regierungen der meisten kapitalistischen Länder zahlreiche Anstrengungen, um an den Hochschulen die Verbreitung von reaktionärem Gedankengut zu fördern. In einigen Fällen geht das bis zu faschistischen, rassistischen und neokolonialistischen Theorien.
In einigen Ländern erreicht die Drop-out-Quote ungeheure Ausmaße und trägt mit dazu bei, die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung zu hemmen.
Aufgrund der völlig unzureichenden und fortwährend reduzierten Ausgaben für Bildung und Wissenschaft regiert in zahlreichen kapitalistischen Ländern an immer mehr Hochschulen der materielle Notstand. Er schlägt sich insbesondere im Mangel an Räumen, Lehrkräften und Lehrmitteln nieder.

Die Hochschule vermittelt keine wirkliche Berufsausbildung; zahlreiche Studenten mit Examen finden keine Anstellung oder sind außer- oder unterhalb ihrer Qualifikation und bei entsprechend geringerer Bezahlung beschäftigt. Hierbei handelt es sich um einen der wesentlichen Aspekte der Krise der Hochschule.

In dieser Krise manifestiert sich die Gesamtheit der Probleme, wie sie sich für die Studenten mit ungeheurem Ausmaß und in nie gekannter Schärfe stellen. Sie ist das Ergebnis der Auseinanderentwicklung der gesellschaftlichen Bedürfnisse einerseits und einer Hochschulpolitik andererseits, die nicht in der Lage ist, jene Bedürfnisse zu befriedigen.
Diese Situation hat außerordentliche schwere Konsequenzen für die Gesellschaft, und zwar in sämtlichen Lebensbereichen. Die Krise der Hochschule ist zugleich die Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Eine wirkliche demokratische Reform des ganzen Bildungssystems läßt sich nur durch grundlegende demokratische Veränderungen dieser Gesellschaft verwirklichen.
Die demokratischen Forderungen der Studenten entsprechen den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Ihre Verwirklichung würde die gesellschaftlich sinnlose Verschwendung von materiellen Mitteln und individuellen Fähigkeiten beenden und somit zum sozialen Fortschritt beitragen. Auf dieser Basis bestehen große Möglichkeiten der Zusammenarbeit und für gemeinsame Aktionen zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung und mit allen anderen demokratischen Kräften.

Wir müssen feststellen: auch die Regierungen der kapitalistischen Länder sprechen von „Krise" und „Reformen"; die gegenwärtige Situation des Bildungswesens befriedigt sie nicht. Die von ihnen vorgeschlagenen Lösungen und die von ihnen angewandten Mittel jedoch, einschließlich der auf „europäischer" Ebene, haben meist nichts anderes zum Ziel, als die Hochschulen immer besser den Bedürfnissen der nationalen und supranationalen Monopole anzupassen. Deshalb aber können diese Lösungen auch nicht den Erwartungen der Studenten

und den Erfordernissen einer wirklichen Weiterentwicklung des Bildungswesens nachkommen.

In den sozialistischen Ländern dagegen sind die grundlegenden Probleme der Entwicklung des Bildungswesens, so z. B. der freie Zugang aller Jugendlichen zum Hochschulwesen ohne soziale Diskriminierung, die Gestaltung der Lebens- und Studienbedingungen sowie die Mitwirkung der Jugend am gesellschaftlichen Prozeß, in einer positiven Weise im Interesse der Studenten und der gesamten Gesellschaft gelöst worden. Sicherlich tauchen neue Probleme auf, aber sie finden ihre Lösung im Laufe der Weiterentwicklung der Gesellschaft unter aktiver Teilnahme der Jugend und der Studenten.

Die Hochschulpolitik in den kapitalistischen Ländern ist durch einige wesentliche Tendenzen gekennzeichnet:

- Begrenzung der Studentenzahlen (Numerus clausus usw.);
- allgemeine Einführung von Kurzstudienlehrgängen, enge und abgeschlossene Spezialisierung, Senkung des Ausbildungsniveaus;
- Verminderung der Bildungsausgaben, die als kurzfristig nicht rentabel angesehen werden; verstärkte finanzielle Belastung der Bevölkerung;
- Umformung der Hochschulstrukturen, um sie den Interessen des Großkapitals besser anzupassen;
- in manchen Ländern der Versuch, Diplome und Examen abzuwerten, bzw. nicht anzuerkennen;
- in manchen Ländern wachsende Militarisierung der Hochschule;
- Anschläge auf die politischen und gewerkschaftlichen Rechte der Studenten und aller Hochschulangehörigen sowie ihrer Organisationen;
- Beschleunigung der kapitalistischen Integration der Bildungssysteme.

Angesichts dieser Bedrohung der Interessen der Studenten und für die Zukunft der Hochschule haben die Studenten in allen kapitalistischen Ländern Europas machtvolle Kämpfe entfaltet. Diese Kämpfe gingen stets mit Aktionen der Solidarität mit allen gegen soziale und nationale Unterdrückung, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfenden Völkern einher.

Die nationalen Studentenverbände bekräftigen, daß sie die politische, moralische und materielle Solidarität mit den Völkern und Studenten Vietnams und Indochinas verstärken werden, und fordern die Regierung der USA auf, unverzüglich das von der Regierung der DRV ausgehandelte 9-Punkte-Friedensabkommen zu unterzeichnen.

Eine Form der konkreten Solidarität ist die weltweite Kampagne für die Errichtung des Nguyen-van-Troy-Krankenhauses in Hanoi.

Ebenso die Solidarität mit den Völkern und Studenten, die im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Spanien und Griechenland sowie gegen die faschistische Diktatur in Portugal und deren Kolonialkriege stehen,

die Solidarität mit dem Kampf des türkischen Volkes und der türkischen Studenten gegen das Militärregime in ihrem Lande,

die Solidarität mit dem Volk und den Studenten in Irland im Kampf für ihre legitimen Rechte und gegen den britischen Kolonialismus, sind integraler Bestandteil der demokratischen Kämpfe der Studenten und müssen intensiviert werden.

Die Studentenverbände Europas sprechen sich von neuem für die Errichtung eines dauerhaften Friedens in Europa, für die Entwicklung der Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen den Völkern des Kontinents aus. Sie wünschen, daß die gegenwärtig in Helsinki stattfindenden Gespräche zur Vorbereitung der

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einen positiven Abschluß finden, in dem Geiste, wie er sich bei allen entsprechenden Initiativen der Jugend und der Studenten Europas in den letzten Jahren ausgedrückt hat. Ein Klima des Friedens in Europa würde auch die Bedingungen für die Reduzierung der Rüstungsausgaben und damit für die Erhöhung der Bildungsausgaben verbessern.

Die am Straßburger Seminar teilnehmenden nationalen Studentenverbände sind überzeugt, daß die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft", die vom 28. Juli bis 5. August 1973 in Berlin, Hauptstadt der DDR, stattfinden, eine Demonstration von höchster Bedeutung für die demokratische Jugend- und Studentenbewegung der ganzen Welt sein werden. Die Teilnehmer des Seminars haben ihren Willen bekundet, einen aktiven Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele zu leisten. Insbesondere gehen sie hierbei von ihrer Bedeutung für die Intensivierung gemeinsamer Aktionen für die demokratischen Forderungen der Jugend aus.

Die in Straßburg anwesenden nationalen Studentenverbände sind der Auffassung, daß die Hochschule den wirklichen Bedürfnissen der Gesellschaft zu gehorchen hat und nicht den kapitalistischen Profitgesetzen. In diesem Sinne unterstreichen sie, daß jede Bildungspolitik insbesondere den Kampf gegen die soziale Selektion zum Ziel haben muß. Zur Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen ist dringend geboten, daß die nationalen Studentenverbände der kapitalistischen Länder sich abstimmen und ihre Anstrengungen koordinieren. Dabei unterstützen die Studenten der sozialistischen Länder solidarisch und entschieden die Kämpfe der Studenten in den kapitalistischen Ländern Europas für ihre Forderungen und für die Demokratisierung des Bildungswesens.

Nach einer umfassenden Diskussion haben sich daher die nationalen Studentenverbände des kapitalistischen Europas entschieden, ihre Zusammenarbeit und gemeinsamen Aktionen im Hinblick auf die folgenden Punkte in besonderem Maße zu entwickeln:

- Anerkennung des Rechts auf Bildung durch eine ausreichende materielle Absicherung des Studiums, damit die Studenten ihr Studium normal absolvieren können;
- Erhöhung der nationalen Bildungsausgaben durch Kürzung der Rüstungsausgaben und verstärkte Besteuerung der Konzernherren;
- Sicherung einer umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung, die eine wirkliche Berufsqualifizierung einschließt und die permanente Weiterbildung ermöglicht. Diese Ausbildung muß die zukünftigen Lohnabhängigen befähigen, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen und den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu meistern;
- Garantie des öffentlichen Status des Hochschulwesens auf dem Gebiet von Finanzierung, Verwaltung und Inhalt der Ausbildung der Studenten;
- Respektierung und Erweiterung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung der Studenten und ihrer Organisationen bei der Verwaltung der Universität und in der gesamten Bildungspolitik;
- Anerkennung der Diplome und Staatsexamina durch den Staat und die Unternehmer, Anerkennung des Rechts auf Berufsausübung und Anstellung ohne politische, soziale, rassische oder religiöse Diskriminierung;
- Verteidigung der Forderungen, wie sie in dieser Plattform niedergelegt sind,

auch gegenüber den gemeinsamen Institutionen der kapitalistischen Länder Europas;
- Entwicklung der Zusammenarbeit sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen den Ländern Europas ohne Diskriminierung, auf der Basis der Gleichberechtigung und unter Wahrung des nationalen kulturellen Erbes mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils, des sozialen Fortschritts und des Friedens und im Geiste der Freundschaft und der internationalen Solidarität.

Die versammelten nationalen Studentenverbände Europas regen an:

1. Regelmäßig, mit Unterstützung des ISB, Konferenzen abzuhalten sowie Seminare und andere Initiativen zu organisieren, bei denen die nationalen Studentenverbände Europas die Probleme und die Lage der Studenten in den kapitalistischen Ländern behandeln, um gemeinsame Aktionen zu entwickeln;
2. in diesem Sinne das 11. European Meeting aktiv vorzubereiten;
3. gemeinsame Initiativen zur Verteidigung der demokratischen Forderungen der Studenten gegenüber den gemeinsamen Institutionen der kapitalistischen Länder Europas zu organisieren;
4. einen schnellen und permanenten Informationsaustausch zu entwickeln;
5. die Partnerschaft zwischen den Universitäten zu entwickeln, um die gemeinsamen Aktionen der Studenten zu verstärken;
6. die Bedingungen für die Vorbereitung gemeinsamer und zeitlich abgestimmter Aktionen zur Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen der Studenten der kapitalistischen Länder Europas sowie ihre möglichen Formen zu prüfen.

Die nationalen Studentenverbände unterstreichen die hervorragende Bedeutung des Internationalen Studentenbundes für die Entwicklung der internationalen Studentenbewegung und die bilaterale sowie multilaterale Zusammenarbeit zwischen den Studentenverbänden.

Alle Teilnehmer des Seminars haben die gemeinsamen Anstrengungen von UNEF und VDS sowie den Beitrag des ISB zur Organisierung dieses Seminars gewürdigt. Sie danken der UNEF und ihrer lokalen Vertretung von Straßburg für ihre herzliche Gastfreundschaft.

Straßburg, den 8. Dezember 1972

Presseinformation Nr. 48 a des Verbandes Deutscher Studentenschaften zum Straßburger Seminar

In Ergänzung der Presseinformation Nr. 48 vom 11. 12. 1972 legt der Vorstand des VDS folgende Kurzübersicht über die Ergebnisse des vom VDS mitveranstalteten Internationalen Studentenseminars von Straßburg vor.

I. Ein Vergleich der bildungspolitischen Situation in den verschiedenen kapitalistischen Ländern Europas ergab folgendes Bild:

1. In allen kapitalistischen Ländern Europas wird – in verschiedenen Formen – die Zahl der Studenten begrenzt. In einigen Ländern, z. B. Großbritannien, besteht ein allgemeiner Numerus clausus; in der Bundesrepublik, Frankreich, Niederlande, Norwegen und Schweden dagegen ein partieller. Was den Anteil der Abgewiesenen unter den Bewerbern betrifft, hält die Bundesrepublik die Spitze.

Hand in Hand damit geht eine deutlich soziale Selektion:

Österreich	:	5 % Arbeiterkinder
Belgien (1962)	:	12 % Arbeiterkinder
Dänemark (1964)	:	10 % Arbeiterkinder bei 43 % Arbeitern
BRD (1966)	:	8,5 % Arbeiterkinder
Finnland (1961)	:	17,6 % Arbeiterkinder
Frankreich	:	3,4 % Arbeiterkinder
Griechenland	:	7,2 % Arbeiterkinder
Irland	:	7,5 % Arbeiterkinder
Italien (1964)	:	15,3 % Arbeiterkinder und Angestellte
Niederlande (1961)	:	6,0 % Arbeiterkinder
Norwegen (1964)	:	7,0 % Arbeiterkinder
Schweden (1961)	:	14,0 % Arbeiterkinder
Schweiz (1961)	:	3,7 % Arbeiterkinder
Großbritannien (1961)	:	23,0 % Arbeiterkinder und Handwerker

Ein weiteres Mittel zur Begrenzung der Studentenzahl – neben den Zulassungsbeschränkungen – ist die Erhöhung der Quote der Studenten, die Zwischen- und Abschlußprüfungen nicht bestehen bzw. aus Gründen unzureichender materieller Sicherung des Studiums ihre Hochschulausbildung abbrechen müssen:

Dänemark	50 %	
Frankreich	70 %	
Niederlande	40 %	
BRD	45 %	
Italien	50 %	
Schweiz	30 %	
Belgien	60 %	(Universität Brüssel)

2. In allen kapitalistischen Ländern Europas werden Kurzstudiengänge eingeführt.

3. In allen kapitalistischen Ländern Europas werden die staatlichen Bildungsausgaben – zumindest relativ – eingeschränkt.

● Beispiel Frankreich: Senkung der Bildungsausgaben von 1971 auf 1972 um 9,5 Prozent.

Das äußert sich

● in der Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten:
- Frankreich: 4 Prozent Erhöhung der Stipendien bei 6 Prozent Preissteigerung im gleichen Zeitraum;
- Bundesrepublik: 5 Prozent Erhöhung des Höchstförderungsbetrages seit 1970, bei über 6 Prozent Preissteigerung jährlich;

● in der Verschlechterung ihrer Ausbildunsbedingungen: Mangel an Räumen, Lehrpersonal und Lehrmitteln.
- Beispiel Frankreich: Auf 100 Studenten in Rechts- und Geisteswissenschaften kommen nur 63 reale Studienplätze.

Gleichzeitig werden Ausbildungskosten zunehmend privatisiert, d. h. dem Auszubildenden selbst oder aber über allgemeine Steuererhöhungen der arbeitenden Bevölkerung aufgebürdet.

● Beispiel: Niederlande, wo die Studiengebühren von 200 Gulden um 500 Prozent auf 1000 Gulden erhöht worden sind.

4. Sämtliche Studentenverbände kämpfen für die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Studenten.

Z. B. in Frankreich und der BRD sind erst nach 1968 Hochschulgesetze entworfen worden, die auch eine Beteiligung der Studenten vorsehen. Allen kapitalistischen Ländern ist gemeinsam, daß die Mitbestimmungsrechte relativ begrenzt sind oder sogar faktisch überhaupt nicht bestehen. Vor allem aber haben die Organisationen der Arbeiter und Angestellten in den Hochschulen und in der Bildungspolitik insgesamt keine oder nur geringe Einflußmöglichkeiten.

In allen Ländern sind diese bestehenden Mitbestimmungsrechte — so gering sie sein mögen — durch die Studenten und die Organisationen der Arbeiter und Angestellten in harten Kämpfen errungen worden.

Gegenwärtig wird in mehreren Ländern versucht, selbst die bestehenden minimalen Mitbestimmungsrechte durch Gesetzesänderung wieder rückgängig zu machen (insbesondere Finnland und BRD) bzw. die bestehenden Interessenorganisationen der Studenten, mit deren Hilfe die Studenten ihre Mitbestimmungspositionen nützen können, abzuschaffen (insbesondere Großbritannien und BRD).

II. Die Einschätzung des Standes der supranationalen Bildungspolitik der kapitalistischen Länder Europas ergab:

1. Die Tendenz, zu einer integrierten Bildungspolitik der kapitalistischen Länder Europas überzugehen, nimmt zu. Angesichts der unterschiedlichen formalen Gestaltung der Bildungssysteme halten sich entsprechende Versuche gegenwärtig jedoch meist auf der Ebene von Entwicklungskonzepten für bestimmte Problembereiche.

2. Ergebnisse liegen bislang lediglich in der Frage der in Art. 57 I der römischen Verträge angestrebten gegenseitigen Anerkennung und Harmonisierung der Diplome vor. Bis heute hat die EWG-Kommission über 20 Entwürfe solcher Richtlinien ausgearbeitet und dem Rat zugeleitet.

3. Die für die gegenseitige Anerkennung zugrunde gelegten Mindestkriterien sagen nichts über die inhaltliche Übereinstimmung der Ausbildung aus:

1. Ausbildungsdauer in Jahren,
2. Gesamtstundenzahl der Ausbildung,
3. Verbindliche Stoffgebiete,
4. Verteilung der Stunden auf die Stoffgebiete und
5. Praktikumsbedingungen.

Dennoch haben sie faktisch die Wirkung, daß der Spielraum für inhaltliche Veränderungen durch die Hochschulen stark eingeschränkt wird (im Fall der Facharztausbildung z. B. auf 8 Prozent) und daß, wie die WRK festgestellt hat, „daher die künftigen Reformen der Studien- und Prüfungsordnungen aufs schwerste gefährdet werden". Zudem sind diese Richtlinien ausnahmslos ohne irgendeine Beteiligung der Hochschulen und der Studenten zustande gekommen.

4. Die Erziehungsminister der EWG-Länder haben am 16. 11. 71 beschlossen, ein „europäisches Entwicklungszentrum für das Bildungswesen" einzurichten mit folgenden Aufgaben: Verbreitung und Sammlung von Informationen über das Bildungswesen, Koordinierung der Unterrichtssysteme und Beseitigung der Hindernisse für die Mobilität der Lehrkräfte und Lernenden, gemeinsame Maßnahmen auf dem Gebiet der Unterrichtstechnologie, der pädagogischen Forschung und ständigen Weiterbildung.

5. Den Versuchen zur Harmonisierung der Ausbildung und gegenseitigen Anerkennung der Diplome liegt das Interesse der supranationalen Konzerne an der beliebigen Verlagerung der Produktionsstätten zugrunde. Der reale Kern dieser Art „Freizügigkeit" ist dieser: Es handelt sich nicht um die potentielle Möglichkeit für die Arbeitskräfte, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, um eine möglichst hohe Bezahlung zu erlangen, sondern es geht um die Verschiebung der Arbeitskräfte als Annexe der Produktionsstätten. Damit sollen die hochqualifizierten Arbeitskräfte dem gleichen Prozeß unterworfen werden wie gegenwärtig die „Gastarbeiter" in den EWG-Ländern, die völlig rechtlos jederzeit ihren Arbeitsplatz verlieren können.

6. In dem Maße, in dem die Bildungspolitik und Bildungsplanung der kapitalistischen Länder Europas supranationale Form annimmt, muß dieser supranationalen Form der Bildungspolitik durch die gemeinsame Aktion der Studentenverbände auf supranationaler Ebene begegnet werden.

III. Ein Vergleich der Forderungen der Studentenverbände ergab eine völlige Übereinstimmung in den grundlegenden Forderungen, so daß diese in der einstimmig angenommenen Schlußresolution festgehalten werden konnten:

● Anerkennung des Rechts auf Bildung durch eine ausreichende materielle Absicherung des Studiums, damit die Studenten ihr Studium normal absolvieren können;

● Erhöhung der nationalen Bildungsausgaben durch Kürzung der Rüstungsausgaben und verstärkte Besteuerung der Konzernprofite;

● Sicherung einer umfassenden wirtschaftlichen Ausbildung, die eine wirkliche Berufsqualifizierung einschließt und die permanente Weiterbildung ermöglicht. Diese Ausbildung muß die zukünftigen Lohnabhängigen befähigen, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen und den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu meistern;

● Garantie des öffentlichen Status des Hochschulwesens auf dem Gebiet von Finanzierung, Verwaltung und Inhalt der Ausbildung der Studenten;

● Respektierung und Erweiterung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung der Studenten und ihrer Organisationen bei der Verwaltung der Universität und in der gesamten Bildungspolitik;

● Anerkennung der Diplome und Staatsexamina durch den Staat und die Unternehmer, Anerkennung des Rechts auf Berufsausübung und Anstellung ohne politische, soziale, rassische oder religiöse Diskriminierung;

● Verteidigung der Forderungen, wie sie in dieser Plattform niedergelegt sind, auch gegenüber den gemeinsamen Institutionen der kapitalistischen Länder Europas;

● Entwicklung der Zusammenarbeit sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen den Ländern Europas ohne Diskriminierung, auf der Basis der Gleichberechtigung und unter Wahrung des nationalen kulturellen Erbes mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils, des sozialen Fortschritts und des Friedens und im Geiste der Freundschaft und der internationalen Solidarität.

IV. Die Diskussion über die Form, in der der Kampf für die demokratischen Forderungen der Studenten zu führen ist, ergab Übereinstimmung in den grundlegenden Fragen der Strategie der nationalen Studentenverbände. Der VDS hat diese gemeinsame Position, die dem von ihm seit über 2 Jahren vertretenen Konzept der gewerkschaftlichen Orientierung voll und ganz entspricht, in Straßburg folgendermaßen formuliert:

1. Kampf für die Durchsetzung der *unmittelbaren sozialen und politischen Interessen* der Mehrheit der Studenten, wie sie sich ergeben aus ihrer sozialen Lage als perspektivisch lohnabhängig Arbeitende; konsequente Absage an die Verteidigung ständischer Interessen.

2. Der Kampf der Studenten für ihre materiellen und politischen Interessen muß als *demokratischer Massenkampf* geführt werden, d. h.: die Masse der Studenten muß in dem Kampf für ihre gemeinsamen Interessen aktiv einbezogen werden. Kampf der Studenten für ihre sozialen und politischen Interessen ist gemeinsamer Interessenkampf, unter Hintanstellung von politischen, ideologischen und weltanschaulichen Differenzen. Allein in diesem organisierten und solidarischen Vorgehen der Studenten kann elementar-gewerkschaftliches Bewußtsein entstehen, kann jene typische illusionär-elitäre Haltung der bürgerlichen Intelligenz überwunden werden, die statt zu kollektivem Handeln zu individuellen „Lösungen" drängt. Gewerkschaftliche Orientierung, d. h.

3. Orientierung auf eine möglichst *enge Zusammenarbeit* der Studenten und ihrer Interessenorgane *mit den Organisationen der arbeitenden Bevölkerung, den Gewerkschaften;* und

4. Orientierung auf die aktive und kämpferische *Mitarbeit in den Gewerkschaften* vor allem im späteren Beruf.

Auf dieser Grundlage werden die beschlossenen gemeinsamen Aktionen der Studentenverbände der kapitalistischen Länder Europas durchgeführt werden.

Der Vorstand des VDS, Hans Altendorf, Hans-Rainer Kaiser, Winfried Kümpel.

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Facit-Reihe 7, 204 Seiten, 6,— DM

Ernst Engelberg: Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Rigobert Günther: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike

Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als frühbürgerliche Revolution

Bernhard Töpfer: Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden

Gerhard Heitz: Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa

Gerhard Schilfert: Die englischen Independenten und die deutschen Sekten in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts

Walter Schmidt: Die internationale Stellung der deutschen Revolution von 1848/49 in der Sicht von Marx und Engels

Günter Schmidt: Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918

Hans Schleier: Zur Diskussion des Revolutionsbegriffes in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik

Karl Reißig: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

facit — Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,— DM
Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,— DM + Porto

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,— DM

Antiimperialistischer Kampf im Iran — die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken: **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,— DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,— DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,— DM

„Für die siebziger Jahre — eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,— DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,— DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa — Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute" die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. u. a. **facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A 4, 64 S., 3,— DM

Woran starb der SDS? — Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff, **RK extra 9,** 32 Seiten, DIN A 4, 1,50 DM

Futurologie — Wer plant denn da? Was? — Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A 4, 124 S., nur 1,— DM

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 19, 17, 16, 15, 13/14, 12, 9

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie . . .“ facit-Reihe 3; 3,– DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf“ facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution“ facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur“, facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie“ (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS? . . .“ RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . .“ facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS“ Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Confóderation Iranischer Studenten (CISNU)“, 80 Seiten, 2,50 DM

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus“, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Literatur im Klassenkampf; Beiträge zur sozialistischen Literatur der 20er Jahre, 150 Seiten, 6,– DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Neuerscheinung

Literatur im Klassenkampf

Beiträge zur sozialistischen Literatur aus der Weimarer Republik. 148 S., 6,– DM.

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front“. Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit“. Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf“. Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

facit-Reihe

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Confóderation Iranischer Studenten (CISNU), 80 S., 2,50 DM

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

1. Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nahost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, von Walter Oberst
2. Zionismus und Imperialismus (ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus, von Walter Oberst
3. Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD, von Brigitte Klein
4. Das israelische „Modell“, von Conrad Schuhler

Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten, 48 S., 2,– DM

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD

T. F. Jarkina: Die bürgerliche pädagogische Gedankenwelt in der BRD.
W. I. Malinin: Einige Strömungen in der bürgerlichen Pädagogik der BRD!

W. M. Chowstow: Die Aufgaben der sozialistischen Pädagogik im Kampf gegen bürgerliche Bildungs- und Erziehungstheorien.

Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u. a. 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital: Christof Kievenweim: Politische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. – **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,– DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,– DM

„Parteien in der BRD:" G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20,** 1,– DM

„Leninismus heute": Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19,** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a., **facit Nr. 17,** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a., **facit Nr. 16,** 1,– DM

Juan Diz (KP Spaniens): Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf; René Hermann: Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; H. Heinemann: Bericht zur Entwicklung der Westberliner Basisgruppen; M. Maercks: DKP-Student zur Hochschulpolitik; Bernard/Schweicher: Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik; u. a., **facit Nr. 15,** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu einigen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledwohn/A. Nigbur: Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a., **facit Nr. 13/14,** 1,– DM

„SDS – Teil der Arbeiterbewegung"; „New York Universitätsimpressionen"; „Zum Verhältnis von Studentenbewegung und Arbeiterbewegung"; „Bemerkungen zur ‚Springerresolution' und einigen ideologischen Implikationen"; „2 Taktiken der herrschenden Klasse und Möglichkeiten der Gegenwehr"; u. a., **facit Nr. 12,** 1,– DM

„Karl Marx in Köln in der Revolution von 1848/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie. **facit Nr. 9,** 0,50 DM

Sag mir, was Du liest . . .

Aus unserer Taschenbuchreihe:

WILHELM SCHWETTMANN / ULRICH SANDER

Jugend und Klassenkampf
oder
Antikapitalistische Jugendarbeit heute

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle Fragen der Arbeiterjugendbewegung.
Mit Dokumentenanhang — Preis: DM 7,60

KARL LIEBKNECHT

Rekrutenabschied / Militarismus und Antimilitarismus

Zwei der bedeutendsten Schriften Liebknechts. Sie haben an Bedeutung nicht verloren. — Preis: DM 5,60

REINHARD JUNGE

Barras-Report – Tagebuch einer Dienstzeit

Ein aktuelles Buch über die Bundeswehr.
Mit Dokumentenanhang — Preis: DM 5,60

Schwarze Rose aus Alabama

Ein Buch über das Leben der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis. — Preis: DM 3,80

(In diesem Betrag ist eine Spende von DM 1,– zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 1973, Berlin, Hauptstadt der DDR, enthalten.)

In Vorbereitung:

Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

Erstmals wird hiermit ein Buch vorgelegt, das ausführlich (etwa 700 Seiten) über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von 1900 bis 1945 informiert.
Erscheint März 1973
Bereits jetzt bestellen! — Preis: DM 10,80

Arbeiterjugend kontra Monopole

Aktionsmodelle – Reportagen – Dokumente
2., völlig überarbeitete und auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe.
Bereits jetzt bestellen! — Preis: ca. 5,–

Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

UZ.Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP
für die Dauer von mindestens einem Jahr.

☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung
(vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)

☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung
(DM 22,– bei Vorauszahlung)

☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder
Studentenabonnement. Nachweis erforderlich.
(DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl

Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12